



18 | 2014

67. Jg., 38.–39. KW, 25. September 2014

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Ferdinand Dudenhöffer, Heike Proff, Klaus Bräunig und Marius Baader

- Sparprogramme der deutschen Autoindustrie:
Kann die Schlüsselindustrie so ihre Position halten?

Forschungsergebnisse

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner

- ifo Bildungsbarometer: Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken

Felix Arnold, Björn Kauder und Niklas Potrafke

- Politische Tätigkeit und Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten

Daten und Prognosen

Thomas Strobel und Arno Städtler

- Investitionsklima: Durch geopolitische Krisen belastet

Johanna Plenk und Klaus Wohlrabe

- ifo Managerbefragung: Risiken und Pläne der Unternehmen für das zweite Halbjahr 2014

Christian Grimme, Christian Seiler und Klaus Wohlrabe

- Der Konflikt in der Ukraine: Ergebnisse der ifo Unternehmensbefragungen

Im Blickpunkt

Erich Gluch

- ifo Architektenumfrage: Geschäftslage weiterhin erfreulich gut

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Sparprogramme der deutschen Autoindustrie: Kann die Schlüsselindustrie so ihre Position halten?

3

Die Automobilindustrie steht vor großen Umbrüchen. Die Kosten steigen stetig, und die großen deutschen Autokonzerne kündigen längerfristige, massive Sparprogramme an. *Ferdinand Dudenhöffer*, CAR-Center Automotive Research an der Universität Duisburg-Essen, geht davon aus, dass die deutschen Autobauer ihre Fertigungstiefen reduzieren und auf Preiszugeständnisse bei den Zulieferern drängen werden. Somit müsse in den kommenden fünf Jahren mit einem deutlichen Ausbau der Auslandsproduktion der deutschen Zulieferindustrie gerechnet werden. Wie intensiv der Verlagerungsprozess sein werde, hänge von den Logistikkosten und dem weiteren Aufbau von Produktionsstätten der Autobauer im Ausland ab. Eines sei aber deutlich: Der hohe Einsparungsdruck verändere die deutsche Automobillandschaft nachhaltig. Insgesamt müsse mit dem größten Druck bei mittelständischen Zulieferern gerechnet werden. Auch *Heike Proff*, Universität Duisburg-Essen, sieht, dass die Einsparziele vor allem im Einkauf, durch eine weitere Verlagerung von Wertschöpfung auf Zulieferer und durch eine konsequentere Verringerung der Komplexitätskosten erreicht werden sollen. Ihrer Meinung nach greifen Sparprogramme allein zu kurz, um die Automobilindustrie gegen eine Marktverschlechterung zu wappnen. Es müssten auch dauerhaft kostenreduzierende und erlösoptimierende Entscheidungen getroffen werden. Mögliche Ansätze seien ein Gleichteil- und Änderungsmanagement sowie ein Mehrmarktmanagement. *Klaus Bräunig* und *Marius Baader*, Verband der Automobilindustrie (VDA), Berlin, sehen in der Internationalisierung den Motor für Produktion und Export. Die Politik solle die »Sparprogramme« der deutschen Automobilindustrie für ein Kostenbewusstsein bei öffentlichen Ausgaben beherzigen und zugleich durch vernünftige Maßnahmen im Bereich der Bildungs-, der Infrastruktur-, der Handels- und Umweltpolitik begleiten.

Forschungsergebnisse

Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers

16

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist für einen verpflichtenden Kindergartenbesuch, für eine Abschaffung der Kindergartengebühren, für ein Ganztagschulsystem für alle Kinder bis 15 Uhr, für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur – und findet es wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test gut abschnidet. Gleichzeitig ist eine deutliche Mehrheit gegen die Abschaffung von Schulnoten, gegen höhere Lehrergehälter und gegen die Verbeamtung von Lehrern. Die Deutschen sprechen sich auch mehrheitlich dafür aus, die staatlichen Ausgaben für Schulen zu erhöhen – aber es ist nur noch eine Minderheit, wenn auf die Notwendigkeit der Steuererhöhung für die staatliche Finanzierung hingewiesen wird. Eine relative Mehrheit gegen Studiengebühren verwandelt sich ebenfalls in eine relative Minderheit, sobald sie über den Einkommensunterschied von Personen mit und ohne Studium informiert wird. Wenn die Studiengebühren erst nach dem Studium und erst ab einem gewissen Jahreseinkommen zurückgezahlt werden müssen, ist sogar eine deutliche Mehrheit dafür. Mehrheiten finden sich auch gegen das Betreuungsgeld und gegen das G8, aber für Leistungszulagen für in Problemschulen unterrichtende Lehrkräfte und für die Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen. Nach Ansicht der meisten Deutschen sollten Arbeitgeber und Staat mehr für Fort- und Weiterbildung ausgeben – nicht aber die Personen selbst. Und nahezu alle sind der Meinung, dass gute Schülerleistungen für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes wichtig sind. Dies und mehr geht aus dem ersten ifo Bildungsbarometer

hervor, einer repräsentativen Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.

Beeinträchtigen Nebeneinkünfte die politischen Tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten?

34

Felix Arnold, Björn Kauder und Niklas Potrafke

Eine neue Studie untersucht, ob Nebeneinkünfte die politische Tätigkeit von Bundestagsabgeordneten beeinträchtigen. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit in namentlichen Abstimmungen und der Zahl der Reden im Parlament korrelieren. Es gibt jedoch eine negative Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen.

Daten und Prognosen

Investitionsklima durch geopolitische Krisen belastet – Leasing wächst noch kräftig

40

Thomas Strobel und Arno Städtler

Der auf den Geschäftslagebeurteilungen der Leasinggesellschaften basierende Investitionsindikator, den das ifo Institut und der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen gemeinsam ermitteln, signalisiert für das Jahr 2014 einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der sonstigen Anlagen von 4,4%, nach einem Minus von 0,5% im Vorjahr.

ifo Managerbefragung: Risiken und Pläne der Unternehmen für das zweite Halbjahr 2014

44

Johanna Plenk und Klaus Wohlrabe

Die deutsche Konjunktur befindet sich im Moment in schwierigen Gewässern. Insbesondere der Ukraine-Konflikt scheint zu einer erhöhten Unsicherheit in der Volkswirtschaft zu führen. Wie reagieren die Unternehmen auf dieses Umfeld? Das ifo Institut hat mehr als 450 Unternehmen nach ihrer aktuellen Bewertung und ihren Plänen für die nahe Zukunft befragt. Der vorliegende Artikel stellt einige ausgewählte Ergebnisse vor.

Der Konflikt in der Ukraine und die Ergebnisse der ifo Unternehmensbefragungen

46

Christian Grimme, Christian Seiler und Klaus Wohlrabe

Im Mai und Juni dieses Jahres hat das ifo Institut die Teilnehmer des Konjunkturtests im Verarbeitenden Gewerbe gebeten, zu möglichen Auswirkungen der Ukraine-Krise auf ihr Unternehmen Stellung zu nehmen. Der vorliegende Artikel setzt diese Untersuchung bis einschließlich der August-Umfrage fort. Darüber hinaus werden einige Industriebranchen sowie weitere Variable dahingehend untersucht, ob sich die Ergebnisse zwischen den Unternehmen mit und ohne wirtschaftliche Beziehungen zu Russland unterscheiden.

Im Blickpunkt

ifo Architektenumfrage: Geschäftslage weiterhin erfreulich gut

49

Erich Gluch

Nach den Umfrageergebnissen des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des dritten Quartals 2014 ein wenig eingetrübt. Es ist jedoch weiterhin sehr freundlich. Die befragten Architekten schätzten ihre aktuelle Geschäftslage nochmals etwas besser ein als in den vorangegangenen Quartalen.

Sparprogramme der deutschen Autoindustrie: Kann die Schlüsselindustrie so ihre Position halten?

Die Automobilindustrie steht vor großen Umbrüchen. Die Kosten steigen stetig, und die großen deutschen Autokonzerne kündigen längerfristige, massive Sparprogramme an und suchen nach Einsparmöglichkeiten. Kann die Schlüsselindustrie so ihre Position halten?

Die Sparrunden der Autobauer verändern die Wertschöpfungskette in der deutschen Automobilindustrie

Die Rede des VW-Vorstandsvorsitzenden Martin Winterkorn vor mehr als 1 000 Führungskräften bei einer VW-internen Management-Konferenz Mitte Juli hatte es in sich. Winterkorns vielbeachtete Rede ist Auslöser einer neuen großen Sparwelle in der deutschen Automobilindustrie, die deutliche Veränderungen der gesamten Wertschöpfungskette erwarten lässt.

»Die Zukunftssicherung der Marke Volkswagen erzwingt ein weitreichendes Umdenken in allen Bereichen«, zitiert eine interne Management-Mail Martin Winterkorn. Die Ertragskraft der Kernmarke VW sei zu gering. »Hier geht es nicht um Kosmetik. Hier geht es darum, vieles grundlegend in Frage zu stellen«, so der VW-Chef. Das Einsparvolumen bezifferte Winterkorn auf 5 Mrd. Euro pro Jahr. Damit ist das Sparprogramm das größte, das bisher bei VW aufgelegt wurde. Fünf Mrd. Euro Einsparung entspricht 5% des Umsatzes der Marke VW-Pkw des Jahres 2013. Mit den Einsparungen will es Winterkorn endlich schaffen, die Kernmarke VW-Pkw in ihrer Profitabilität an Toyota, Ford oder Hyundai anzunähern. Das VW-Ziel lautet, wie in Tabelle 1 dargestellt, 6% EBIT-Marge. Seit Jahrzehnten schreibt das VW-Kerngeschäft schlechte Margen, die durch das profitable Chinageschäft und die Premiuntöchter des Konzerns überdeckt wurden. Während etwa Toyota im reinen Fahrzeuggeschäft im Jahr 2013 pro Fahrzeug ein EBIT von 1 558 Euro oder 8,8% erzielte, Hyundai 962 Euro oder 9,0% und selbst GM nach seiner Insolvenz mit

634 Euro oder 5,4% aufwarten konnte, hat das VW-Stammgeschäft mit der Marke VW-Pkw lediglich 615 Euro pro Fahrzeug EBIT erzielt, der im ersten Halbjahr 2014 nochmals auf 440 Euro pro Fahrzeug oder 2,1% abrutschte. Dabei hatte VW durch die Internationalisierung die Auswirkungen der Staatsschuldenkrisen in Südeuropa kaum gespürt und wachsende Fahrzeugverkäufe verzeichnet. Das fundamentale Effizienzproblem der Marke VW-Pkw wurde im Juli 2014 erstmals offen durch den Vorstandsvorsitzenden angesprochen (vgl. Volkswagen AG 2014).



Ferdinand Dudenhöffer*

Scales werden besser mit Zulieferern »gehoben«

Die Probleme bei der Marke VW sind überwiegend »hausgemacht«. Der heutige Aufsichtsratsvorsitzende Piëch hatte in seiner Zeit als Vorstandsvorsitzender die VW-eigenen Komponentenwerke ausgebaut, neue Zuliefergeschäftsbereiche, wie die Sitzfertigung, im Konzern aufgebaut und so zu VW-Konzernarbeitskosten Zuliefergeschäft übernommen. Die Idee von Piëch war immer, mit Scale Economies die Wettbewerber zu übertrumpfen. Wenn der Konzern jährlich 10 Mill. Fahrzeuge verkauft und BMW nur 2 Millionen, wäre

Tab. 1
EBIT-Vergleich VW-Pkw und Wettbewerber^{a)}

| 2013 | Toyota, Auto | Hyundai | GM, Auto | Ford, Auto |
|----------------------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Preis pro Fahrzeug ^{b)} | 17 777 Euro | 10 735 Euro | 11 788 Euro | 16 578 Euro |
| EBIT pro Fahrzeug | 1 558 Euro | 962 Euro | 634 Euro | 820 Euro |
| EBIT-Marge | 8,8% | 9,0% | 5,4% | 4,9% |

| VW-Pkw | 2012 | 2013 | Jan.–Jun. 2014 | VW-Ziel |
|--------------------|-------------|-------------|----------------|-------------|
| Preis pro Fahrzeug | 21 431 Euro | 21 130 Euro | 21 400 Euro | 21 700 Euro |
| EBIT pro Fahrzeug | 751 Euro | 615 Euro | 440 Euro | 1 300 Euro |
| EBIT-Marge | 3,5% | 2,9% | 2,1% | 6,0% |

^{a)} Jeweils reines Fahrzeuggeschäft ohne Finanzdienstleistungen und andere Industriesparten. – ^{b)} Durchschnittsumsatz der Sparten bezogen auf verkaufte Fahrzeuge.

Quelle: Benchmark-Studie CAR, Geschäftsberichte.

* Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer ist Direktor des CAR-Center Automotive Research an der Universität Duisburg-Essen sowie Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Automobilwirtschaft an der Universität Duisburg-Essen.

es töricht, über die Zulieferer die Scale Economies auch BMW nutzen zu lassen, so das Weltbild von Ferdinand Piëch. Ein Weltbild, das von Autarkie und nicht von den Vorteilen der Arbeitsteilung zwischen Unternehmen geprägt ist, wurde die Leitlinie des Konzerns. Komplexität und Kostenstrukturen wurden geschaffen, die nur schwer wieder abzubauen sind. Während Zulieferer die Bündelungsfunktion für die Branche und so gut 80 Mill. Pkw-Verkäufe pro Jahr übernommen haben, bleiben dem VW-Konzern Scales von 10 Mill. Fahrzeugen, die erhebliche Konzernkomplexität mit involvieren. Dabei gilt, dass Arbeitskosten und Flexibilität – ein wichtiger Faktor der Branche – bei Zulieferern immer besser als bei den großen Autobauern ausgeprägt sind. Es ist schwer für VW, bei dem hohen Einfluss von Gewerkschaften und des Landes Niedersachsen, diese In-Sourcing-Strategie umzulenken. Winterkorn hat jetzt zwar eine Neuausrichtung angesprochen, aber die Zeit zur Umsetzung ist unter den Strukturen von VW enorm. Insgesamt ändert aber die Neuausrichtung von VW die Wertschöpfungskette der Branche. Die Zulieferer gewinnen mehr Wertschöpfungsanteile.

Das gilt in einem geringeren Ausmaß ebenso für Daimler. So verfügt auch die Mercedes Car Group über Fertigungstiefen, die reduziert werden müssen. In Zukunft werden bei Mercedes Karosserieteile auch von Zulieferern eingekauft, Gießereien und Schmieden im eigenen Haus abgebaut und die Arbeiten auf Zulieferer übertragen (vgl. u.a. Pretzlaff 2014). Ähnlich wie bei VW-Pkw ist das Ziel bei Mercedes, ebenbürtige EBIT-Margen zu BMW, Audi oder gar Porsche zu erzielen. Insgesamt ordnet Daimler seinen Produktionsprozess im Rahmen eines Effizienzprogramms neu. Die Fertigungszeiten sollen von derzeit mehr als 30 Stunden auf 20 Stunden reduziert werden. Das geht nur durch stärkere Auslagerung der Komponenten- und Modulproduktion auf Zulieferer.

Fünf Mrd. Euro Preiszugeständnisse von Zulieferindustrie

Auf der einen Seite steht die Neuausrichtung der Wertschöpfungskette durch stärkere Zuliefereinbindung bei wichtigen Branchenunternehmen. Die Anpassung ist durch die institutionelle Verankerung in Deutschland allerdings zeitraubend. Gleichzeitig wollen VW-Chef Winterkorn und Daimler schnell ihre Margenziele erreichen. Um das kurzfristig umsetzen zu können, braucht es »Quick Savings«, wie das die Branche nennt. »Quick« geht über Preiskürzung im Materialeinkauf. Nach der Sommerpause stehen den Zulieferern anstrengende Kostenrunden bevor. Mehr als 60% der Kosten eines Fahrzeugs entfallen auf den Einkauf von Material, sprich Zulieferteilen. Damit steht die Zulieferindustrie im Brennpunkt der Einsparbemühungen. Der größte Druck lastet dabei auf den Mittelständlern. Tabelle 1 zeigt, dass im ersten Halbjahr 2014 pro verkauften Fahrzeug bei VW ein Gewinn von 440 Euro erzielt wurde. Mit dem neuen Sparprogramm soll

der Gewinn pro Fahrzeug bei der Marke VW auf 1 300 Euro verdreifacht werden (vgl. Volkswagen AG 2014).

Bei VW selbst ist es so gut wie ausgeschlossen, in größerem Umfang Lohnkürzungen, kostenlose Arbeitszeitverlängerungen oder Mitarbeiterabbau umzusetzen. Damit müssen nach unserer Einschätzung mindestens 60% oder 3 Mrd. Euro der VW-Einsparungen von den Zulieferern eingefordert werden. Wenn der Marktführer, auf den fast ein Drittel des Umsatzes der deutschen Autobauer entfällt, bei den Zulieferern Preiskürzung und Effizienzgewinne einfordert, wird der Rest nicht zuschauen. Ansonsten verschlechtern die Wettbewerber ihre Kosten- und Wettbewerbssituation. Es kommt zur Wellenbildung. Daimler hat nach VW seine Produktionsoptimierung angekündigt. Opel und Ford werden nicht einfach zuschauen, wie ihr Hauptwettbewerber bessere Einkaufskonditionen erhält. Die zusätzlichen eingeforderten Preiszugeständnisse bei Zulieferern werden zur Branchenbewegung.

Selbst bei vorsichtiger Schätzung muss man von einem Sparvolumen von gut 5 Mrd. Euro ausgehen, das sich die Autobauer beim Materialeinkauf bei den deutschen Zulieferern an Einsparungen vorgenommen haben. Der gesamte Umsatz der deutschen Zulieferindustrie betrug im Jahr 2013 knapp 70 Mrd. Euro (vgl. VDA 2014). Das von VW angestoßene Kostensenkungsprogramm der Branche frisst damit gut 7% des Umsatzes der deutschen Zulieferindustrie des Jahres 2013. Dies ist mehr als die derzeitige Umsatzrendite der deutschen Zulieferindustrie. Anders ausgedrückt, die Gewinne der deutschen Zulieferindustrie fallen auf null, bzw. es fallen Verlusten an, falls keine Anpassungsmaßnahmen erfolgen.

Hoher Verlagerungsdruck aufgebaut

Um die Einsparsumme von mindestens 5 Mrd. Euro zu realisieren, stehen theoretisch mehrere Maßnahmen zur Verfügung.

Qualitätskürzung von Teilen/preisgünstigere Teile und Komponenten

Der Kostensenkungsspielraum ist für Zulieferer hier deutlich beschränkt. Die Qualität der Teile ist vom Autobauer definiert und wird entlang der gesamten Produktionskette geprüft. Der Einsatz anderer Werkstoffe und Vormaterialien muss in langen Testreihen mit dem Autobauer genau definiert, getestet und abgestimmt werden. Da dies ein kontinuierlicher Prozess ist, der bisher bereits im Rahmen der »kontinuierlichen Verbesserungsprozesse (KVP)« in den Managementsystemen verankert ist, bleiben die von VW ins Rollen gebrachte »Ad-hoc«-Einsparungen durch Materialveränderungen überschaubar und werden für die deutsche Zulieferindustrie auf deutlich weniger als 1 Mrd. Euro geschätzt. Bes-

sere Einkaufspreise bei Vormaterialien sind ebenfalls in sehr begrenztem Umfang umsetzbar. Die Einkaufsabteilungen der großen Zulieferer arbeiten ähnlich wie bei den Autobauern und erzielen daher nur in überschaubarem Umfang zusätzliche Rabatte bei ihren Unterlieferanten.

Verbesserungspotenzial in Produktionsprozessen der Zulieferer

Da die Branche strengen Tarifvertragsregelungen unterliegt, sind Arbeitskostensenkungen nur in geringem Maß zu erwarten. Damit bleibt die Möglichkeit, durch effizienteren Produktionsablauf Einsparungen zu realisieren. Da die Branche seit gut 20 Jahren nach den KVP-Prinzipien Effizienzverbesserungen realisiert, bleibt das bisher nicht entdeckte Verbesserung- und Einsparpotenzial »überschaubar«. Bereits seit Jahren arbeitet die Branche mit jährlich vereinbarten Kostensenkungszielen mit ihren Lieferanten.

Verlagerungseffizienz und Einsparungen/niedrige Zinsen helfen

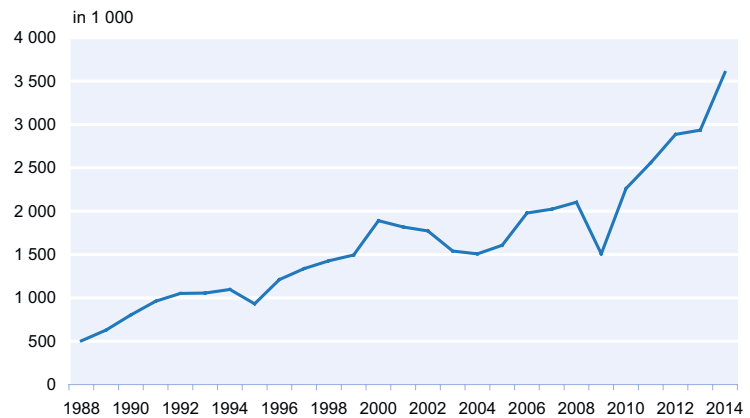
Das größte bisher unvollständig genutzte Einsparpotenzial bei bestehenden Prozessen und Produkten – also in der Serienproduktion – liegt in der Verlagerung vom Produktionsketten in kostengünstigere Standorte. Abbildung 1 illustriert dies beispielhaft an der Entwicklung der Fahrzeugproduktion in Mexiko. Mexiko hat sich zu einem wichtigen Produktionsstandort der Automobilindustrie entwickelt. So ist die jährliche Fahrzeugproduktion von 500 000 Fahrzeugen im Jahr 1998 auf hochgerechnet mehr als 3 Mill. Fahrzeuge in diesem Jahr angestiegen. Dies ist eine Versechsfachung der Produktion. Mehr als zwei Drittel der Mexikoproduktion gehen in den Export. Mehrere Faktoren unterstützen diese Entwicklung.

Mexiko: Freihandelsabkommen mit mehr als 40 Ländern

In Mexiko produzierte Fahrzeuge können ohne Zölle nach USA, Südamerika oder Europa geliefert werden. Damit können die Kostenvorteile in Mexiko direkt und ohne »Zollaufschlag« genutzt werden. Ähnliches gilt für die Osterweiterungsstaaten in der EU. Mexikanische oder polnische Indus-

Abb. 1

Fahrzeugproduktion in Mexiko



Quelle: Mexikanischer Automobilindustrieverband Amia (www.amia.com.mx).

triebetriebe bieten die Produktivität und Qualität der Ersten Welt bei Löhnen der Dritten Welt. Außer Porsche sind nach dem Jahr 2015 alle deutschen Autobauer mit Produktionen in Mexiko vertreten.

Niedrige Arbeitskosten

Bis zu 60% der Kosten beim Zulieferer bestehen aus Materialkosten, die durch entsprechende Einkaufsstrategien optimiert werden können. Die Materialkosten unterscheiden sich überwiegend wenig im internationalen Zusammenhang, da viele Unternehmen einen Art globalen Einkauf (global sourcing) anwenden. Der Arbeitskostenanteil in der Zulieferindustrie liegt zwischen 10% und 20% der Gesamtkosten. Damit wird deutlich, dass Arbeitskosten wesentlich die Kostenposition des Zulieferers beeinflussen.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse eines Ländervergleichs. Unterstellt wurde dabei, dass alle anderen Produktionsbedingungen und -kosten in den betrachteten Ländern ähnlich sind. Natürlich ist das eine Annahme, die nicht vollständig die Realität trifft, aber die Berechnung zeigt, wie stark der Hebel der unterschiedlichen Arbeitskosten auf das Zulieferergebnis wirkt.

In Deutschland betragen die Arbeitskosten in der Autoindustrie 48,40 Euro, in USA 25,60 Euro, England 24,50 Euro, in Mexiko 7,40 Euro. Sowohl in USA und in England

Tab. 2

Kosteneinsparungen bei Verlagerung (Annahme: alle anderen Kosten konstant)

| | Deutschland | USA | England | Mexiko | Polen | Rumänien |
|--|-------------|-------|---------|--------|-------|----------|
| Arbeitskosten in Euro (einschl. Lohnnebenkosten) | 48,40 | 25,60 | 24,50 | 7,40 | 7,50 | 4,80 |
| Kosteneinsparung gegenüber der Produktion in Deutschland bei 15% Arbeitskostenanteil | | 7,0% | 7,4% | 12,7% | 12,7% | 13,5% |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Verband Deutscher Automobilindustrie; Berechnungen des Autors.

macht sich der relativ starke Euro bemerkbar, sprich bei der Umrechnung der jeweiligen Arbeitskosten von der nationalen Währung in Euro haben die Amerikaner, Engländer, aber auch Mexikaner einen Wechselkursvorteil. Unterstellt man jetzt beim Zulieferer 15% Arbeitskostenanteil in seiner Produktion, wird das Zulieferprodukt bei Herstellung in USA um 7,0% kostengünstiger als in Deutschland, in England um 7,4%, in Mexiko um 12,4% usw. Die Tabelle macht deutlich, dass jetzt bei zunehmendem Spardruck der Autobauer, der Zulieferer seine größten Einsparmöglichkeiten in der Auslandproduktion hat. Da gleichzeitig die Zinsen aufgrund der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank sehr niedrig sind, ist es durchaus sinnvoll, mit »billigem« Geld im Ausland eine Produktion aufzubauen und die Produktion im Inland zurückzuführen. Zu den niedrigen Arbeitslosen addieren sich in der Regel in den in Tabelle 2 genannten Ländern deutlich niedrigere Energiekosten, niedrigere Transportkosten, größere Flexibilität beim Einsatz von Zeitarbeitern sowie staatliche Investitionszuschüsse.

Fazit: Vier Effekte verändern die Produktionskette

Ineffizienzen im Kerngeschäft der VW AG kombiniert mit dem Gewinnziel des Konzerns lösen in der deutschen Automobilindustrie eine Sparwelle aus, die die deutsche Zulieferindustrie unter erheblichen Ertragsdruck setzt. Diese Welle wird Veränderungen der Wertschöpfungskette in drei Richtungen mit sich bringen.

Erstens: Ausgelöst durch das VW-Sparprogramm, muss die deutsche Zulieferindustrie gut 5 Mrd. Effizienzverbesserungen – sprich Preissenkungen bei gleicher Leistung – realisieren. Die heutigen Produktionsprozesse der Zulieferer erlauben kaum Kostensenkungen. Ähnliches gilt beim Einkauf von Material und in der Produktqualität. Mit »normalen« Optimierungen lassen sich die Preissenkungen nicht realisieren. Ohne Kostensenkungen implizieren die Preissenkungen bei den Zulieferern Verluste in der G+V. Folglich müssen »erweiterte Sparmöglichkeiten« gesucht werden

Zweitens: Die Ausnutzung der großen Arbeitskostenunterschiede in wichtigen Produktionsländern wie England, Mexiko oder Polen und Rumänien erlauben – unter sonst gleichen Bedingungen – erhebliche Kostensenkungen. Zusätzlich sind die Aufwendungen für Energie, Logistik und die Erfüllungen von Auflagen außerhalb Deutschlands geringer.

Drittens: Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank erlaubt eine kostengünstige Finanzierung der Verlagerungsinvestitionen. Hinzu kommt, dass sich die Konjunktur und damit die Automobilnachfrage in West- und Osteuropa in den nächsten Jahren aufgrund des Russland-Ukraine-Konflikts und der Embargopolitik der EU verschlechtern. Damit

müssen ohnehin Kapazitäten in Europa und Deutschland angepasst werden. Die in Deutschland reduzierten Kapazitäten wandern in den asiatischen und amerikanischen Raum.

Viertens: Die Fertigungstiefe bei den Autobauern wird in den nächsten Jahren sinken. Der VW-Konzern und Daimler spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Umbau braucht allerdings Zeit.

Insgesamt muss daher in den kommenden fünf Jahren mit einem deutlichen Ausbau der Auslandsproduktion der deutschen Zulieferindustrie gerechnet werden. Damit kostet die durch VW angestoßene Sparrunde Arbeitsplätze bei Zulieferern in Deutschland. Wie intensiv der Verlagerungsprozess sein wird, hängt von den Logistikkosten und dem weiteren Aufbau von Produktionsstätten der Autobauer im Ausland ab. Eines dürfte aber deutlich werden: Der hohe Einsparungsdruck von VW verändert die deutsche Automobilindustrie nachhaltig. Diejenigen Mittelständler, die zu 100% auf ihrer »Scholle sitzen bleiben«, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit Verlustjahre vor sich haben, die die Eigenständigkeit der Unternehmen gefährden.

Insgesamt muss mit dem größten Druck bei mittelständischen Zulieferern gerechnet werden. Damit kann auch ein Konzentrationsprozess erwartet werden. Große Zulieferunternehmen wie Bosch, Continental oder ZF können aufgrund ihrer globalen Ausrichtung und Wettbewerbsvorteile ihrer Produkte deutlich besser dem Druck der Einkäufer der Autobauer standhalten als der Mittelständler. Hinzu kommt, dass die Mittelständler keine starke Interessenvertretung in Deutschland haben. Der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) vertritt gleichzeitig Autobauer und Zulieferer. In einem solchen Konstrukt ist die Dominanz der Autobauer vorgegeben (vgl. Dudenhöffer 2014). Die Schwächsten in der Wertschöpfungsgruppe sind die Mittelständler. Und ausgerechnet dort wäre eine starke Standvertretung wichtig, etwa so wie auf europäischer Ebene, auf der es mit der CLEPA einen eigenständigen Zulieferverband gibt. Das größte Risiko der Sparwelle tragen die Mittelständler.

Literatur

Dudenhöffer F. (2014), »Zulieferer, wehrt Euch!«, *Handelsblatt*, 13. August.

Eurostat (2014), *Arbeitskostenindex*, Brüssel

Geschäftsberichte 2012, 2013: Ford Motor Company, General Motors, Toyota Motor Corp., Hyundai.

Pretzlaff H. (2014), »Gießerei und Schmieden auf Prüfstand«, *Stuttgarter Zeitung*, 11. September 2014

Statistisches Bundesamt (2014), *Arbeitskostenindex*, Fachserie 16, Wiesbaden.

Verband der Automobilindustrie (VDA) (2014), *Analysen zur Automobilkonjunktur 2013*, Berlin.

Volkswagen AG (2014), »GroupNews update«, *Management-Mail des VW-Konzerns*, Ausgabe 5.



Heike Proff*

Sparprogramme allein helfen der deutschen Automobilindustrie nicht

Obwohl die drei deutschen Automobilhersteller – Volkswagen, Daimler und BMW – gegenwärtig sehr gut dastehen und im letzten Jahr hohe Gewinne erzielen konnten, kündigen sie Sparprogramme in Milliardenhöhe an. Ob so die Schlüsselindustrie ihre Position halten kann, wird allerdings kontrovers diskutiert.

Volkswagen wies 2013 vor allem dank Audi und des China-geschäfts einen Gewinn in Höhe von 10,8 Mrd. Euro aus, Daimler übertraf mit fast 8 Mrd. Euro das Gewinnziel und BMW erreichte einen Rekordgewinn von gut 5,3 Mrd. Euro – trotz hoher Ausgaben für das Elektroauto i3. Dennoch kündigte Volkswagen bei VW spätestens ab 2017 Einsparungen von jährlich 5 Mrd. Euro ein, Daimler und BMW wollen bis 2020 jährlich 3,5 bzw. 3 bis 4 Mrd. Euro einsparen.

Erreichen wollen sie die Einsparziele vor allem im Einkauf, durch eine weitere Verlagerung von Wertschöpfung auf Zulieferer (Outsourcing) und durch eine konsequentere Verringerung der Komplexitätskosten. Sehr hohe Komplexitätskosten verursachen z.B. bei Volkswagen 310 verschiedene Fahrzeugtypen; sie sollen nun durch Straffung der Produktpalette und Reduzierung der Entwicklungskosten konsequent verringert werden.

Als Gründe für erneute Sparprogramme in eher guten Zeiten nennen die deutschen Automobilhersteller vor allem schlechte Aussichten auf die kommenden Jahre. Die Gefahr sei groß, dass sich die Konjunktur in wichtigen Regionen gleichzeitig verschlechtert: dass der europäische, auch der deutsche Markt weiterhin stagnieren werden, wichtige Märkte wie Brasilien und Indien schwach bleiben oder wie Russland

* Prof. Dr. Heike Proff ist Inhaberin des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre & Internationales Automobilmanagement an der Universität Duisburg-Essen und Principal Researcher in den internationalen Forschernetzwerken PVMi (Program on Vehicle and Mobility Innovation des MIT und der Wharton School) und Gerpisa (Le Réseau International de l'Automobile).

weiter wegbrechen. Unsicher bleibt die Entwicklung in China. Positiv entwickelte sich nur der US-amerikanische Markt, er erholt sich weiterhin langsam auf das Niveau vor der hier besonders heftigen Finanzkrise 2008/09. Es dürfte somit künftig – anders als während dieser Finanzkrise – nicht mehr möglich sein, Gewinne und Verluste der unterschiedlichen Märkte auszugleichen. Ein weltweiter Absatzeinbruch sei durchaus denkbar. Auch geraten die Automobilhersteller und -zulieferer angesichts des steigenden Wettbewerbs aus Niedriglohnländern immer stärker unter Druck. Hohe Rabatte und Selbstzulassungen täuschen eine stabile Nachfrage vor. Negative Wechselkurseffekte durch den stärkeren Dollar in den USA erschweren zudem Exporte in Drittländer. Da die Investitionen in neue Werke, Produkte und Technologien hoch bleiben und auch die Entwicklung der derzeit extrem niedrigen Finanzierungskosten nicht absehbar ist, scheinen den Automobilherstellern Sparprogramme unumgänglich.

Auch wenn die Sparprogramme betriebswirtschaftlich durchaus sinnvoll erscheinen, werden volkswirtschaftlich negative Auswirkungen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland befürchtet und deshalb auch heftig kritisiert, vor allen von Gewerkschaften und Zulieferern. Die Gewerkschaften befürchten, dass die hohen Gewinne in der deutschen Automobilindustrie bei den Arbeitnehmern nicht ankommen und ihnen sogar Lohnverzicht und Arbeitsplatzverluste drohen, den Zulieferern härtere Verhandlungsrunden. Sie sehen sich als die eigentlich Leidtragenden der Sparprogramme.

Aber auch betriebswirtschaftlich greifen Sparprogramme allein zu kurz. Denn es ist ein altes Spiel: Ein Sparprogramm jagt das nächste, die Effekte sind selten dauerhaft. So ist das geplante Sparprogramm von Daimler die zweite Stufe des Effizienzprogramms »Fit for Leadership« vom Herbst 2012. Es sollte sicherstellen, dass die Pkw-Sparte Mercedes-Benz Cars ab 2013 eine Umsatzrendite von 10% vor Zinsen und Steuern erreicht. Dieses Programm folgte den Sparprogrammen CORE (»Costs Down, Revenue Up, Execution«) I und II. Im ersten CORE-Programm zwischen Februar 2005 und September 2007 wurden 43 000 Maßnahmen umgesetzt. Sie hatten aber meist nur eine einmalige Wirkung, weil Sparprogramme Sparziele und Maßnahmen bezogen auf den Status quo (Produkt, Plattformen und Bauteile) zu einem bestimmten Zeitpunkt definieren. Die Rahmenbedingungen verändern sich aber z.B. durch eine Modellpflege, neue Produkte oder Veränderung der Gleichteile, ohne dass die Maßnahmen angepasst werden. Sie verlieren ihre Wirkung und werden ineffizient. Fehlen dann im Linienmanagement Personen, die die Maßnahmen anpassen könnten, und werden sie dort sogar eher gestoppt, dann sind die Sparprogramme nicht dauerhaft.

Deshalb greifen Sparprogramme alleine – volkswirtschaftlich wie betriebswirtschaftlich – zu kurz, um die Automobilindus-

trie gegen eine Marktverschlechterung zu wappnen. Es reicht nicht, in einem bestimmten Zeitraum Kosteneinsparungen bei Zulieferern und Mitarbeitern zu suchen, es müssen auch dauerhaft kostenreduzierende und erlösoptimierende Entscheidungen getroffen werden. Mögliche Ansätze sind ein Gleichteil- und Änderungsmanagement sowie ein Mehrmarktmanagement.

1. Durch ein geschicktes sensibles Gleichteilmanagement lassen sich zwar Synergien schaffen und damit Produktionskosten senken, es erleichtert aber auch die Konfiguration immer neuer Produkte, die die Komplexitätskosten hoch treiben. Undifferenzierte Gleichteilstrategien bei Premiumprodukten bergen zudem die Gefahr einer Produktangleichung und damit eines Verlustes an Differenzierungspotenzial und Preispremium. Deshalb ist ein aktives Preispremium-Management erforderlich, um die Markenverträglichkeit der Module und Bausätze sicherzustellen. Dabei müssen hochpreisige Marktsegmente gesichert werden (z.B. durch Nutzung von Produkten in den unteren Marktsegmenten als Puffer gegenüber Produkten mit Preispremium im Luxussegment), die Absatzmengen der Produkte mit Preispremium begrenzt werden (z.B. durch Substitution wenig profitablerer Produkte durch profitable Produkte) und die Preissensitivität der Kunden verringert werden (z.B. durch stärkere Kundenbindung mit gezielter Werbung und verbesserte Attraktivität der Produkte). Um diese Maßnahmen zu finanzieren, müssen die indirekten Kosten gesenkt werden. Dies ist möglich, wenn der Kundenauftragsprozess optimiert wird, um Kapitaleinsatz und Kapitalkosten zu senken. Es ist weiterhin notwendig, die Komplexitätskosten durch Entschlackung der Produktpalette zu senken. Ob es zwischen einem BMW X3 und X5 noch eines X4 bedarf und ob Käufer, die durch Sondermodelle angelockt werden, zwischen einem Golf Variant, einem Golf Van, einem Touran und einem Jetta-Kombi unterscheiden, ist zumindest fraglich.

2. Ein zweiter Ansatz für Kostensenkung und Erlösoptimierung ist das Änderungsmanagement, um die Kosten später Änderungen zu senken. Sie entstehen, wenn sich Zulieferer bei späten Änderungen im Produktionsprozess durch geschicktes Nachverhandeln Erlösspielräume schaffen und zusätzliches Wissen an Lieferanten abfließt. Durch ein gutes Änderungsmanagement können die Automobilhersteller nicht nur zu Beginn des Produktentwicklungsprozesses auf die Zulieferer Druck ausüben, sondern auch noch vor Produktionsbeginn. Sie müssen allerdings glaubhaft drohen, andere Zulieferer kurzfristig in den Entwicklungsprozess integrieren zu können. Ein ungeplanter später Lieferantenwechsel kann große Qualitätsprobleme beim Serienanlauf auslösen.

3. Ein dritter Ansatz ist ein koordiniertes Mehrmarktmanagement mit besserer Steuerung der ausländischen Tochtergesellschaften der multinationalen Automobilunternehmen, um

die Profitabilität im Unternehmensverbund zu erhöhen. So zeigt eine Befragung von Tochtergesellschaften großer deutscher Automobilunternehmen in den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien und China) und in den gegenwärtig stärker wachsenden MIST-Ländern (Mexiko, Indonesien, Südkorea und Türkei), dass die Einbindung selbst wichtiger Tochtergesellschaften meist unzureichend ist. Ihre Interessen und Fähigkeiten werden in der meist stark zentral geführten Automobilindustrie zu wenig berücksichtigt. Wenn Organigramme und Steuerung nicht zusammenpassen, entstehen hohe Koordinations- und Abstimmungskosten.

Das Preispremium-Management, ein Management der Kompetenzentwicklung (mit Komplexitäts- und Änderungsmanagement) und das Mehrmarktmanagement gehören zu den dynamischen Strategien (vgl. Proff und Proff 2013), die die Umsetzung der angestrebten Wettbewerbsvorteile eines Unternehmens bei Veränderungen im Zeitablauf sichern sollen. Veränderungen ergeben sich für die Automobilhersteller

- im weltweiten Unternehmensumfeld (durch vorhersehbare Risiken und unvorhergesehene Krisen),
- im Kampf um Marktanteile (durch ein sinkendes Preispremium, durch negative Mehrmarkteneffekte und durch Kooperationen, die Mehrwert vernichten) sowie
- bei einem Rückstand im Kompetenzwettbewerb mit Konkurrenten und Lieferanten.

Zu den dynamischen Strategien gehören deshalb neben einem effizienten Preispremium-Management, einem koordinierten Mehrmarktmanagement und einem systematischen Management der Kompetenzentwicklung, weiterhin ein systematisches Risiko- und Krisenmanagement sowie ein systematisches Kooperationsmanagement.

Begreifen sie »den Wandel als Daueraufgabe« (Sureth 2014) und verfolgen sie dynamische Strategien, statt allein auf kurzfristige Sparprogramme zu setzen, dann können die Automobilhersteller von einer reinen Orientierung an (kurzfristiger) finanzieller Leistung wegkommen und (langfristig) eine strategische Gesundheit erreichen, die die Kapitalmarktbeurteilung verbessert.

Das ist wichtig, weil die Automobilindustrie mit ihrer einseitigen Leistungsorientierung schon vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 am Kapitalmarkt schlecht bewertet wurde. In der Krise stand sie noch deutlich schlechter da und konnte die Kapitalmarktbeurteilung – trotz aller Kursverbesserungen insbesondere 2011 – seither strukturell nicht verbessern. In einer weltweiten Analyse der Goldman Sachs Sustain Group, die dauerhafte Branchenführer und attraktive Anlagemöglichkeiten ermittelt, befand sich Ende 2009 unter 63 Unternehmen kein Automobilhersteller (vgl. Goldman Sachs Group, Global Investment Research 2009). Mitte 2011, als die deutschen Hersteller nach weitgehend über-

standener Krise gerade wieder Gewinne machten, wurde die Automobilindustrie zwar differenzierter betrachtet, aber immer noch mit deutlichen Abschlägen auf den »fair value« bestraft (vgl. Proff und Proff 2013). Das hat sich auch bis heute nicht geändert: Die Automobilindustrie ist weiterhin für den Kapitalmarkt – d.h. für kleine wie größere Geldanleger – nicht attraktiv.

Strategisch gesunde Unternehmen können allerdings mit dynamischen Strategien auf Veränderungen ohne Verlust an Wettbewerbsfähigkeit reagieren und Maßnahmen treffen, die ihre Gestaltungs- und Anpassungsfähigkeit erhöhen. Auch ihre finanzielle Leistung wird dann am Kapitalmarkt besser bewertet. Die Bewertung gibt den Preis eines Unternehmens auf einem perfekten Kapitalmarkt an, der die allgemeine Einschätzung der unternehmerischen Potenziale durch die Marktteilnehmer widerspiegelt. Strategisch gesunde Unternehmen können sich positiv vom Branchentrend abheben und die Analysten veranlassen, die Kapitalmarktbeurteilung zu korrigieren. Eine umfangreiche Untersuchung zeigt z.B., dass über alle Branchen hinweg die Kapitalmarktbeurteilung nur zu 20% durch den kurzfristigen Cash Flow, aber zu 80% durch langfristige Erträge und Zukunftschancen bestimmt wird (vgl. Davis 2005).

Wird die Kapitalmarktbeurteilung überwiegend langfristig bestimmt, dann reichen traditionelle Optimierungsprogramme in der Automobilindustrie, die lediglich auf kurz- und mittelfristige Effizienz von Beschaffung, Produktion und Absatz und damit auf eine bessere finanzielle Leistung setzen, nicht aus, um die Kapitalmarktbeurteilung signifikant zu verbessern. Sie sind zwar notwendig, um die Profitabilität und die Liquidität kurzfristig zu verbessern, setzen aber nur beim kleineren Hebel der Kapitalmarktbeurteilung an: bei der finanziellen Leistung und nicht bei der strategischen Gesundheit.

Werden die Aktien der Automobilunternehmen gut bewertet und haben Automobilunternehmen eine breite Aktionärsstruktur, dann ergibt sich auch eine positive Verteilungswirkung – damit bedarf es auch bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung mehr als reiner Sparprogramme in der deutschen Automobilindustrie.

Literatur

Davis, I. (2005), »How to escape the short term trap«, *McKinsey on Finance*, Summer, 7–10.

Goldman Sachs Gruppe Inc., Global Investment Research (Hrsg.) (2009), *Global Automobiles*, New York.

Proff, H. und H.V. Proff (2013), *Dynamisches Automobilmanagement. Strategien für international tätige Automobilunternehmen im Übergang in die Elektromobilität*, 2. Aufl., Gabler, Wiesbaden.

Sureth, C. (2014), »Der Betriebswirt. Der Wandel wird zur Daueraufgabe«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. September, 16.



Klaus Bräunig*



Marius Baader**

Wohlstand fängt mit Sparen an – zu den Sparprogrammen der deutschen Automobilindustrie

Viele deutsche Automobilhersteller haben in den letzten Wochen und Monaten »Sparprogramme«, zumindest jedenfalls Kostenoptimierung ihrer Häuser angekündigt. Gleichzeitig entwickelt sich der Absatz unserer Unternehmen weiterhin dynamisch. Passt das zusammen? Effizienzprogramme auf der einen Seite, Rekordvolumen auf der anderen ?

Die deutsche Automobilindustrie hat große Herausforderungen bisher besser als manche Wettbewerber gemeistert. Aber der nächste große Umbruch läuft bereits. Auf der einen Seite erlebt die Schlüsselindustrie Deutschlands Technologiesprünge wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Elektromobilität ist eine Revolution für die Automobiltechnologie. An die Batterietechnik haben wir – im Vergleich zu den Erfahrungen mit konventionellen Antrieben – noch hohe Erwartungen. Die Verbraucher wünschen ähnliche Verlässlichkeit, Reichweite, Praktikabilität und nicht zuletzt auch vergleichbaren Fahrspaß wie mit Benziner und Diesel. Vernetzung und Konnektivität – das sind mehr als nur das Smartphone im Auto. Neue Anforderungen der Kunden an die Mobilität generieren Milliardeninvestitionen von Herstellern und Zulieferern. Diese Investitionen parallel in verschiedene Technologien müssen aber erst einmal erwirtschaftet werden.

Auf der anderen Seite schreitet gleichzeitig die Globalisierung mit schnellen Schritten weiter voran. Aufstrebende Märkte schaffen neue Chancen, aber aufstrebende Herstellernationen erhöhen parallel den Druck auf etablierte und klassische »Autoländer«.

In diesem Spannungsfeld aus technologischer Revolution, neuer Stärke und wachsendem Wettbewerb bekräftigen

* Klaus Bräunig ist Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Berlin.

** Marius Baader ist Leiter der Abteilung Märkte, Analysen, Rohstoffe und Statistik beim Verband der Automobilindustrie (VDA), Berlin.

die deutschen Automobilhersteller und -zulieferer ihre Zugehörigkeit zum Standort Deutschland, müssen diese aber in der kommenden Dekade auch neu behaupten. Gerade die Automobilzuliefererindustrie mit ihrer starken mittelständischen Prägung für Innovation und Beschäftigung ist ein zentraler Baustein für den Erfolg der Deutschen. Dies gilt es nicht zu schwächen, sondern zu stärken.

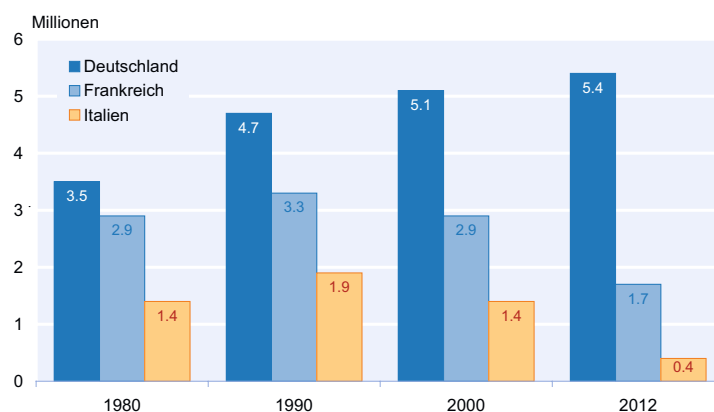
Gott sei Dank müssen wir nicht gesund schrumpfen, sondern unsere Chancen nutzen – sowohl für den Erhalt unserer starken Position in den Weltmärkten als auch für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Heimatstandorte.

Die deutsche Automobilindustrie steht wie kaum eine andere Branche für die Exportmaschinerie der deutschen Wirtschaft. Ihre Unternehmen sind ein entscheidender Baustein für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Nur ein Beispiel zur Illustration: Französische Automobilzulieferer machen ca. 30% bis 40% ihres Geschäfts mit der deutschen Wertschöpfungskette. Bereits 1963, also vor mehr als 50 Jahren, exportierten die deutschen Pkw-Hersteller mehr als 50% der in Deutschland produzierten Pkw in die Welt. Im Jahr 2013 waren es mehr als 75% der Inlandsfertigung, die für ausländische Märkte bestimmt sind. Die Vorlieferungen gerade aus dem europäischen Ausland wuchsen mit, ließen unsere Nachbarn entsprechend mit profitieren. Und das bei einer Auslandsfertigung, die kontinuierlich gewachsen und 2010 die Inlandsproduktion überholt hat. 85% der in- und ausländischen Gesamtproduktion liefert die deutsche Automobilindustrie letztlich an ausländische Kunden.

Diese Erfolge fielen nicht vom Himmel. Denn die Automobilindustrie steht für global harten Wettbewerb. Neue, aufstrebende Autonationen kamen hinzu, neue Märkte entwickelten sich rasant. In diesem Umfeld hat sich die deutsche Automobilindustrie ständig neu erfinden und kritisch hinterfragen müssen, um ihren Technologievorsprung zu halten und ihre globale Präsenz zu erweitern.

Und das ist auch jetzt wieder für die Zukunft notwendig. Denn die politischen und gesamtwirtschaftlichen Risiken nehmen weltweit derzeit eher zu als ab. Nicht nur die geopolitischen Risiken sind gestiegen, auch Hoffnungsträger wie Indien und Brasilien zeigen Schwächen. Nur wenn Politik und Unternehmen jetzt die Weichen richtig stellen, wird Deutschland auch im Jahr 2025 noch ein attraktiver Automobilstandort sein. Dazu haben wir alle Chancen, aber keinen Grund, uns zurückzulehnen. Das zeigt der Blick auf die Erfolgsfaktoren:

Abb. 1
Pkw-Produktion einiger europäischer Länder



Quelle: ANFIA; CCFA; VDA.

Internationalisierung Motor für Produktion und Export

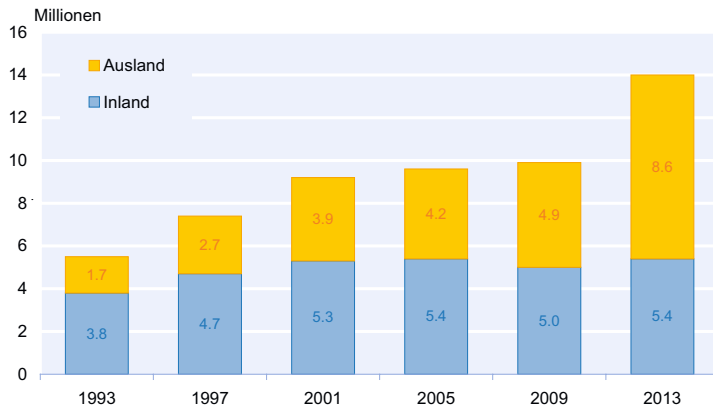
Die deutschen Hersteller haben es besser als andere traditionelle Autoländer der EU verstanden, ihre globale Präsenz deutlich auszuweiten, ohne dabei den heimischen Standort zu vernachlässigen. Während Deutschland seine heimische Fertigung seit 1980 um über die Hälfte bis 2013 auf 5,4 Mill. Pkw sukzessive ausbauen konnte, hat sich in stolzen Automobilnationen wie Frankreich und Italien die Produktion auf 2013 gerade einmal gut 2 Mill. Einheiten reduziert. Noch 1990 fertigten sie zusammen mehr Pkw als Deutschland.

Soweit auch italienische und französische Hersteller ihre Produktion internationalisiert haben, blieb das Hauptmotiv der Auslagerung allerdings, Lohnkostenvorteile in Osteuropa zu generieren. Deutsche Unternehmen haben ebenfalls ihre Produktion mit Low-Cost-Countries erweitert und verknüpft, das Leitmotiv des mittlerweile globalen Produktionsverbundes zielte allerdings in erster Linie auf die Eroberung neuer Märkte.

Zweisäulenstrategie für Märkte draußen und zuhause

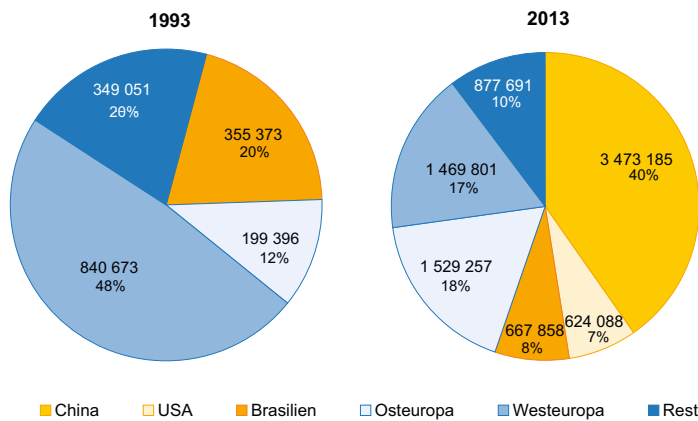
Die deutsche Automobilindustrie setzt auf eine Zweisäulenstrategie in ihrer globalen Marktversorgung: Fertigung im Inland und Export sowie Produktion in den jeweiligen Zielmärkten. Vor 20 Jahren übertraf die Pkw-Inlandsfertigung die Auslandsproduktion noch um mehr als das Doppelte. Letztes Jahr hingegen stellten die deutschen Hersteller bereits gut 60% ihrer Gesamtfertigung von über 14 Mill. Pkw außerhalb der deutschen Werke her. Dennoch ist keineswegs »Republikflucht« die Folge. Wir erleben bisher keinen dadurch bedingten Rückgang der Inlandsproduktion. Im Jahr 2014 werden wir über 5,5 Mill. Pkw in Deutschland

Abb. 2
Pkw-Produktion deutscher OEMs im In- und Ausland



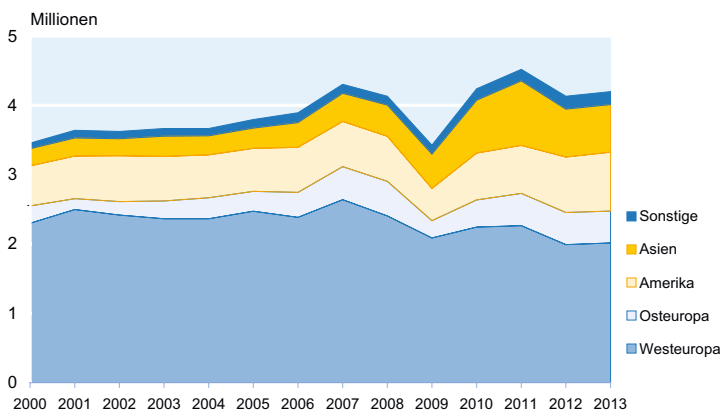
Quelle: VDA.

Abb. 3
Pkw-Auslandsproduktion deutscher OEMs nach Regionen



Quelle: VDA.

Abb. 4
Pkw-Exporte deutscher OEMs nach Regionen



Quelle: VDA.

produzieren – ein erneut klares Plus gegenüber dem Vorjahr. Aber das ist kein Ruhekiten.

Auslandsmärkte sind Treiber

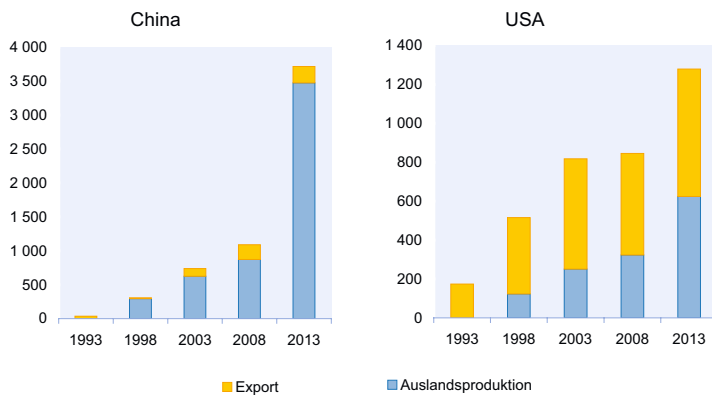
Was sind die Treiber für diese Entwicklung? Der wichtigste Grund ist zweifelsohne die Tatsache, dass die automobilen Wachstumsmärkte außerhalb von Deutschland liegen und vom Volumen her offensichtlich nicht nur von der Inlandsproduktion bedient werden können. Die zwangsläufige Konsequenz für die deutschen OEMs ist es daher, sich global aufzustellen. Als Beispiele können hier die beiden größten Pkw-Märkte der Welt gelten. Weder in China noch in den USA hatten die deutschen Pkw-Hersteller vor 20 Jahren Produktionswerke, inzwischen jedoch werden in den USA über 600 000 Einheiten und in China sogar 3,5 Mill. Pkw deutscher Konzernmarken hergestellt. Damit entfällt inzwischen nahezu die Hälfte der deutschen Auslandsproduktion auf diese beiden Länder.

Neben der Ausrichtung auf Vor-Ort-Produktionsstätten zeichnet die deutschen Hersteller aus, dass sie gleichzeitig auf eine weitere Säule, die Exporte, gesetzt haben. Dies hat den deutschen Automobilstandort in den letzten 20 Jahren im Vergleich zu den Wettbewerbern gestärkt. Innerhalb der klassischen europäischen Automobilnationen nimmt Deutschland hierdurch eine besondere Rolle ein, weil es auch seine Inlandsfertigung von 3,8 Mill. Pkw im Jahre 1993 um 43% auf 5,4 Mill. Stück im vergangenen Jahr deutlich erhöhen konnte. Diese Produktionsausweitung war nur deshalb möglich, weil sich die Exporte im gleichen Zeitraum von 2,1 Mill. auf 4,2 Mill. Einheiten verdoppelt haben. Die eminente Bedeutung der Ausfuhren für den deutschen Standort lässt sich an der Exportquote ablesen. Diese ist seit 1993 von 55% auf 77% gestiegen, d.h., inzwischen werden sieben von neun in Deutschland hergestellten Pkw im Ausland abgesetzt.

Premium stärkt Deutschland

Ein wichtiger Grund für den weltweiten Erfolg von Autos »Made in Germany« ist der ausge-

Abb. 5
Pkw-Exporte und -Auslandsproduktion deutscher OEMs



Quelle: VDA.

wogene Mix aus Premium- und Volumenmodellen, die am deutschen Standort, der sich ja auch durch ein gehobenes Lohnkostenniveau auszeichnet, gefertigt werden. Dass der Aufbau neuer Produktionsstätten im Ausland nicht zu Lasten von Inlandswerken gehen muss, lässt sich wiederum an den führenden Märkten USA und China ablesen. Neben der inzwischen starken Präsenz direkt vor Ort steigerten die Hersteller ihre Exporte ebenfalls nachhaltig. Im Zwanzigjahresvergleich 1993 bis 2013 konnten die Pkw-Ausfuhren in die USA von 174 000 auf 666 000 Stück nahezu vervierfacht werden, nach China stiegen die Exporte sogar fast um den Faktor sieben von 36 000 auf 243 000. Die Zweisäulenstrategie, die sowohl auf Auslandsengagement als auch auf Exporte setzt, ist damit eine wichtige Komponente für den Erfolg der deutschen Automobilindustrie. Und dieses Modell ist zukunftsfähig, wenn die Rahmenbedingung stimmen.

Dass dieses Konzept erfolgreich war und ist, zeigt sich an den Marktanteilen, die unsere Unternehmen mittlerweile weltweit erobert haben. Hier spielte der Ausbau der Präsenz auf den neuen Märkten eine entscheidende Rolle.

Neue Märkte frühzeitig erschließen

Der chinesische Pkw-Markt wächst Jahr für Jahr mit zweistelligen Raten: 1998 war das Marktvolumen so groß wie das der Niederlande (0,5 Mill. Einheiten), 2005 erreichte der chinesische Markt die Größe Deutschlands (3,1 Mill. Einheiten). 2013 löste China mit mehr als 16 Mill. verkauften Pkw die USA als größten Einzelmarkt der Welt ab.

Bei einem Marktanteil von mehr als 20% wird schnell klar, dass eine Marktversorgung allein aus deutschen Produktionsstätten kaum machbar ist. Die Pkw-Verkäufe der deut-

schen Konzernmarken haben sich seit 2008 (1 Mill. Einheiten) verdreifacht – 2013 konnten die Deutschen in China über 3 Mill. Pkw absetzen. Schnelle Marktversorgung, schnelle Anpassungen an Veränderungen der Nachfrage, all das macht Präsenz vor Ort zwingend erforderlich.

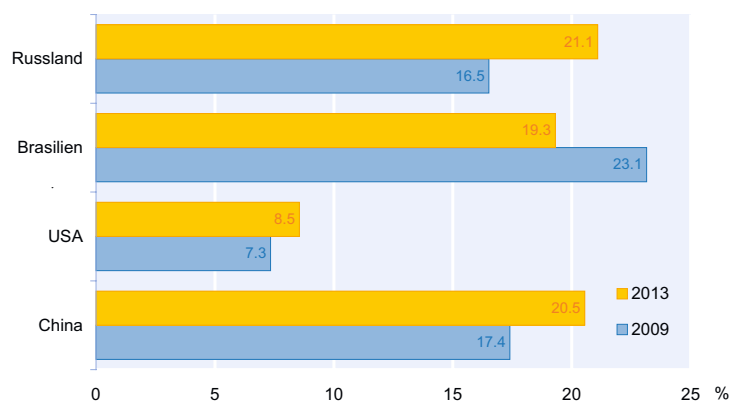
Die deutsche Automobilindustrie hat frühzeitig reagiert: Sie gehörte zu den ersten internationalen Investoren in China – 1983 rollte in Shanghai der erste Volkswagen Santana vom Band – und wird dafür seit Jahren (2009: 40%, 2010: 35%, 2011: 21%, 2012: 19%, 2013: 18%) mit zweistelligen Zuwachsraten belohnt. Und auch zukünftig bieten sich in China weitere Wachstums-

chancen: Unter der neuen Regierung dürfte das rein investitionsgetriebene chinesische Wachstumsmodell zusehends von einer Förderung des Binnenmarktes abgelöst werden. Ein hieraus resultierender Anstieg des privaten Konsums wird seine Wirkung auf den chinesischen Neuwagenmarkt kaum verfehlen.

Im Jahr 2013 zeigte der US-Markt eine erfreuliche Entwicklung: Der Absatz von Light Vehicles (Pkw und Light Trucks) stieg um 8% auf 15,5 Mill. Einheiten. Damit haben die Neuwagenverkäufe gegenüber dem Krisenjahr 2009 um gut 5 Mill. Einheiten zugelegt (+49%).

Das hohe Wachstumstempo sind auch die deutschen Hersteller mitgegangen: Im Vergleich zum Jahr 2009 (762 994 Einheiten) hat sich der Absatz von Neuwagen mit einem deutschem Markenzeichen um satte 74% erhöht – 2013 verkauften die Deutschen auf dem inzwischen zweitgrößten Markt der Welt rund 1,33 Mill. Einheiten. Damit sind die deutschen Hersteller in diesem Zeitraum deutlich schneller gewachsen als der Markt – die Vereinigten Staaten sind also entscheidend

Abb. 6
Marktanteile deutscher OEMs



Quelle: AEB; ANFAVEA; Ward's; Fourin.

für die Wachstumsstrategien der deutschen Hersteller. Ein Großteil der Fahrzeuge, die in den USA gefertigt werden, hat ihren Hauptabsatzmarkt ebendort. Gleichzeitig versorgen wir die globalen Märkte weiterhin mit Fahrzeugen aus heimischer Produktion.

Die deutsche Automobilindustrie hat in Krisen Jahren nicht den Fehler gemacht, internationale Märkte wie z.B. den US-Markt in ihrer Bedeutung zu unterschätzen, nein, sie hat ihr Engagement konsequent ausgebaut. Diese langfristige Strategie wird aktuell mit einem Marktanteil von knapp 9% belohnt – seit 2009 liegt der Anteil der deutschen Konzernmarken an den Light-Vehicle-Gesamtverkäufen bei durchschnittlich 8%.

Nicht nur in großen Märkten sind wir aktiv. Auch in den Wachstumsmärkten der »zweiten Reihe« stehen Entscheidungen an. Wie soll der ASEAN-Raum bedient werden? Welche Perspektiven warten in Afrika? Wie werden sich die kleineren Märkte Lateinamerikas entwickeln?

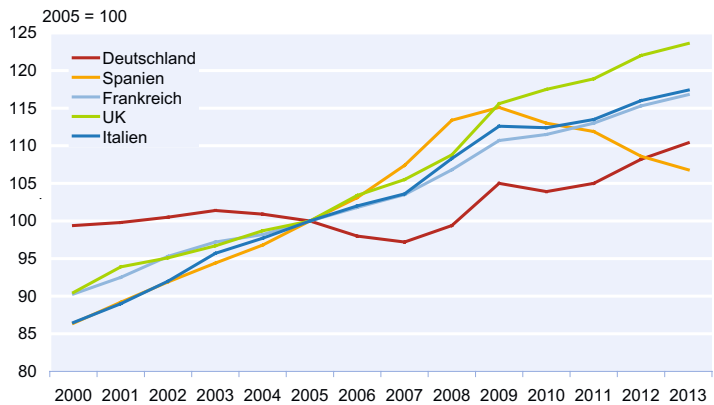
Auch wenn die deutsche Automobilindustrie eine granulare Internationalisierungsstrategie verfolgt: Es sind eine herausfordernde Zahl von Ländern und Regionen, die wir im Auge behalten müssen.

Wenn wir den globalen Erfolg der deutschen Automobilindustrie auch in den kommenden Jahren erhalten wollen, müssen die politischen Rahmenbedingungen die zentrale Rolle spielen.

Arbeit an der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aktiver wiederaufnehmen

Deutschland hat in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung vollzogen. Vom »kranken Mann Europas« zu Beginn des Jahrtausends bis zur Lokomotive für die europäische Wirtschaft hat sich innerhalb einer Dekade die deutsche Volkswirtschaft gedreht. Dieser Prozess lässt sich sehr plastisch an den Lohnstückkosten ablesen. Von 2000 bis 2008 zeichnete sich die deutsche Wirtschaft durch relativ konstante Lohnstückkosten aus, während in anderen großen europäischen Automobilnationen die auf den Output bezogenen Lohnkosten deutlich anstiegen. Allerdings: Die Lohnstückkosten nehmen nach einer beeindruckenden Entwicklung des ersten Jahrzehnts aktuell wie-

**Abb. 7
Nominale Lohnstückkosten**

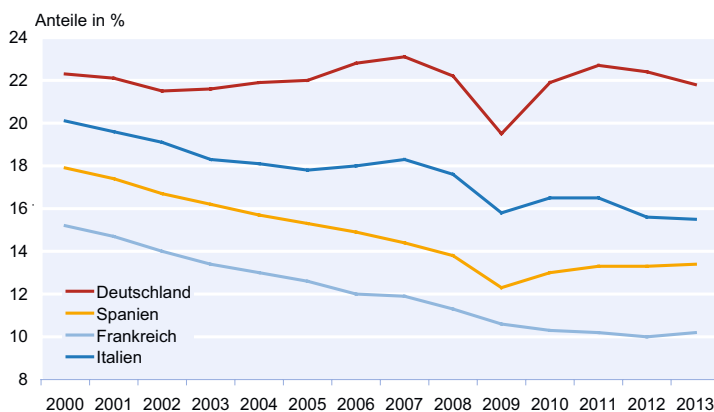


Quelle: Eurostat.

der zu. Deutschland darf sich nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Spanien zum Beispiel hat nach dem Ausbruch der Krise 2008 seine Lohnstückkosten gesenkt und gewinnt dadurch als Produktionsstandort zunehmend wieder an Attraktivität.

Die deutschen Strukturreformen zu Beginn der letzten Dekade haben sich ausgezahlt, auch für den Fiskus. Deutschland ist heute eines der wenigen Länder der Europäischen Union, das den Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in den letzten 13 Jahren halten konnte. In den anderen großen Volkswirtschaften gingen die Anteile massiv zurück – die Folgen für den Arbeitsmarkt sind bekannt. Diese Entwicklung realisiert inzwischen auch die Europäische Kommission und peilt für 2020 das Ziel eines EU-Industrieanteils von 20% an. Besonders dramatisch hat sich Frankreich deindustrialisiert, von einem Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes von über 15% im Jahre 2000 auf aktuell gerade mal 10%. Dass sich die französische Volkswirtschaft gerade sehr schwer tut, aus der Krise herauszu-

**Abb. 8
Bruttowertschöpfung Verarbeitendes Gewerbe**



Quelle: Eurostat.

fahren, hat auch mit der Vernachlässigung von Industrie und Internationalisierung zu tun.

Der deutsche Erfolg ist das Ergebnis von richtigen (wenn auch damals späten) Reformen verantwortungsbewusster Arbeitnehmervertretern und kluger Unternehmensführung in der letzten Dekade. In diesem Dreiklang zwischen Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften gelang es, zu neuer Stärke zu finden. Dieses etablierte Zusammenspiel steht nun vor einer neuen Bewährung.

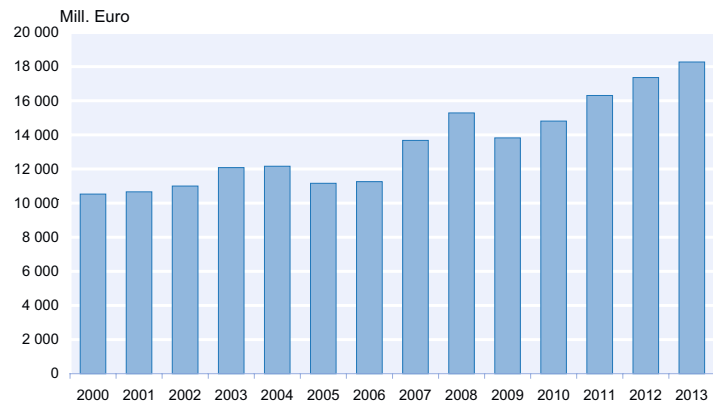
Ein Rückgrat der deutschen Automobilindustrie sind die meist mittelständischen Zulieferfirmen, die in den Produktionsverbund mit den Herstellern national und international tief integriert sind. Häufig handelt es sich hier um Familienunternehmen, die neben der Infrastruktur auch die Stabilität in Deutschland besonders wertschätzen. Neue Belastungen wie z.B. eine eventuelle Veränderung der Behandlung der Betriebsvermögen im Erbschaftsteuerrecht können sich somit für den Standort Deutschland als eher kontraproduktiv erweisen.

Die Unternehmen haben ihre Hausaufgaben gemacht und nehmen ihre Herausforderungen an. Die deutsche Automobilindustrie investiert jährlich einen zweistelligen Milliardenbetrag in Forschung und Entwicklung und ist damit der forschungsintensivste Wirtschaftszweig. Jeder dritte Forschungs-Euro im Inland geht in die Automobilindustrie. Natürlich ist ein großer Teil dieser F&E Aktivitäten auf neue Produkte fokussiert. Aber ein nicht unerheblicher Anteil dient der Effizienzsteigerung. Es sind auch die Prozessinnovationen, die eine Fertigung im Hochlohnland ermöglichen.

Deutschland ist und bleibt ein Hochlohnland. Es geht in Deutschland nicht um ein Lohnniveau wie in Niedriglohnländern, aber es geht sehr wohl um das mögliche Kostenbewusstsein für die Wettbewerbsfähigkeit zuhause – wir konkurrieren mit Ländern wie China, Brasilien, Mexiko und Russland.

Der Standort Deutschland kann, aber er muss sich auch ständig neu behaupten. Bei jedem neuen Modell stehen deutsche Standorte im Wettbewerb mit ihren Schwesterwerken auf der Welt. Und dieser Wettbewerb ist nicht einfach zu bestehen. Lohnkosten, Logistikkosten, Energiekosten bis hin zu wachsenden handelspolitischen Hürden, das sind alles Faktoren, die eine Rolle bei der Vergabe spielen. Die Energiekosten in Deutschland bleiben auch nach der EEG-Reform im internationalen Vergleich zu hoch, die Lohnstück-

Abb. 9
Interne F&E-Aufwendungen der deutschen Automobilindustrie im Inland

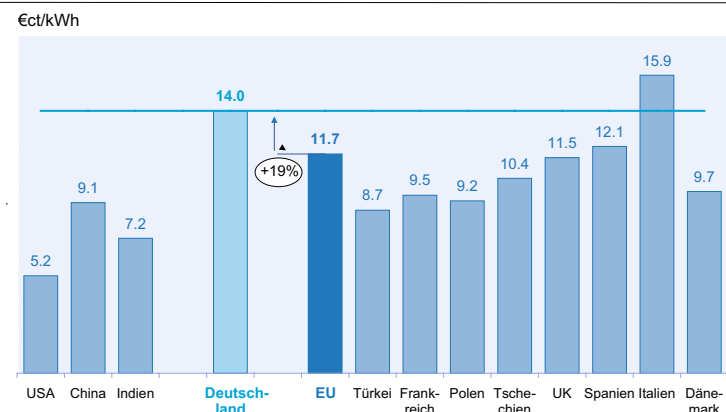


Quelle: Stifterverband.

kosten müssen wettbewerbsfähig sein und bleiben. Das Erreichte dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.

Die Logistikkosten steigen mit jeder Brückensperrung, mit jedem Stau, mit jeder Verzögerung weiter an. 47% aller Brücken im Bundesfernstraßennetz haben den kritischen Zustandswert überschritten, so dass sie beobachtet und ggf. Baumaßnahmen eingeleitet werden müssen. 2013 gab es alleine auf deutschen Autobahnen 415 000 Staus mit einer Gesamtlänge von 830 000 Kilometern. Die Verkehrsprognosen bis 2030 erwarten einen Anstieg des Pkw-Verkehrs um 10%, des Lkw-Verkehrs um annähernd 40% gegenüber 2010. Ein gezielter Ausbau von Engpässen drängt, aber die im Bundeshaushalt geplanten Mittel für 2014 und 2015 sind mit 5,09 Mrd. und 5,15 Mrd. geringer als im Schnitt der vergangenen Legislaturperiode. Die von der Koalition vereinbarte Mittelaufstockung für 2016 und 2017 macht Mut, allerdings droht bereits 2018 wieder ein Rückfall auf das niedrige Ausgangsniveau. Damit wird es schwierig, die Blutbahnen unserer Volkswirtschaft verstopfungsfrei und damit effizient zu halten, denn der Bedarf für jährliche Investitionen

Abb. 10
Strompreise für KMU



Quelle: BDI.

in Bundesfernstraßen wird auf mindestens 8 Mrd. Euro geschätzt.

Bei den Energiekosten sehen wir einen erheblichen Nachteil gegenüber unseren Wettbewerbern. Nicht nur in den USA oder Asien, auch in Europa sind die Strompreise sehr unterschiedlich. Wir haben uns politisch dem ehrgeizigen Ziel der Energiewende verschrieben – aber auch hier dürfen wir die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren. Die Automobilindustrie ist keine stromintensive Branche im Sinne des Gesetzgebers. Aber noch nie haben Energiekosten eine derart zentrale Rolle im Kostenblock auch unserer Hersteller und Zulieferer gespielt.

Die Politik darf sich nicht davon blenden lassen, dass Deutschland im Jahr 2014 gut dasteht. Das konjunkturelle Umfeld ist im Jahresverlauf 2014 bereits schwieriger geworden. Zur Wachstumsschwäche Europas gesellen sich politische Risiken nicht nur in Russland und der Ukraine. Auch in den Schwellenländern ist derzeit kein Wachstumsautomatismus zu erkennen. Dennoch erleben wir derzeit eine politische Verteilungs- und Sozialdebatte, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie praktisch als gegeben voraussetzt. Einen neuen Belastbarkeitstest kann die deutsche Industrie nicht brauchen. »Sparprogramme« der deutschen Automobilindustrie sollte die Politik für ein Kostenbewusstsein bei öffentlichen Ausgaben beherzigen und zugleich durch vernünftige Maßnahmen im Bereich der Bildungs-, der Infrastruktur-, der Handels- und Umweltpolitik begleiten. Nur dann, aber dann kann der Standort auch in Zukunft wettbewerbsfähig und attraktiv bleiben.

Was die Deutschen über die Bildungspolitik denken – Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers*

16

Ludger Wößmann, Philipp Lergetporer, Franziska Kugler und Katharina Werner

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist für einen verpflichtenden Kindergartenbesuch, für eine Abschaffung der Kindergartengebühren, für ein Ganztagschulsystem für alle Kinder bis 15 Uhr, für deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur – und findet es wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test gut abschneidet. Gleichzeitig ist eine deutliche Mehrheit gegen die Abschaffung von Schulnoten, gegen höhere Lehrergehälter und gegen die Verbeamtung von Lehrern. Die Deutschen sprechen sich auch mehrheitlich dafür aus, die staatlichen Ausgaben für Schulen zu erhöhen – aber es ist nur noch eine Minderheit, wenn auf die Notwendigkeit der Steuererhöhung für die staatliche Finanzierung hingewiesen wird. Eine relative Mehrheit gegen Studiengebühren verwandelt sich ebenfalls in eine relative Minderheit, sobald sie über den Einkommensunterschied von Personen mit und ohne Studium informiert wird. Wenn die Studiengebühren erst nach dem Studium und erst ab einem gewissen Jahreseinkommen zurückgezahlt werden müssen, ist sogar eine deutliche Mehrheit dafür. Mehrheiten finden sich auch gegen das Betreuungsgeld und gegen das G8, aber für Leistungszulagen für in Problemschulen unterrichtende Lehrkräfte und für die Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen. Nach Ansicht der meisten Deutschen sollten Arbeitgeber und Staat mehr für Fort- und Weiterbildung ausgeben – nicht aber die Personen selbst. Und nahezu alle sind der Meinung, dass gute Schülerleistungen für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes wichtig sind. Dies und mehr geht aus dem ersten ifo Bildungsbarometer hervor, einer repräsentativen Meinungsumfrage der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.

Was denken die Deutschen über die Bildungspolitik? Sind sie für oder gegen Betreuungsgeld, kleinere Schulklassen, Inklusion, Ganztagschule, frühe Aufteilung zwischen Schularten, G8, Deutschlandabitur, Studiengebühren und weitere Akademisierung? Sollten mit sinkenden Schülerzahlen auch die Lehrerstellen sinken? Sollten zusätzliche Mittel eher in die frühkindliche Bildung, die Schulen, die Berufsausbildung oder die Universitäten fließen? Antworten auf diese Fragen sind nicht nur für sich genommen interessant. Sie sind auch relevant für die Akzeptanz und Umsetzbarkeit bildungspolitischer Reformen.

Öffentliche Meinung und Reformfähigkeit im politischen Prozess

Seit dem PISA-Schock von 2001 sind hierzulande einige Veränderungen zu beobachten: eine empirische Wende in den Bildungswissenschaften, eine stärkere Evidenzorientierung in der Bildungspolitik und zumeist auch eine Entideologisierung der bildungspolitischen Debatten. Gleichwohl sind bei vielen Reformbemühungen nur begrenzte Fortschritte oder aber deutliche Widerstände zu erkennen. Dafür gibt

es sicherlich zahlreiche Gründe, die zum Teil in den Besonderheiten jeder einzelnen Reformbemühung zu finden sind.

Aus politökonomischer Sicht könnte aber ein wichtiger übergreifender Grund für die Diskrepanz zwischen politischem Bewusstsein und Handeln im Zusammenspiel politischer Kräfte mit öffentlichen Meinungen liegen. Politiker können nicht uneingeschränkt das tun, was sie für das Richtige halten – quasi eine wie auch immer geartete »soziale Wohlfahrtsfunktion« maximieren. Sie müssen sich Wahlen stellen. Die Wähler haben aber ihre eigenen Meinungen und Interessen, und diese können sich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen

* Der Artikel ist im Rahmen des im ifo Zentrum für Bildungs- und Innovationsökonomik bearbeiteten SAW-Projekts »Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage« entstanden. Wir danken der Leibniz-Gemeinschaft für die finanzielle Unterstützung im Leibniz-Wettbewerb für die Jahre 2014–2016, Guido Schwerdt für die Unterstützung von Antrag und Projekt, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts – Marius Busemeyer, Olaf Köller, Kerstin Martens, Beatrice Rammstedt und Stefan Wolter –, Natalja Menold, Joachim Winter und den Kollegen im ifo Zentrum für Bildungs- und Innovationsökonomik für Anmerkungen zum Fragebogen sowie TNS Infratest – insbesondere Thomas Gensicke und Sarah Schmidt – für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung der Meinungsumfrage.

deutlich unterscheiden. Das macht es der Politik und der Verwaltung häufig schwer, Reformen umzusetzen, die sie als vorteilhaft für die Gesellschaft ansehen. Als Beispiel dafür können wesentliche Teile der Hamburger Schulreform von 2010 angesehen werden, die von allen vier in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien einstimmig beschlossen, aber letztlich durch einen Volksentscheid verhindert wurden. Die spezifischen (Eigen-)Interessen von Wählern, Politikern und Verwaltung machen die Steuerung der Bildungspolitik zu einem hoch komplexen Entscheidungsprozess.¹

Damit stellt sich für die Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Reformen auch eine weitere Frage: Was beeinflusst die öffentliche Meinung zur Bildungspolitik? Kann die Politik die Ansichten der Bevölkerung beispielsweise durch Informationskampagnen über zugrunde liegende Fakten und Zusammenhänge verändern?

Um Antworten auf diese Fragen etwas näher zu kommen, haben wir zwischen April und Juli 2014 eine Meinungsumfrage unter mehr als 4 000 Befragten durchgeführt, die eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren darstellen (vgl. Kasten 1 »Methodik der Befragung« für methodische Details).² Mit ihr können wir die Meinungen der deutschen Wahlbevölkerung zu wichtigen Themen der Bildungspolitik abbilden.

Darüber hinaus können wir auch untersuchen, ob sich die Meinungen durch die Bereitstellung von Informationen und Argumenten beeinflussen lassen. Dazu haben wir in unserer Befragung bei einigen Fragen eine methodische Besonderheit eingeführt: Je-

weils einem zufällig ausgewählten Teil der Befragten wurden bestimmte Informationen zur Verfügung gestellt, bevor sie dieselbe Frage beantworten wie der andere Teil der Befragten, der diese Informationen nicht erhalten hat. Aufgrund der zufälligen Aufteilung lassen sich so Aussagen darüber machen, wie die deutsche Bevölkerung mit und ohne Bereitstellung dieser Informationen zu der jeweiligen Frage steht – und somit auch darüber, ob und in welchem Ausmaß sich die angegebene Meinung durch die Bereitstellung der Information verändert.

Bildungspolitik und Bildungsausgaben

Der vorliegende Beitrag stellt erste Ergebnisse des ersten ifo Bildungsbarometers über die Meinung der Bevölkerung

Kasten 1 Methodik der Befragung

Die Befragung für das ifo Bildungsbarometer wurde zwischen April und Juli 2014 von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt. Im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren wurden 4 171 Personen befragt. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte in zwei Teilen: Die Bevölkerung mit privater Internetnutzung (75%) wurde mit Hilfe eines Online-Fragebogens in einem Online-Panel befragt. Die Bevölkerung ohne private Internetnutzung (25%) wurde im Rahmen einer persönlichen Befragung in der Wohnung der Befragten gebeten, den Fragebogen auf einem zur Verfügung gestellten Gerät elektronisch – auf Wunsch mit Unterstützung des Interviewers – auszufüllen. Um eine repräsentative Abbildung der gesamten deutschen Bevölkerung sicherzustellen, wurden die Beobachtungen anhand der amtlichen Statistik nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss und Gemeindegrößenklasse gewichtet.

Eine methodische Besonderheit der Befragung besteht darin, dass die Befragten bei einigen Fragen per Zufall auf zwei bis vier unterschiedliche Teilgruppen aufgeteilt wurden. Diese Teilgruppen erhielten die Frage dann jeweils in einer anderen Version, zum Beispiel mit und ohne Bereitstellung von Informationen über tatsächliche Ausgabenniveaus wie in den Abbildungen 3 und 5. Aufgrund der ausreichenden Stichprobengröße lassen sich so auch Aussagen über die Meinungen der deutschen Bevölkerung in diesen jeweiligen Teilgruppen machen.

Wie sicher von einer repräsentativen Umfrage auf die Gesamtbevölkerung geschlossen werden kann, lässt sich anhand von statistischen Wahrscheinlichkeiten angeben. Da der Stichprobenumfang in der vorliegenden Studie vergleichsweise groß ist, liegt der Fehlerbereich für Fragen, die allen Befragten gestellt wurden, nur zwischen rund 1 und 1,5 Prozentpunkten. Das heißt, wenn z.B. 50% der Befragten einer Frage zustimmen, liegt der wahre Wert der Zustimmung in der Gesamtbevölkerung mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 48,5% und 51,5%. Bei der Betrachtung von Teilgruppen mit geringeren Fallzahlen ist der Fehlerbereich etwas größer – beispielsweise 2–3 Prozentpunkte bei Fragen, die von einer zufälligen Teilgruppe von gut 1 000 Befragten beantwortet werden.

Personen, die zu einer Frage keine Angabe machen, werden in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt. Dieser Anteil der Personen ohne Angabe ist bei allen Meinungsfragen des ifo Bildungsbarometers sehr klein: Im Durchschnitt liegt er bei nur 1%, bei keiner Frage erreicht er 2% (einzige Ausnahme sind die Fragen im unteren Teil von Abbildung 12, bei denen er 2,9% erreicht).

Um die Ergebnisse übersichtlich zu präsentieren, sind in den Abbildungen bei Zustimmungsfragen die Antwortkategorien in der Reihenfolge »sehr dafür«, »eher dafür«, »weder dafür noch dagegen« »eher dagegen« und »sehr dagegen« angegeben. Im Fragebogen wurde jedoch die Kategorie »weder dafür noch dagegen« stets als letzte Antwortmöglichkeit der Liste präsentiert.

Im vorliegenden Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte berichtet, die auf den jeweils nächsten Prozentpunkt gerundet sind. Aufgrund der Rundungen kann die Summe der berichteten Prozentanteile von 100 abweichen. Ebenso kann die tatsächliche Summe mehrerer Anteile leicht von der Summe der berichteten gerundeten Werte abweichen.

¹ Klassische Beiträge zur modernen politischen Ökonomie modellieren den politischen Prozess als Wettbewerb um Wählerstimmen und um Unterstützung von Interessengruppen (vgl. etwa Buchanan und Tullock 1962; Olson 1965). Aktuelle Forschung zur politischen Ökonomie der Bildung behandelt insbesondere Themen der Bildungsfinanzierung, der relativen Rolle von Markt und Staat sowie möglicher Zielkonflikte zwischen Wachstum und Ungleichheit (vgl. Gradstein, Justman und Meier 2005; Glomm, Ravikumar und Schioppa 2011). Empirische Studien zur Rolle der öffentlichen Meinung in der politischen Ökonomie der Bildungspolitik liefern Cattaneo und Wolter (2009) für die Schweiz und verschiedene Studien von Bussemeyer und Koautoren für den internationalen Vergleich (vgl. etwa Bussemeyer und Trampusch 2012).

² Das Projekt wird in Kooperation mit Politikwissenschaftlern des Program of Education Policy and Governance (PEPG) der Harvard Universität durchgeführt, deren langjährige Erfahrungen mit bildungspolitischen Meinungsbefragungen in den USA (vgl. etwa Howell, West und Peterson 2007; Henderson, Howell und Peterson 2014) in die Entwicklung unseres Fragebogens eingeflossen sind.

zu Bildung und Bildungspolitik vom vorschulischen Alter über Schulen und Berufsausbildung bis hin zu Studium und Weiterbildung vor. Bevor wir zu Fragen der einzelnen Bildungsphasen kommen, betrachten wir einige übergreifende Fragen zu Bildungspolitik und Bildungsausgaben.

Beurteilung der Bildungspolitik

Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist der deutschen Bevölkerung ein wichtiges Anliegen: Über drei Viertel (79%) der Bevölkerung geben an, dass es ihrer Meinung nach (sehr oder eher) wichtig ist, dass deutsche SchülerInnen bei internationalen Tests von Schülerleistungen im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneiden (vgl. Abb. 1).

Da in den Medien und Schulen in letzter Zeit häufig behauptet wird, die Bevölkerung sei »PISA-müde«, haben wir einem Teil der Befragten die Frage in leicht geänderter Fassung gestellt: Statt von »internationalen Tests von Schülerleistungen« zu sprechen, sprechen wir explizit vom »internationalen PISA-Test«. Trotz der angeblichen PISA-Müdigkeit der Bevölkerung ändert dies die Einschätzung nicht wesentlich: 73% der Bevölkerung finden es (sehr oder eher) wichtig, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet.

Der Anteil, der ein gutes Abschneiden bei internationalen Tests für wichtig hält, ändert sich ebenfalls kaum (79%) bei dem weiteren Teil der Befragten, der explizit nach der Wichtigkeit »für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes« gefragt wird. Allerdings steigt dabei der Anteil, der die Schülerleistungen für »sehr« (und nicht nur »eher«) wichtig hält, von 25% auf 31%.

Fragt man einen vierten Teil der Befragten in einer weiteren Fragevariante schließlich allgemeiner nach guten Schülerleistungen (ohne Hinweis auf internationale Tests), so halten sage und schreibe 97% der Bevölkerung gute Schülerleistungen für (sehr oder eher) wichtig für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes, und mehr als zwei Drittel (70%) halten sie sogar für sehr wichtig. An Bewusstsein für die große wirtschaftliche Bedeutung guter Bildung (vgl. etwa Hanushek und Wößmann 2012) mangelt es in der deutschen Bevölkerung also nicht.

Insofern ist es bemerkenswert, dass die Bevölkerung die Bildungspolitik relativ schlecht bewertet (vgl. Abb. 2). Nur 1% der Deutschen würde der Bildungspolitik in ihrem

Bundesland insgesamt die Schulnote 1 geben. Über die Hälfte der Bevölkerung erteilt der Bildungspolitik lediglich die Schulnote 3, ein knappes Viertel benotet sie sogar schlechter. Allerdings gibt es bei dieser Frage gewisse regionale Unterschiede: Während die Vergabe der Note 1 kaum variiert, geben 31% der Bayern der Bildungspolitik in ihrem Bundesland die Note 2, aber nur 17% der Einwohner in Nordrhein-Westfalen. Zwischen den restlichen westlichen und den östlichen Bundesländern findet sich hingegen kaum ein Unterschied in der Benotung der Landesbildungspolitik. Insgesamt scheint es nach Ansicht der Bevölkerung aber überall deutlich Raum für Verbesserungen in der Bildungspolitik zu geben.

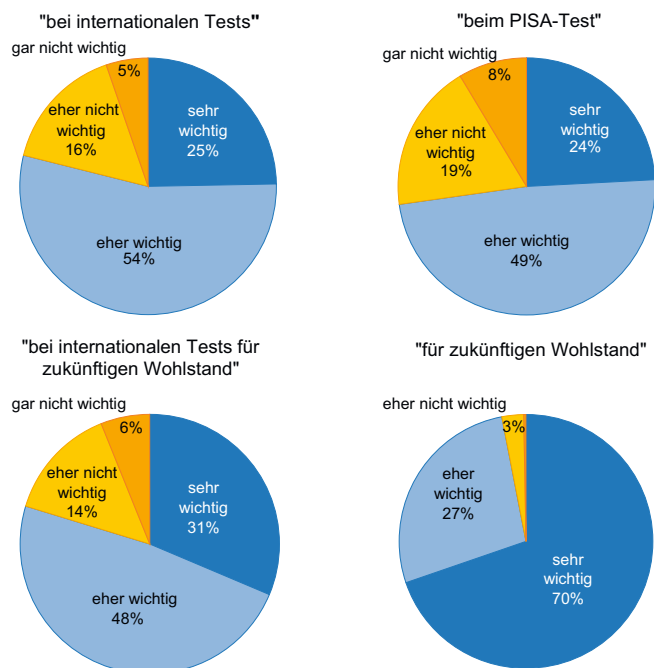
Ausgaben im Schulsystem

Dass gute Bildung der deutschen Bevölkerung wichtig ist, spiegelt sich auch in der Bereitschaft zu Ausgabenerhöhungen im Bildungsbereich wider. So sind über zwei Drittel (71%) der Meinung, die staatlichen Ausgaben für Schulen sollten steigen (vgl. Abb. 3).

Abb. 1

Wie wichtig sind gute Schülerleistungen?

Sie sind den Deutschen sehr wichtig – gerade für den zukünftigen Wohlstand

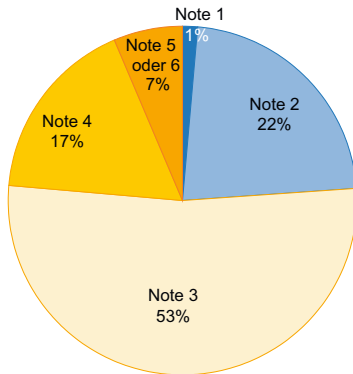


Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

bei internationalen Tests [für zukünftigen Wohlstand] Deutsche Schülerinnen und Schüler nehmen regelmäßig an internationalen Tests von Schülerleistungen teil. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach [für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes], dass Deutschland bei diesen Tests im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet?
beim PISA-Test Deutsche Schülerinnen und Schüler nehmen regelmäßig am internationalen PISA-Test teil. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Deutschland beim PISA-Test im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet?
für zukünftigen Wohlstand Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach gute Schülerleistungen für den zukünftigen Wohlstand unseres Landes?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Abb. 2
Welche Note geben die Deutschen der Bildungspolitik?
 Die Mehrheit gibt nur eine 3



Frage:
 Ganz allgemein gefragt: Welche Schulnote würden Sie der Bildungspolitik in Ihrem Bundesland insgesamt geben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Diese Zustimmungsrate verringert sich allerdings deutlich auf 50% in der Teilgruppe der Befragten, die vor der Beantwortung der Frage darüber informiert wurde, dass die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro SchülerIn jährlich 6 400 Euro betragen (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2013). Interessant ist dabei eine Betrachtung des ursprünglichen Informationsstandes der Bevölkerung. Dazu wurden die TeilnehmerInnen unabhängig von dieser Frage und deutlich vorher im Fragebogen gebeten zu schätzen, wie viel durchschnittlich jedes Jahr pro SchülerIn an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ausgegeben wird. Es zeigt sich, dass der Großteil der Befragten (77%) das tatsächliche Ausgabenniveau deutlich (um mehr als 1 000 Euro) unterschätzt. Diese Befragten wurden also von der tatsächlichen Höhe der Ausgaben überrascht. Dementsprechend fällt bei ihnen der Rückgang der Zustimmung zu Ausgabenerhöhungen aufgrund der Informationsbereitstellung mit 24 Prozentpunkten auch weit deutlicher aus als bei denen, die das Ausgabenniveau überschätzt hatten (8 Prozentpunkte).³ Das Ausmaß, in dem der Hinweis auf das tatsächliche Ausgabenniveau Meinungen beeinflusst, hängt also deutlich vom ursprünglichen Informationsstand der Befragten ab.

Besonders niedrig fällt die Zustimmung zur Erhöhung staatlicher Ausgaben für Schulen in der Teilgruppe der Befragten aus, die in

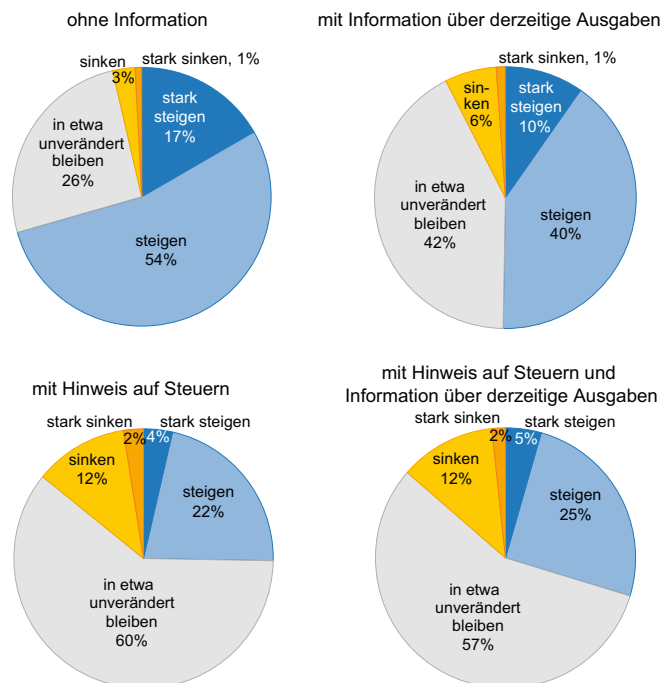
³ An diesen Werten ändert sich kaum etwas, wenn man die Unter- bzw. Überschätzung nicht mit einem Bereich von 1 000 Euro, sondern alternativ mit 10% oder 20% der tatsächlichen Ausgaben berechnet.

der Frage explizit auf die Notwendigkeit von Steuererhöhungen für zusätzliche Staatsausgaben hingewiesen wurde: Nur ein Viertel findet, dass Steuern für die Finanzierung von Schulen steigen sollten. Wird der Hinweis auf Steuererhöhungen mit Informationen zur Höhe der Bildungsausgaben kombiniert, hat die zusätzliche Ausgabeninformation keinen wesentlichen zusätzlichen Effekt. Es ist bemerkenswert, dass sich eine deutliche Mehrheit für staatliche Ausgabenerhöhungen für Schulen in eine deutliche Minderheit verwandelt, sobald die Notwendigkeit von Steuerfinanzierung deutlich gemacht wird.⁴

Als nächstes gehen wir der Frage nach, wofür zusätzliche Ausgaben im Schulsystem nach Meinung der Deutschen gegebenenfalls eingesetzt werden sollten. Zunächst geben wir drei Antwortmöglichkeiten vor: Schulklassen verklei-

⁴ Interessanterweise ist die Zustimmung zu steigenden Bildungsausgaben ohne weitere Information bei Personen über dem mittleren Einkommen signifikant höher (76%) als bei Personen bis zu einem mittleren Einkommen (66%). Dieser Unterschied wird aber wesentlich geringer und statistisch insignifikant, sobald auf das derzeitige Ausgabeniveau oder die Steuerfinanzierung hingewiesen wird.

Abb. 3
Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen steigen?
 Information über Ausgabenniveau und Hinweis auf Steuerfinanzierung senken die Zustimmung deutlich



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
ohne Information [mit Information über derzeitige Ausgaben] [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 6 400 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten die staatlichen Ausgaben für Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?
mit Hinweis auf Steuern [und Information über derzeitige Ausgaben] [Die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland betragen im Durchschnitt jährlich 6 400 Euro pro Schülerin/Schüler.] Sollten Steuern für die staatliche Finanzierung von Schulen in Deutschland Ihrer Meinung nach steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

nen, Lehrergehälter erhöhen oder neue Schulbücher, Computer und andere Lehrmittel anschaffen. Können sich die Befragten für mehrere dieser Möglichkeiten aussprechen, sind drei Viertel (75%) dafür, mehr Geld für die Verkleinerung von Klassengrößen einzusetzen (vgl. Abb. 4). Die Anschaffung neuer Lehrmittel wie Schulbücher und Computer befrworten 53%, eine Erhöhung von Lehrergehältern hingegen nur 14%.

Um deutlich zu machen, dass verschiedene Verwendungen der zusätzlichen Mittel zueinander in Konkurrenz stehen, musste sich eine andere Teilgruppe der Befragten für nur eine der drei Möglichkeiten entscheiden. In diesem Fall sinkt die Zustimmung für kleinere Schulklassen auf 64%, die für zusätzliche Lehrmittel auf 32% und die für höhere Lehrergehälter auf 4%. Eine sehr deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung zieht also kleinere Klassen den anderen Ausgabenmöglichkeiten im Schulsystem vor. Das ist insofern bemerkenswert, als Klassenverkleinerungen zwar mit sehr hohen Kosten verbunden sind, nach vorliegenden umfangreichen Forschungsergebnissen aber zumeist nicht systematisch mit besseren Schülerleistungen einhergehen.⁵

Um die tatsächlichen Abwägungen deutlich zu machen, haben wir eine weitere Teilgruppe der Befragten darauf hingewiesen, wie viel man mit derselben Ausgabensumme von den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten kaufen könnte. Konkret erfahren diese Befragten, dass eine Verkleinerung der Schulklassen um drei SchülerInnen in etwa so viel kosten würde, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen. Dieser Hinweis verringert die Zustimmung zu Klassenverkleinerungen deutlich von 64% auf 48%, wohingegen die Zustimmung für zusätzliche Lehrmittel von 32% auf 46% ansteigt. Informationen über die Kosten der einzelnen Maßnahmen haben also bedeutende Auswirkungen auf deren Akzeptanz.

Wird bei dieser Fragestellung die Möglichkeit, in Schulgebäude zu investieren, als vierte Option hinzugefügt, so sprechen sich 10% für diese Option aus. Als Folge sind nur mehr 40% für kleinere Klassen, aber 44% für zusätzliche Lehrmittel. Es wird deutlich, dass die Zustimmung zu kleineren Klassen zunehmend sinkt, je mehr die Bevölkerung

auf alternative Verwendungsmöglichkeiten der Mittel hingewiesen wird.

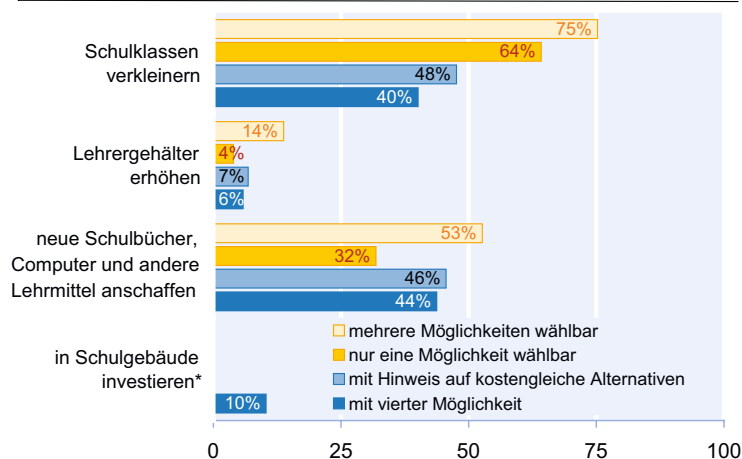
Ausgaben für unterschiedliche staatliche Aufgaben und Bildungsbereiche

Bildungsausgaben sind der deutschen Bevölkerung im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgabenbereichen besonders wichtig. So sind 71% der Befragten der Meinung, dass der Staat im Vergleich zu heute zukünftig mehr Geld für Bildung ausgeben sollte (vgl. Abb. 5). Rund die Hälfte wünscht sich Ausgabenerhöhungen in den Bereichen soziale Sicherheit und öffentliche Sicherheit, aber nur 21% sind für höhere Kulturausgaben und 10% für höhere Verteidigungsausgaben. Einem Teil der Befragten wurde mitgeteilt, dass der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben in Deutschland geringer ist als in den meisten anderen Industrieländern. Diese Information hatte keinen signifi-

Abb. 4

Wofür sollten zusätzliche Gelder im Schulsystem verwendet werden?

Zustimmung für kleinere Klassen sinkt, wenn kostengleiche Alternativen aufgezeigt werden



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

mehrere Möglichkeiten wählbar Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie? Wählen Sie mindestens eine Möglichkeit.

nur eine Möglichkeit wählbar Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Für welche der folgenden Möglichkeiten sind Sie?

mit Hinweis auf kostengleiche Alternativen Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Die Schulklassen um drei Schülerinnen/Schüler zu verkleinern, würde in etwa so viel kosten, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen oder neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen. Für welche dieser Möglichkeiten sind Sie?

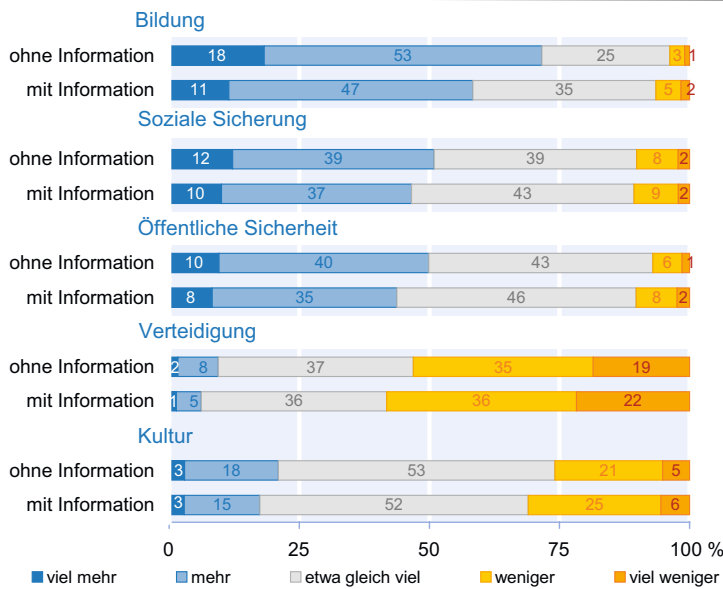
mit vierter Möglichkeit Stellen Sie sich vor, die Regierung plant, die Ausgaben für das Schulsystem zu erhöhen. Die Schulklassen um drei Schülerinnen/Schüler zu verkleinern, würde in etwa so viel kosten, wie die Lehrergehälter um 15% zu erhöhen, neue Lehrmittel im Wert von jährlich 20 000 Euro für jede Klasse anzuschaffen oder dieselbe Summe in Schulgebäude zu investieren. Für welche dieser Möglichkeiten sind Sie?

* Diese Antwortmöglichkeit stand nur einem Teil der Befragten zur Verfügung.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

⁵ Für Überblicksartikel vgl. etwa Hanushek (2003) und Hanushek und Wößmann (2011).

Abb. 5
Wie sollten sich die staatlichen Ausgaben entwickeln?
 Auch bei Information über derzeitige Niveaus möchte die Mehrheit höhere Ausgaben für Bildung, nicht aber für andere Bereiche



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
ohne Information^{a)} [mit Information] Wie viel sollte der Staat Ihrer Meinung nach zukünftig in den folgenden Bereichen im Vergleich zu heute ausgeben? [In Klammern sehen Sie, wie viel die öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherung) derzeit pro Jahr für die einzelnen Bereiche ausgeben.] Denken Sie daran, dass höhere Staatsausgaben gegebenenfalls durch Steuererhöhungen finanziert werden müssen.
 [Ausgabenniveaus (in Mrd. Euro): Bildung: 95, Soziale Sicherung: 227, Öffentliche Sicherheit: 38, Verteidigung: 27, Kultur: 10]

a) Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf die Ausgangssituation in anderen Industrieländern gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter „ohne Information“ zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

kanten Einfluss auf die Meinung der deutschen Bevölkerung zu dieser Frage.

Im Gegensatz dazu fällt die Bereitschaft zu Ausgabenerhöhungen in allen staatlichen Aufgabenbereichen leicht niedriger aus, wenn die Befragten über die Höhe der derzeitigen Ausgaben in den verschiedenen Bereichen informiert werden. Derzeit liegt das Ausgabenniveau für Bildung bei 95 Mrd. Euro, für soziale Sicherung bei 227 Mrd. Euro, für öffentliche Sicherheit bei 38 Mrd. Euro, für Verteidigung bei 27 Mrd. Euro und für Kultur bei 10 Mrd. Euro (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2014b). In der darüber informierten Befragtengruppe wünschen sich 58% zusätzliche Ausgaben für Bildung, 47% für soziale Sicherung, 43% für öffentliche Sicherheit, 18% für Kultur und 6% für Verteidigung.

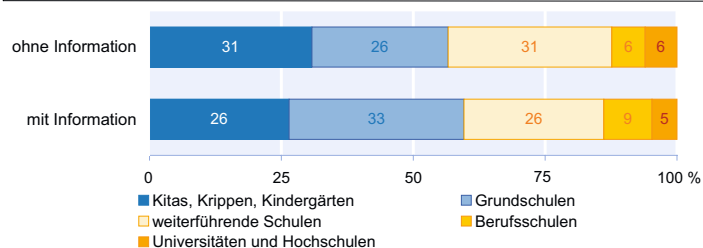
Im Gegensatz zu der Untersuchung von Cattaneo und Wolter (2009) für die Schweiz zeigt sich in Deutschland kein deutlicher Trend, dass die Zustimmung für Bildungsausgaben mit dem Alter abnimmt. Teilt man die Stichprobe in zwei in etwa gleich große Altersgruppen der bis unter und ab 50-Jährigen, so unterscheidet sich die Zustimmung in den beiden Teilgruppen mit 72% und 71% nicht signifikant voneinander. Zwar liegt die Zustimmung bei den mindestens 65-Jährigen mit 69% leicht niedriger, aber der Unterschied zum Rest der Bevölkerung ist nur marginal signifikant. Insgesamt gibt es diesbezüglich also keine stark ausgeprägten systematischen Altersunterschiede in der deutschen Bevölkerung.

Darüber, welcher spezifische Bildungsbereich am ehesten von Ausgabenerhöhungen profitieren sollte, haben die Deutschen sehr unterschiedliche Meinungen. Mit jeweils 31% werden die frühkindliche Bildung und weiterführende Schulen am häufigsten genannt (vgl. Abb. 6). Gut ein Viertel der Befragten (26%) ist für Ausgabenerhöhungen im Grundschulbereich, während sich nur jeweils 6% für Erhöhungen im Berufsschul- und Hochschulbereich aussprechen.⁶

Diese Anteile unterscheiden sich bei den Befragten, die über die derzeitigen jährlichen Ausgabenniveaus in den verschiedenen Be-

⁶ Bei dieser Frage gibt es einen deutlichen Ost-West-Unterschied dergestalt, dass die Befürwortung von Ausgabenerhöhungen in der frühkindlichen Bildung in Ostdeutschland 11 Prozentpunkte höher ist, in den weiterführenden Schulen hingegen 10 Prozentpunkte niedriger.

Abb. 6
Welcher Bildungsbereich sollte von zusätzlichen Geldern profitieren?
 Information über derzeitige Ausgabenniveaus erhöht Zustimmung für Grundschulen



Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:
ohne Information [mit Information] Nun stellen Sie sich vor, dass der Staat eine Erhöhung der Bildungsausgaben plant. [In Klammern sehen Sie, wie hoch derzeit die Ausgaben je Kind, Schülerin/Schüler bzw. Studierenden pro Jahr sind.] Wenn nur ein Bildungsbereich von dieser Erhöhung profitieren könnte, welcher Bereich sollte das Ihrer Meinung nach sein?
 [Ausgabenniveaus (in Euro): Kitas, Krippen, Kindergärten: 6 100, Grundschulen: 5 200, weiterführende Schulen: 7 000, Berufsschulen: 4 000, Universitäten und Hochschulen: 8 300]

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014).

reichen informiert werden: Derzeit werden 6 100 Euro je Kind in Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten, 5 200 Euro je SchülerIn in Grundschulen, 7 000 Euro je SchülerIn in weiterführenden Schulen, 4 000 Euro je SchülerIn in Berufsschulen und 8 300 Euro je Studierenden an Universitäten und Hochschulen ausgegeben (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2013; 2014a). Über diese Ausgabenniveaus informiert, sind die meisten Befragten (33%) für Ausgabenerhöhungen im Grundschulbereich, während jeweils noch in etwa ein Viertel (26%) dafür ist, zusätzliche Mittel in frühkindliche Bildung und weiterführende Schulen zu investieren. Die Zustimmung zu einer Ausweitung der Berufsschul- und Hochschulfinanzierung bleibt auch mit Kosteninformation relativ gering. Tendenziell scheinen die Befragten also für eine Angleichung der Ausgaben in den verschiedenen Bildungsbereichen zu sein.

Was sind nun die Bildungsthemen, die der deutschen Bevölkerung persönlich wichtig sind? Aus einer bereitgestellten Liste mit 16 Themen wurden Klassengrößen (50%), Kindergärten/Krippen/Tagesstätten (43%), Berufsausbildung/Berufsschulen/Lehre (42%), Ganztagschule (37%), Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter (34%) und Computer in der Schule (33%) besonders häufig erwähnt. Die Schlusslichter waren Entlohnung und Verbeamtung von LehrerInnen (14%) und Akademisierungswahn (13%).⁷ Was die Bevölkerung zu diesen Themen im Einzelnen meint, berichten wir im Folgenden.

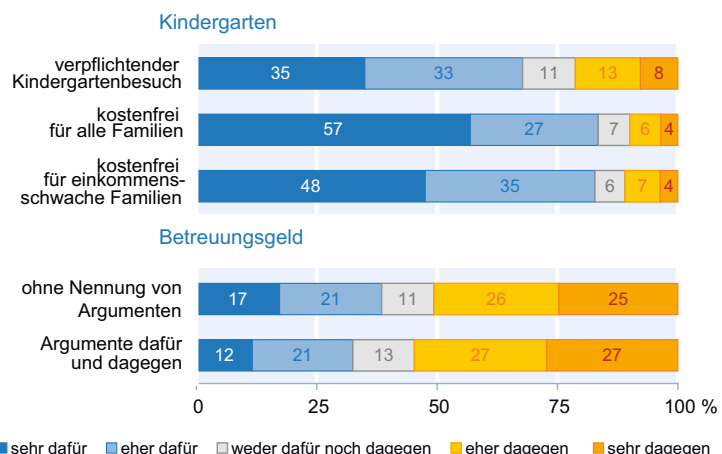
Kindergärten und frühkindliche Bildung

Für die meisten deutschen Kinder ist der Besuch des Kindergartens oder einer anderen frühkindlichen Einrichtung der erste Kontakt mit dem formalen Bildungssystem. Derzeit steht es den Eltern frei, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen (68%) spricht sich jedoch (sehr oder eher) dafür aus, dass die Teilnahme am Kindergarten für Kinder ab einem gewissen Alter verpflichtend sein sollte (vgl. Abb. 7). Lediglich 21% sprechen sich gegen einen verpflichtenden Kindergartenbesuch aus, 11% sind weder dafür noch da-

gegen. Nach dem Alter befragt, ab dem die Teilnahme am Kindergarten verpflichtend sein sollte, spricht sich die Mehrheit (54%) derer, die für eine Verpflichtung sind, für eine Kindergartenpflicht ab einem Alter von drei Jahren aus.

Auch bezüglich der Finanzierung der Kindergärten ist eine deutliche Mehrheit für eine Änderung des Status quo: 84% der Deutschen sind dafür, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können. Lediglich 10% sind dagegen, 57% sind sogar »sehr« dafür. Dieser Anteil fällt allerdings mit 48% niedriger aus, wenn die Gebühren statt für alle Kinder nur für Kinder aus einkommensschwachen Familien übernommen werden sollen. Dieser Rückgang in der Zustimmung ist allerdings komplett auf Personen mit höheren Einkommen zurückzuführen: Bei Personen bis zu einem mittleren Einkommen verringert sich die

Abb. 7
Was meinen die Deutschen zu Themen der frühkindlichen Bildung?
Deutliche Mehrheit für verpflichtenden und kostenfreien Kindergarten, jedoch nicht für Betreuungsgeld



Frage 1:
Kindergarten – verpflichtender Kindergartenbesuch In Deutschland steht es Eltern derzeit frei, ob ihre Kinder in den Kindergarten gehen oder nicht. Sind Sie für oder gegen eine verpflichtende Teilnahme für Kinder ab einem gewissen Alter?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Kindergarten – kostenfrei für alle Familien Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, damit alle Kinder ab dem Alter von vier Jahren kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Kindergarten – kostenfrei für einkommensschwache Familien Wären Sie dafür oder dagegen, dass der Staat die Kindergartengebühren für alle Kinder aus einkommensschwachen Familien ab dem Alter von vier Jahren übernimmt, damit diese kostenfrei in den Kindergarten gehen können?

Frage 3 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Betreuungsgeld – ohne Nennung von Argumenten [Argumente dafür und dagegen] [Manche sagen, dass Eltern, die ihre Kleinkinder privat betreuen, vom Staat finanziell unterstützt werden sollten. Andere sagen, dass ein Krippenbesuch sehr wichtig für die Entwicklung von Kleinkindern ist, besonders wenn sie zu Hause wenig gefördert werden.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Eltern, die ihre Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren nicht bei einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, sondern privat betreuen, vom Staat zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld erhalten?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

⁷ Die weiteren in der Liste bereitgestellten Themen mit einer Zustimmung von jeweils zwischen 20% und 29% waren Betreuungsgeld, gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, Sitzenbleiben/Schulnoten, Aufteilung auf verschiedene Schularten, 8-jähriges oder 9-jähriges Gymnasium, Zentralabitur, Universitäten/Hochschulen/Studienbedingungen und Studiengebühren.

Zustimmung nicht in signifikanter Weise, bei Personen über dem mittleren Einkommen geht sie hingegen signifikant von 56% auf 40% zurück. Insgesamt findet sich aber auch für diesen Vorschlag eine unverändert deutliche Zustimmung – 83% sind sehr oder eher dafür.

Weniger einig sind sich die Deutschen bei der Bewertung des Betreuungsgeldes. Dazu wurden sie gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, dass Eltern, die ihre Kinder im Alter von zwei bis drei Jahren nicht bei einer Krippe oder Kindertagesstätte anmelden, sondern privat betreuen, vom Staat zusätzlich zum Kindergeld ein Betreuungsgeld erhalten. 39% der Befragten befürworten das Betreuungsgeld, eine knappe Mehrheit von 51% lehnt es ab (die verbleibenden 11% sind weder dafür noch dagegen). Der Anteil gegen ein Betreuungsgeld steigt leicht auf 55% (und der für ein Betreuungsgeld sinkt auf 33%) bei denjenigen Befragten, die explizit auf wichtige Argumente von Befürwortern und Gegnern eines Betreuungsgeldes hingewiesen wurden. Dazu erhielt dieser Teil der Befragten folgende Aussage: »Manche sagen, dass Eltern, die ihre Kleinkinder privat betreuen, vom Staat finanziell unterstützt werden sollten. Andere sagen, dass Krippenbesuch sehr wichtig für die Entwicklung von Kleinkindern ist, besonders wenn sie zu Hause wenig gefördert werden.«⁸ Gerade, wenn die Argumente beider Seiten bewusst gemacht werden, scheint also eine klare Mehrheit das Betreuungsgeld abzulehnen.

Schulen

Zahlreiche Fragen des ifo Bildungsbarometers sind der Meinung der deutschen Bevölkerung zu Reformvorhaben im Schulbereich gewidmet. Sie beschäftigen sich mit Themen des Unterrichts, der Struktur des Schulsystems sowie der allgemeinen Bewertung der Schulen in Deutschland.

Unterricht

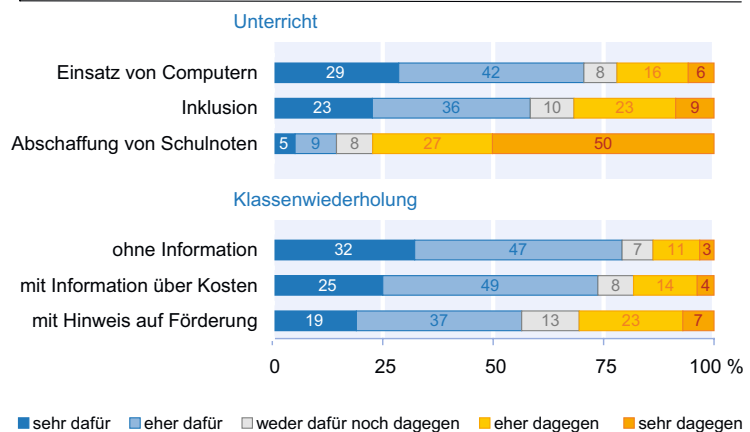
Computer und das Internet haben viele Bereiche des Lebens grundlegend verändert. Viele Experten meinen, dass sie auch den Schulunterricht fundamental verändern könnten, wobei Deutschland insgesamt auf diesem Weg noch nicht besonders weit vorgegangen zu sein scheint. Aber eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung

spricht sich für einen verstärkten Einsatz von Computern im Unterricht aus. 71% der Befragten sind dafür, dass sich SchülerInnen den Lernstoff im Unterricht häufiger selbständig am Computer erarbeiten sollten (vgl. Abb. 8).

Ein weiteres viel diskutiertes Thema der Schulpolitik ist die Inklusion, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. Die Deutschen stehen diesem Thema eher positiv gegenüber: 59% der Befragten sprechen sich dafür aus, SchülerInnen mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse zu unterrichten.

Mit seiner Forderung nach einer Abschaffung von Schulnoten und Sitzenbleiben ist der Publizist Richard David Precht jüngst auf breite Resonanz gestoßen. Aktuell wurden in Schleswig-Holstein die Ziffernnoten an Grundschulen abge-

Abb. 8
Was denkt die Bevölkerung über das Schulsystem?
Klare Zustimmung zu Einsatz von Computern, Inklusion, Schulnoten und Sitzenbleiben



Frage 1:
Unterricht – Einsatz von Computern Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler sich den Unterrichtsstoff im Unterricht häufiger selbständig am Computer erarbeiten?

Frage 2:
Unterricht – Inklusion Sind Sie dafür oder dagegen, dass Kinder mit und ohne Behinderung oder Lernschwäche gemeinsam in einer Schulklasse unterrichtet werden?

Frage 3:
Unterricht – Abschaffung von Schulnoten Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schulnoten abgeschafft werden?

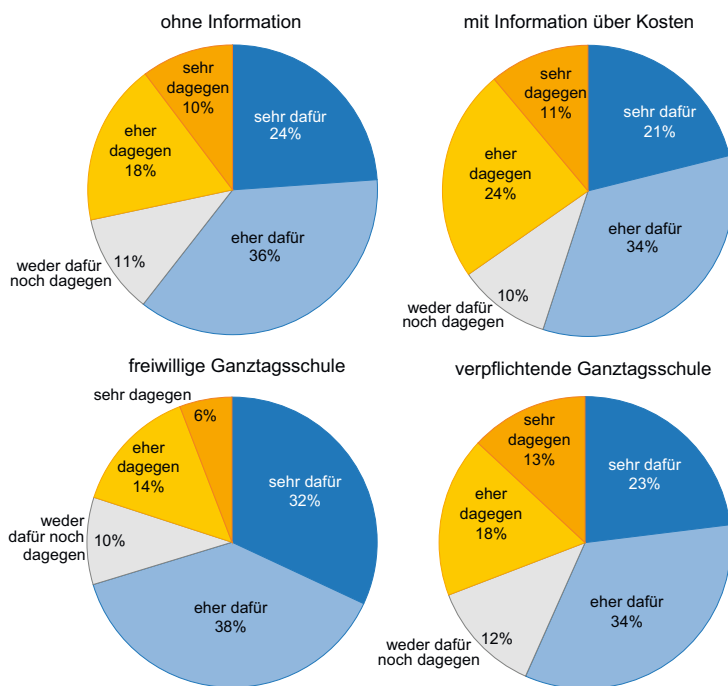
Frage 4 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Klassenwiederholung – ohne Information^{a)} [mit Information über Kosten] [mit Hinweis auf Förderung] [Laut einer Studie kosten Klassenwiederholungen insgesamt fast 1 Mrd. Euro pro Jahr.] [Manche sagen, Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen sollten die Klasse wiederholen. Andere sagen, sie sollten die Klasse nicht wiederholen, sondern stattdessen individuell gefördert werden.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit dem zusätzlichen Hinweis auf die Anzahl der jährlichen Klassenwiederholungen gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter „ohne Information“ zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

⁸ Zwei weitere Teilgruppen, die jeweils eines dieser beiden Argumente allein erhalten haben, weichen nicht signifikant von der Teilgruppe ohne Nennung von Argumenten ab.

Abb. 9

Soll Deutschland zu einem Ganztagschulsystem wechseln?
 Deutliche Zustimmung für Schulzeit bis 15 Uhr für alle


Jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellte Frage:

ohne Information [mit Information über Kosten] [In Deutschland flächendeckend Ganztagschulen anzubieten, würde gut 9 Mrd. Euro im Jahr kosten.] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind?

freiwillige Ganztagschule Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder die Möglichkeit haben, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben?

verpflichtende Ganztagschule Sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder verpflichtet sind, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

schaft, in der Diskussion ist auch eine Abschaffung in darüber hinausgehenden Klassenstufen. Die deutsche Bevölkerung erteilt diesen Reformvorschlägen jedoch eine klare Absage: Mehr als drei Viertel (77%) der Befragten sind gegen die Abschaffung von Schulnoten, die Hälfte ist sogar »sehr« dagegen.

Gleichzeitig spricht sich eine überwiegende Mehrheit von 79% dafür aus, dass SchülerInnen mit schlechten Leistungen die Klasse wiederholen müssen. Die Information, dass Klassenwiederholungen den Staat jährlich fast 1 Mrd. Euro kosten (Datenquelle: Klemm 2009), hat nur wenig Einfluss auf diesen Wert: Auch mit Kosteninformation sind 74% für das Sitzenbleiben. Für Kritiker der Klassenwiederholung besteht die wichtigste Alternative darin, dass SchülerInnen mit schlechten Leistungen individuell gefördert werden sollten. Von den Befragten, die in der Frage explizit auf die individuelle Förderung als Alternative zum Sitzenbleiben hingewiesen werden, sind deutlich weniger für das Sitzenbleiben. Aber selbst in diesem Fall spricht sich immer noch eine klare Mehrheit von 56% für die Beibehaltung

von Klassenwiederholungen aus, nur 30% sind dagegen. Die Ergebnisse zu Schulnoten und Versetzung legen nahe, dass den meisten Deutschen eine klare Leistungsorientierung in den Schulen wichtig ist.

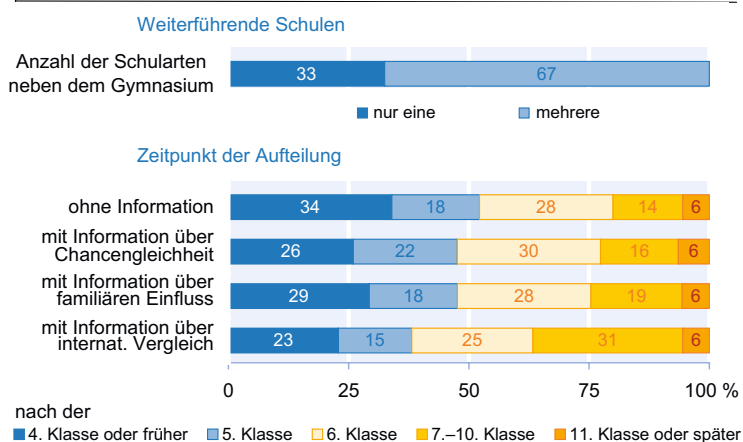
Struktur des Schulsystems

Der Ausbau von Ganztagsklassen und -schulen ist eine der großen Reformanstrengungen im deutschen Schulsystem der letzten Jahre (vgl. etwa Aktionsrat Bildung 2013). Eine flächendeckende Einführung von Ganztagschulen wird von der deutschen Bevölkerung deutlich befürwortet: 60% der Befragten sind dafür, dass Deutschland generell zu einem Ganztagschulsystem wechselt, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule sind (vgl. Abb. 9). Nur 28% lehnen ein Ganztagschulsystem für alle Kinder ab.

Auch wenn man ganz explizit darauf hinweist, dass alle Kinder »verpflichtet« sind, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben, ändert sich diese Zustimmung nicht in signifikanter Weise (57% Zustimmung, 29% Ablehnung). Wird ein Hinweis darauf gegeben, dass das flächendeckende Anbieten von Ganztagschulen gut 9 Mrd. Euro im Jahr kosten würde, so ist die Zustimmungsrate zwar statistisch signifikant niedriger, trotzdem ist eine Mehrheit von 55% für das Ganztagschulsystem (35% Ablehnung). Fragt man statt nach einem System, in dem alle Kinder bis 15 Uhr in der Schule bleiben, nach einem System, in dem alle Kinder die Möglichkeit haben, bis 15 Uhr in der Schule zu bleiben, so liegt die Zustimmung noch höher bei 70%, mit einer Ablehnung von 20%.

Die Aufteilung der SchülerInnen auf verschiedene Schularten nach der Grundschule kann wichtige Implikationen für die soziale Gerechtigkeit des Bildungssystems haben. So zeigen wissenschaftliche Studien, dass die Chancengleichheit für Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen in Bundesländern mit nur zwei weiterführenden Schularten (Gymnasium und eine weitere Sekundarstufe) höher ist als in Ländern mit mehreren Schularten (vgl. etwa Baumert, Stanat und Watermann 2006). Mehrere Bundesländer haben in den letzten Jahren entsprechend die Anzahl der Schularten auf zwei reduziert. Ungeachtet dessen ist nur ein Drittel (33%) der deutschen Bevölkerung dafür, nur eine weitere Schulart neben dem Gymnasium zu haben (vgl. Abb. 10). Zwei Drittel (67%) meinen, es sollte mehrere Schularten neben dem Gymnasium geben.

Abb. 10
Wann sollten Kinder auf verschiedene Schularten aufgeteilt werden?
 Hinweis auf Ausnahmesituation Deutschlands erzeugt Mehrheit für Aufteilung frühestens nach der 6. Klasse



Frage 1:
Weiterführende Schulen – Anzahl der Schularten Was meinen Sie, sollte es neben dem Gymnasium eine oder mehrere Schularten geben?
Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):
Zeitpunkt der Aufteilung – ohne Information In den meisten Bundesländern erfolgt die Aufteilung auf verschiedene Schularten nach der 4. Klasse. Wann sollten Kinder Ihrer Meinung nach zwischen Gymnasium und anderen Schularten aufgeteilt werden?
Zeitpunkt der Aufteilung – mit Information über Chancengleichheit (Die Frage "ohne Information" wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) Einige Studien finden, dass diese frühe Aufteilung die Chancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verringert, ohne dass andere Kinder davon profitieren.
Zeitpunkt der Aufteilung – mit Information über familiären Einfluss (Die Frage "ohne Information" wurde um folgenden Hinweis ergänzt:) Dabei besuchen Kinder aus Akademikerfamilien mit viermal so hoher Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium wie Kinder aus Arbeiterfamilien mit demselben schulischen Wissen. Manche argumentieren, dass eine spätere Aufteilung diese Ungleichheit verringern würde.
Zeitpunkt der Aufteilung – mit Information über internationalen Vergleich Deutschland und Österreich sind die einzigen Länder weltweit, in denen die Aufteilung auf verschiedene Schularten schon nach der 4. Klasse erfolgt. Im Großteil der Industrieländer werden die Kinder frühestens nach der 9. oder 10. Klasse aufgeteilt. Wann sollten Kinder Ihrer Meinung nach zwischen Gymnasium und anderen Schularten aufgeteilt werden?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Neben der Anzahl der Schularten ist auch der Zeitpunkt der Aufteilung der SchülerInnen auf verschiedene Schularten nach der Grundschule ein wichtiges Merkmal der Struktur des Schulsystems. Auch der Zeitpunkt der Aufteilung hat wissenschaftlich belegte Auswirkungen auf die Chancengleichheit im Bildungssystem: Eine spätere Aufteilung entkoppelt Schülerleistungen stärker vom familiärem Hintergrund und führt somit zu mehr Gerechtigkeit, ohne das allgemeine Leistungsniveau negativ zu beeinflussen.⁹ Obwohl in den meisten Bundesländern die Aufteilung nach der vierten Klasse erfolgt, ist fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung (48%) für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse, und nur 34% sind dafür, die Kinder bereits nach vier Schuljahren oder früher aufzuteilen.

⁹ Vgl. etwa Wößmann (2009) und Pekkarinen (2014) für einen Überblick über wissenschaftliche Studien.

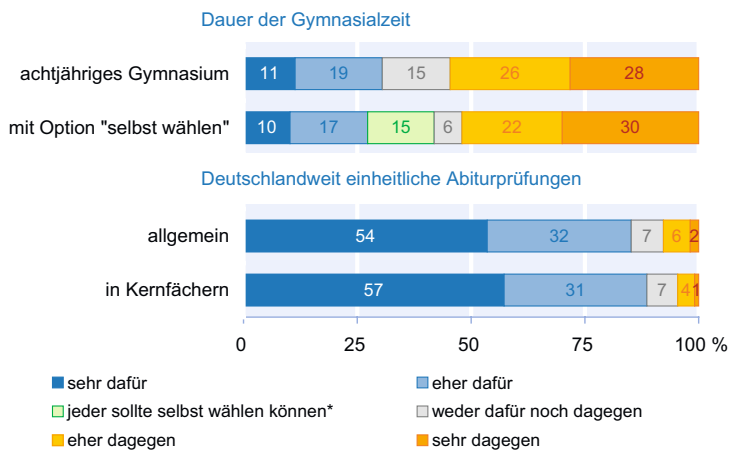
Eine Teilgruppe der Befragten wurde darüber informiert, dass einige Studien finden, dass diese frühe Aufteilung die Chancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verringert, ohne dass andere Kinder davon profitieren. In diesem Fall verschiebt sich das Meinungsbild leicht in Richtung einer späteren Aufteilung: 52% sprechen sich hier für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse aus und lediglich 26% für die Mitgliedrigkeit bereits nach der vierten Klasse oder früher. Ähnlich ändert sich das Antwortverhalten, wenn darauf hingewiesen wird, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, für Akademikerkinder viermal so hoch ist wie für Kinder aus Arbeiterfamilien mit demselben schulischen Wissen. In diesem Fall sind 52% für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse und 29% für eine Aufteilung nach der vierten Klasse oder früher.

Deutschland und Österreich sind weltweit die einzigen Länder, in denen die Aufteilung bereits nach der vierten Klasse erfolgt. In den meisten industrialisierten Ländern werden alle Kinder bis zur neunten oder zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet. Diese Information über den internationalen Vergleich hat einen noch größeren Einfluss auf die Meinung der Befragten: Mit Erwähnung der weltweiten Sonderstellung Deutschlands ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung (62%) für eine Aufteilung frühestens nach der sechsten Klasse, und nur 23% sind für eine Aufteilung spätestens nach der vierten Klasse. Gerade bei Information über die Ausnahmesituation Deutschlands besteht also eine deutliche Mehrheit für eine spätere Aufteilung der SchülerInnen auf verschiedene Schularten.

Schließlich hat das ifo Bildungsbarometer auch zwei Themen aus dem Gymnasialbereich aufgegriffen. Die Debatte um die Dauer der Gymnasialzeit spaltet die deutsche Bevölkerung wie kaum ein anderes Bildungsthema. Obwohl die Gymnasialzeit in den meisten Bundesländern von neun auf acht Jahre verkürzt wurde, ist nur eine Minderheit von 30% dafür, dass die SchülerInnen ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen (vgl. Abb. 11). Eine Mehrheit der Befragten (55%) spricht sich gegen das G8 aus. Die Zustimmung für ein neunjähriges Gymnasium ist nur marginal höher (33%), wenn das Schlagwort »G8« vermieden und stattdessen gefragt wird, ob SchülerInnen ihr Abitur üblicherweise nach zwölf Schuljahren statt nach dreizehn

Abb. 11

Was denken die Deutschen zu Gymnasialzeit und Abitur? Ablehnung des achtjährigen Gymnasiums, klarer Wunsch nach deutschlandweiten Abiturprüfungen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Dauer der Gymnasialzeit – achtjähriges Gymnasium^{a)} [mit zusätzlicher Antwortoption "Jeder sollte selbst wählen können"] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Schülerinnen und Schüler ihr Abitur üblicherweise nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9) machen?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Deutschlandweit einheitliche Abiturprüfungen – allgemein^{b)} Was meinen Sie, sollten deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur eingeführt werden?

Deutschlandweit einheitliche Abiturprüfungen – in Kernfächern Was meinen Sie, sollte in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch ein Teil der Abituraufgaben deutschlandweit einheitlich sein?

* Diese Antwortoption stand nur bei der Frage zum achtjährigen Gymnasium und hier nur einem Teil der Befragten zur Verfügung.

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf den Status quo gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Hinweis unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

^{b)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf die mangelnde Vergleichbarkeit von Abiturnoten zwischen Bundesländern bzw. deren Relevanz für die Studienplatzvergabe trotz mangelnder Vergleichbarkeit gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Hinweis unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Schuljahren machen sollten. Auch die Information, dass die meisten Bundesländer das Gymnasium in den letzten Jahren von neun auf acht Jahre verkürzt haben und in einigen anderen Bundesländern das Gymnasium seit langem achtjährig ist, verändert die Meinung der Bevölkerung nicht signifikant.

Vor allem in Ostdeutschland gibt es seit jeher das achtjährige Gymnasium. Dementsprechend gibt es auch einen deutlichen Ost-West-Unterschied bei der Meinung zum G8: Während sich im Osten 52% der Befragten für ein achtjähriges Gymnasium aussprechen, sind es im Westen 25%. Unterschiedliche Erfahrungshorizonte scheinen hier zu deutlich unterschiedlichen Meinungsbildern zu führen.

Eine Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium findet ebenfalls keinen großen Anklang. Wird diese

zusätzliche Antwortmöglichkeit eingeräumt, so wird diese nur von 15% der Befragten befürwortet, während die Mehrheit (52%) auch in dieser Fragevariante gegen das achtjährige Gymnasium ist.

Regelmäßig wird eine bessere Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen zwischen den Bundesländern diskutiert (vgl. etwa Aktionsrat Bildungsrat 2011). Hier ist die Meinung der Deutschen eindeutig: Eine überwältigende Mehrheit von 85% der Bevölkerung ist dafür, deutschlandweit einheitliche Abschlussprüfungen im Abitur einzuführen. Ein Hinweis darauf, dass Studien gezeigt haben, dass selbst bei gleichen Noten die AbiturientInnen in manchen Bundesländern deutlich mehr wissen als in anderen und dass Universitäten gleichzeitig bei der Studienplatzvergabe die Abiturnoten aus allen Bundesländern gleich werten müssen, hat keinen signifikanten Einfluss auf die bereits sehr hohe Zustimmungsrates zu deutschlandweit einheitlichen Abschlussprüfungen im Abitur.

Hingegen fällt die Zustimmung nochmals etwas höher aus (89%), wenn sich die Frage auf einen Teil der Abituraufgaben in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch bezieht statt generell auf die Abschlussprüfungen.

Allgemeine Bewertung der Schulen

Wie schon die Beurteilung der Bildungspolitik insgesamt fällt auch die Bewertung der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland

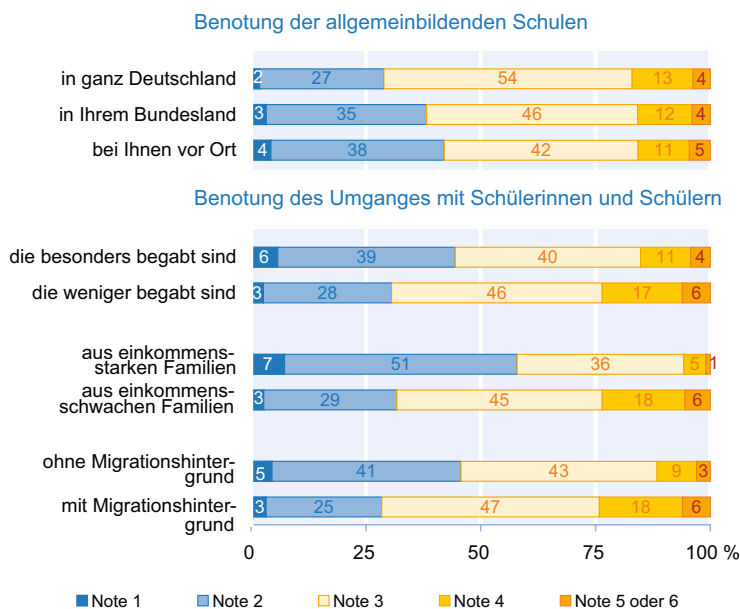
eher mittelmäßig aus. Während 29% der Bevölkerung die Schulen in ganz Deutschland mit der Schulnote 1 oder 2 beurteilen, vergibt die Mehrheit (54%) die Schulnote 3, und 17% vergeben sogar die Noten 4, 5 oder 6 (vgl. Abb. 12). Nach den Schulen im eigenen Bundesland gefragt, erhöht sich der Anteil von guten oder sehr guten Beurteilungen auf 38%. Die allgemeinbildenden Schulen bei den Befragten vor Ort werden wiederum besser benotet: 42% geben ihnen die Note 1 oder 2. Auch wenn sich die Bewertung der Schulen vor Ort bei konsistenter Beurteilung zur gleichen Bewertung aufsummieren sollte wie die Bewertung der Schulen in ganz Deutschland, bewerten die Deutschen ihre Schulen vor Ort im Durchschnitt signifikant besser als die Schulen in Deutschland insgesamt.

Neben einer generellen Beurteilung der Schulen erfragt das ifo Bildungsbarometer auch eine Beurteilung der Schulen vor Ort in Bezug darauf, auf die Bedürfnisse bestimmter

Abb. 12

Welche Note bekommen die deutschen Schulen?

Schulen vor Ort werden besser beurteilt als Schulen insgesamt – schlechte Noten vor allem für Umgang mit Benachteiligten



Frage 1:

Benotung der allgemeinbildenden Schulen Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen geben?

Frage 2 (drei zufällig ausgewählten Teilgruppen gestellt, jeweils beide Fragen je Schülerschaft):

Benotung des Umgangs mit Schülerinnen und Schülern Einige Schulen sind gut darin, bestimmte Schülerinnen und Schüler zu unterrichten, aber nicht so gut darin, andere Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Welche Schulnote würden Sie den Schulen bei Ihnen vor Ort dafür geben, auf die Bedürfnisse folgender Schülergruppen einzugehen?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Schülergruppen einzugehen. Mit dem Hinweis darauf, dass einige Schulen gut darin sind, bestimmte SchülerInnen zu unterrichten, aber nicht so gut darin, andere SchülerInnen zu unterrichten, sollte jeweils eine Teilgruppe der Befragten den Schulen dafür Noten geben, wie sie auf die Bedürfnisse von besonders/weniger begabten SchülerInnen, von SchülerInnen aus einkommensstarken/-schwachen Familien und von SchülerInnen ohne und mit Migrationshintergrund eingehen.

Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede. 45% der Befragten beurteilen die Leistung der Schulen bei der Betreuung von besonders begabten SchülerInnen mit gut oder sehr gut, aber nur 31% bei der Betreuung von weniger begabten SchülerInnen. 58% geben den Schulen die Note 1 oder 2 beim Eingehen auf die Bedürfnisse von SchülerInnen aus einkommensstarken Familien, aber nur 32% bei SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien. Beim Eingehen auf die Bedürfnisse von SchülerInnen ohne Migrationshintergrund geben 46% der Deutschen den Schulen mindestens eine gute Note, beim Eingehen auf die Bedürfnisse von

SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind es hingegen nur 28%. Die Benotung der allgemeinbildenden Schulen fällt also deutlich schlechter aus, wenn es um SchülerInnen mit benachteiligtem Hintergrund – weniger begabt, aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund – geht.

Lehrkräfte

Das ifo Bildungsbarometer fragt auch nach der Meinung der Bevölkerung zu den LehrerInnen an deutschen Schulen. Danach befragt, wie sich die Gehälter der LehrerInnen entwickeln sollten, ist der Großteil (63%) der Meinung, dass diese in etwa unverändert bleiben sollten (vgl. Abb. 13). Der Ansicht, dass die Gehälter der Lehrkräfte steigen sollten, sind 29% der Befragten. In der Teilgruppe der Befragten, die die Information erhält, dass vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Durchschnitt derzeit rund 3 000 Euro netto im Monat verdienen (Datenquelle: Berechnungen anhand des Mikrozensus und der Verdienststrukturerhebung), liegt der Anteil, der sich für Gehaltssteigerungen ausspricht, nur bei 17%. Dementsprechend verdoppelt sich der Anteil der Befragten, die für eine Reduzierung der Lehrergehälter sind, von 8% auf 16%, wenn die Information zur Gehaltshöhe gegeben wird.

Wie schon bei den Ausgaben für Schulen wurden die Befragten unabhängig von dieser

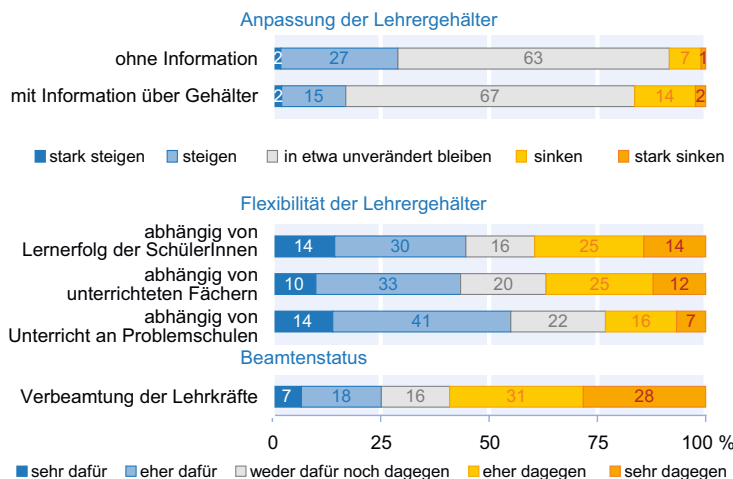
Frage und deutlich vorher im Fragebogen gebeten, das durchschnittliche Nettomonatsgehalt einer Vollzeitlehrkraft zu schätzen. Rund ein Fünftel schätzt das Gehaltsniveau in etwa richtig ein (höchstens 10% Abweichung vom tatsächlichen Wert),¹⁰ 15% überschätzen das Gehaltsniveau deutlich, knapp zwei Drittel unterschätzen es deutlich. Interessanterweise hat die Informationsbereitstellung bei diesen drei Gruppen sehr unterschiedliche Effekte: Bei denjenigen, die das Gehalt bereits recht genau geschätzt hatten, ändert sich die Zustimmung zu Gehaltserhöhungen zwischen der Teilgruppe ohne und der Teilgruppe mit Gehaltsinformation nicht nennenswert (von 22,3% auf 22,7%). Bei denjenigen, die das Gehalt unterschätzt hatten – die also dergestalt überrascht wurden, dass das Gehalt höher liegt, als sie dachten – sinkt die Zustimmung zu Gehaltserhöhungen in der Teilgruppe mit Gehaltsinformation sehr stark (von 34,1% auf 13,6%). Genau umgekehrt verhält es sich bei denjenigen, die das Gehalt überschätzt hatten: Bei ihnen steigt die Zu-

¹⁰ Rund die Hälfte der Schätzungen fällt in ein Intervall von höchstens 20% Über- oder Unterschätzung.

Abb. 13

Was denken die Deutschen über Lehrergehälter?

Mehrheit ist für Bonuszahlung beim Einsatz an Problemschulen und gegen Verbeamtung



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Anpassung der Lehrergehälter – ohne Information [mit Information über Gehälter] [In Deutschland verdienen vollzeitbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer im Durchschnitt rund 3 000 Euro netto im Monat.] Was meinen Sie, sollten die Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Flexibilität der Lehrergehälter – abhängig von Lernerfolg der SchülerInnen Sind Sie dafür oder dagegen, einen Teil des Gehalts der Lehrerinnen und Lehrer davon abhängig zu machen, wie viel ihre Schülerinnen und Schüler lernen?

Flexibilität der Lehrergehälter – abhängig von unterrichteten Fächern Manche Schulen sehen sich einem deutlichen Lehrermangel in bestimmten Fächern wie Mathematik und Naturwissenschaften gegenüber. Sind Sie dafür oder dagegen, einen Teil des Gehalts der Lehrerinnen und Lehrer davon abhängig zu machen, ob sie diese Fächer unterrichten oder nicht?

Flexibilität der Lehrergehälter – abhängig von Unterricht an Problemschulen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus benachteiligten Verhältnissen haben deutliche Probleme, gute Lehrerinnen und Lehrer zu finden. Sind Sie dafür oder dagegen, einen Teil des Gehalts der Lehrerinnen und Lehrer davon abhängig zu machen, ob sie in diesen Schulen unterrichten oder nicht?

Frage 3:

Beamtenstatus – Verbeamtung der Lehrkräfte^{a)} Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrkräfte Angestellte sind. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf Pro- und Kontra-Argumente gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese hier zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

stimmung zu Gehaltserhöhungen in der Teilgruppe mit Gehaltsinformation von 19,8% auf 23,4%. Für die Effekte der Informationsbereitstellung kommt es also sehr darauf an, wie gut die Befragten Bescheid wissen und ob und in welcher Richtung sie von der Information überrascht wurden.

Neben dem allgemeinen Gehaltsniveau haben wir die Teilnehmer auch gefragt, wie sie zu flexibleren Vergütungssystemen für Lehrkräfte stehen, ob also ein Teil des Gehalts der LehrerInnen von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden sollte. Bei der Frage, ob ein Teil des Gehalts der Lehrkräfte davon abhängen sollte, wie viel ihre Schülerinnen lernen, ist die Meinung geteilt: 44% sind dafür, 39% sind dagegen. Ganz ähnlich verhält es sich bei der Frage, ob

ein Teil des Gehalts der Lehrkräfte davon abhängig gemacht werden sollte, ob sie Fächer unterrichten oder nicht, bei denen es – wie in Mathematik und Naturwissenschaften – in manchen Schulen einen deutlichen Lehrermangel gibt: 43% sind dafür, 37% sind dagegen. Bei den Fragen einer leistungsbezogenen Komponente oder einer fachabhängigen Flexibilisierung der Lehrergehälter zeigt sich also kein eindeutiges Meinungsbild.

Im Gegensatz dazu spricht sich eine Mehrheit der Deutschen (55%) dafür aus, dass ein Teil des Gehalts der Lehrkräfte davon abhängig gemacht werden sollte, ob sie in Schulen mit vielen SchülerInnen aus benachteiligten Verhältnissen unterrichten oder nicht. Nur 23% sind gegen eine höhere Flexibilität der Lehrergehälter in diesem Bereich. Ein »Problemschulbonus« für Lehrkräfte würde in Deutschland offensichtlich breite Akzeptanz finden.

Im Großteil der Bundesländer sind die meisten Lehrkräfte zurzeit Beamte, während in anderen Bundesländern die meisten Lehrkräfte Angestellte sind. Danach befragt, ob sie dafür oder dagegen sind, dass LehrerInnen verbeamtet werden, befürwortet nur ein Viertel der Befragten (25%) die Verbeamtung von Lehrkräften. Deutlich über die Hälfte (59%) spricht sich gegen die Verbeamtung aus. Dieses Meinungsbild unterscheidet sich nicht signifikant in der Teilgruppe der Befragten, die auf Pro- und Kontra-Argumente zur Verbeamtung hingewiesen wurden.¹¹

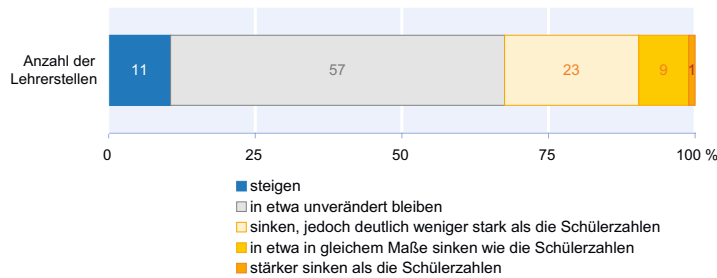
Da weniger Kinder geboren werden, wird die Zahl der SchülerInnen in Deutschland in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich um knapp 10% zurückgehen (Datenquelle: Kultusministerkonferenz 2013). Trotz dieser demographisch bedingt sinkenden Schülerzahl sind die Deutschen kaum für eine entsprechende Anpassung der Anzahl der Lehrkräfte (vgl. Abb. 14). Nur ein Drittel (33%) der Befragten hält eine Reduzierung der Anzahl der Lehrerstellen als Anpassung an den Schülerrückgang für angemessen. Hingegen ist über die Hälfte der Befragten (57%) für eine unveränderte Zahl an Lehrerstellen, 11% sind sogar für einen Ausbau der Lehrerstellen über diesen Zeitraum. Für ein Absinken der Lehrerstellen in etwa im gleichen Ausmaß wie die Schülerzahlen, welches das Schüler-Lehrer-Verhältnis insgesamt konstant halten würde, sprechen sich lediglich 9% der Befragten aus.

¹¹ Diese Teilgruppe erhielt folgenden Hinweis: »Manche sagen, dass der Beamtenstatus Lehrkräften die nötige Unabhängigkeit für ihre Aufgaben gibt. Andere sagen, dass es aufgrund des Beamtenstatus zu schwierig ist, ungeeignete Lehrkräfte zu ersetzen.«

Abb. 14

Wie sollte sich die Zahl der Lehrstellen entwickeln?

Trotz deutlich sinkender Schülerzahlen möchten die Deutschen nicht weniger Lehrstellen



Frage:

Anzahl der Lehrstellen Weil weniger Kinder geboren werden, wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Deutschland im Laufe der nächsten zehn Jahre voraussichtlich um knapp 10% sinken. Wie sollte sich Ihrer Meinung nach die Zahl der Lehrstellen über diesen Zeitraum entwickeln?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Schließlich werden die Befragten auch gebeten, die LehrerInnen an den Schulen bei ihnen vor Ort für die Qualität ihrer Arbeit zu benoten. Dabei sollten sie nicht eine Note für alle LehrerInnen angeben, sondern jeweils angeben, wie viel Prozent der LehrerInnen die jeweilige Note bekommt. Dabei zeigt sich eine deutliche Streuung der Bewertung der Lehrkräfte (vgl. Abb. 15): 14% erhalten die Note 1, 41% die Note 1 oder 2. Gleichzeitig erhalten aber 10% die Note 5 oder 6 und über ein Viertel die Note 4, 5 oder 6. Ein Drittel der Lehrkräfte wird mit der Note 3 bewertet.

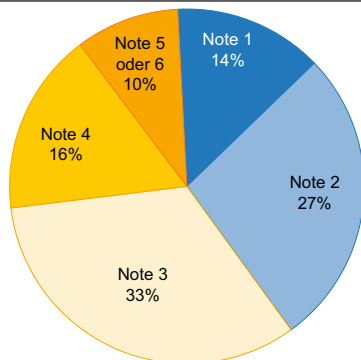
Bildung jenseits der Schulzeit

Auch zu Fragen der Bildung jenseits der Schule hat das ifo Bildungsbarometer ein Meinungsbild erhoben – also zu Berufsausbildung, Studium und Fort- und Weiterbildung.

Abb. 15

Welche Noten bekommen die Lehrkräfte?

Viele mit guten, aber auch viele mit schlechten Noten



Frage^{a)}:

Stellen Sie sich vor, Sie müssten alle Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen bei Ihnen vor Ort für die Qualität ihrer Arbeit benoten. Wie viel Prozent der Lehrerinnen und Lehrer würden Ihrer Meinung nach die folgenden Noten bekommen?

^{a)} Antworten, die sich nicht zu 100% addieren, werden in dieser Abbildung nicht berücksichtigt.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

Berufsausbildung

In Deutschland dauert die Berufsausbildung im dualen System in der Regel drei Jahre. Allerdings bricht etwa jeder vierte Auszubildende die Lehre ab, und fast ein Fünftel eines jeden Jahrganges erzielt gar keinen beruflichen Bildungsabschluss. Um Abbruchquoten zu verringern und die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für benachteiligte Jugendliche zu verbessern, hat die Schweiz zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten eingeführt.

In Deutschland spricht sich knapp die Hälfte der Befragten (49%) dafür aus, zusätzlich zu

den Berufen mit dreijähriger Ausbildungsdauer auch weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen (vgl. Abb. 16). Dagegen sprechen sich 37% aus. Dieses Meinungsbild ändert sich auch nicht signifikant in den Teilgruppen der Befragten, die darüber informiert wurden, dass knapp 18% eines jeden Jahrganges keinen beruflichen Bildungsabschluss erzielen oder dass etwa jeder vierte Lehrling die Lehre abbricht (Datenquelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012).

Eine gewisse Verstärkung der Zustimmung kommt allerdings in der Teilgruppe der Befragten zustande, die darüber informiert wurde, dass ein anderes Land zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten eingeführt hat: Hier steigt die Zustimmung von 49% ohne Information auf 53% mit dieser Information, die Ablehnung sinkt von 37% auf 31%. Die Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe könnte also eine von der Mehrheit akzeptierte Reform sein, um Jugendlichen mit schlechten Ausbildungsaussichten eine weitere Option zu geben.

Studium

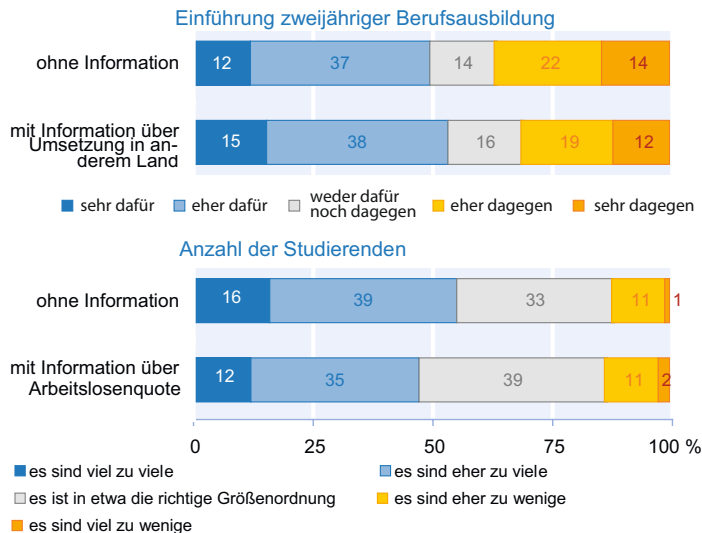
Stetig steigende Studierendenzahlen bei gleichzeitigem Rückgang von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen führten unlängst zu kontrovers geführten Debatten um einen angeblichen »Akademisierungswahn«. In der Tat findet über die Hälfte der deutschen Bevölkerung (55%), dass zurzeit (viel oder eher) zu viele Personen in Deutschland ein Studium aufnehmen, während nur 12% denken, es seien (viel oder eher) zu wenige.

Allerdings zahlt sich die Aufnahme eines Studiums trotz der angeblichen »Überakademisierung« auf dem Arbeitsmarkt klar aus: Während die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen etwa 2% beträgt, sind 5% der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und sogar knapp 20% der Personen ohne Berufsbildungsabschluss arbeitslos (Daten-

Abb. 16

Wie soll es nach der Schule weitergehen?

Zweijährige Berufsausbildung könnte sinnvolle Ergänzung sein, deutsche Mehrheit gegen Anstieg der Studierendenzahlen



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Einführung zweijähriger Berufsausbildung – ohne Information^{a)} [mit Information über Umsetzung in anderem Land] In Deutschland dauert die Berufsausbildung in der Regel drei Jahre. [In einem anderen Land wurden zusätzlich zweijährige Berufsausbildungen für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten eingeführt.] Sind Sie dafür oder dagegen, zusätzlich weniger anspruchsvolle zweijährige Ausbildungsberufe für Jugendliche mit schlechten Ausbildungsaussichten einzuführen?

Frage 2 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Anzahl der Studierenden – ohne Information [mit Information über Arbeitslosenquote] [Personen mit Hochschulabschluss haben derzeit eine Arbeitslosenquote von gut 2%, Personen mit abgeschlossenem Berufsabschluss (Lehre) gut 5% und Personen ohne Berufsbildungsabschluss knapp 20%.] Was denken Sie über die Anzahl der Personen, die derzeit in Deutschland ein Studium aufnehmen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf den Anteil pro Jahrgang, der keinen beruflichen Bildungsabschluss erzielt, bzw. auf die Abbrecherquote in der Lehre gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter "ohne Information" zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

quelle: Weber und Weber 2013). In der Teilgruppe der Befragten, denen diese Information bereitgestellt wurde, sinkt der Anteil derer, die die Anzahl von Studienanfängern für zu hoch halten, auf 47%.

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema sind die Studiengebühren. Nachdem mehrere Bundesländer Mitte der 2000er Jahre Studiengebühren eingeführt hatten, wurden diese nach und nach in allen Bundesländern wieder abgeschafft. Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass es in der deutschen Bevölkerung keineswegs eine absolute Mehrheit gegen Studiengebühren gibt: 47% der Befragten sind dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen, während 40% dafür sind (vgl. Abb. 17). Es ist bemerkenswert, dass der öffentliche Druck zur Abschaffung der Studiengebühren offenbar nicht von der überwiegenden Mehrheit der deutschen

Bevölkerung ausging. Bemerkenswert ist auch, dass die Zustimmung zu Studiengebühren unter den Personen ohne Hochschulstudium mit 42% deutlich höher ausfällt als unter den Personen mit Hochschulstudium mit 31%. Personen, die selbst studiert haben, identifizieren sich vermutlich besonders mit der Situation der Studierenden, und ihr Umfeld profitiert von der Situation ohne Studiengebühren.

Das Meinungsbild zu Studiengebühren dreht sich in signifikanter Weise um in der Teilgruppe der Befragten, die darüber informiert wurden, dass Personen mit einem abgeschlossenen Studium Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr verdienen als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Datenquelle: Berechnung anhand der PIAAC-Daten). Wird diese Information bereitgestellt, so sind 48% der Befragten für Studiengebühren und nur noch 37% dagegen. Unter den Personen ohne Hochschulstudium sprechen sich dann gut 50% für Studiengebühren aus, unter den Personen mit Hochschulstudium 36%.

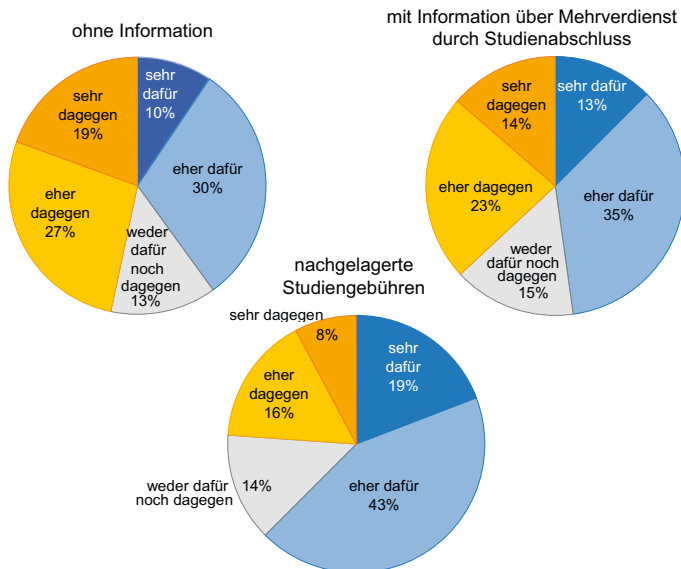
Zwei weitere bereitgestellte Informationen hatten hingegen keine signifikanten Auswirkungen auf das Meinungsbild. Eine Teilgruppe der Befragten erhielt die Information, dass etwa 75% der Kinder aus Akademikerfamilien und etwa 25% der Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien ein Studium aufnehmen (Datenquelle: Middendorff et al. 2013) und dass es diesen Unterschied auch schon vor der Einführung von Studiengebühren in Deutschland gab. Eine weitere Teilgruppe der Befragten erhielt die Information, dass Bund und Länder derzeit im Durchschnitt jährlich rund 8 600 Euro für einen Studienplatz an einer Universität oder Hochschule ausgeben. In beiden Fällen unterscheidet sich die Meinung zu Studiengebühren nicht signifikant von dem Fall ohne Informationsbereitstellung.

Eine in der deutschen Debatte wenig diskutierte Alternative zur bisherigen Form der Studiengebühren in Deutschland ist die Erhebung von nachgelagerten Studiengebühren, wie sie etwa in Australien und Großbritannien praktiziert wird. In diesem Modell werden die Studiengebühren erst nach Abschluss des Studiums erhoben, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn das Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. So werden die Studierenden nicht direkt während des Studiums belastet. Und sollte das Studium nicht zum gewünschten höheren Einkommen führen, so

Abb. 17

Sollten Studierende Studiengebühren zahlen?

Keine Mehrheit gegen Studiengebühren – und alternatives Modell nachgelagerter Studiengebühren findet deutliche Zustimmung



Frage 1 (jeweils einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

ohne Information^{a)} [mit Information über Mehrverdienst durch Studienabschluss] Nun kommen wir zum Studium. [Personen mit einem abgeschlossenen Studium verdienen Jahr für Jahr durchschnittlich rund 40% mehr als Personen mit einer beruflichen Ausbildung (Lehre).] Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch Studiengebühren tragen?

Frage 2:

nachgelagerte Studiengebühren In anderen Ländern gibt es Studiengebühren, die erst nach dem Abschluss des Studiums erhoben werden, wenn die ehemaligen Studierenden Einkommen erzielen. Die Gebühren müssen nur dann zurückgezahlt werden, wenn ihr Jahreseinkommen über einem gewissen Schwellenwert liegt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen?

^{a)} Einem Teil der Befragten wurde die Frage mit zusätzlichem Hinweis auf die Studienbeteiligung von Kindern aus Akademiker- und Nicht-Akademikerfamilien bzw. auf die jährlichen Kosten eines Studienplatzes gestellt. Da sich das Antwortverhalten statistisch nicht von der Version ohne Information unterscheidet, wurden diese unter »ohne Information« zusammengefasst.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

besteht später auch nicht das Risiko, durch die Studiengebühren in eine Schuldenfalle zu laufen, weil die Gebühren bei niedrigem Einkommen nicht zurückgezahlt werden müssen.

Nach der oben diskutierten Frage zu den Studiengebühren wurden alle Befragungsteilnehmer kurz über dieses alternative Modell informiert und gefragt, ob sie dafür oder dagegen sind, dass Studierende, die an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren, einen Teil der Studienkosten durch diese alternative Form von Studiengebühren tragen. 62% der deutschen Bevölkerung sprechen sich für dieses Modell der nachgelagerten Studiengebühren aus, nur ein knappes Viertel (24%) ist dagegen. Den Deutschen scheint also wichtig zu sein, dass die Studiengebühren dann und nur dann zu zahlen sind, wenn das Studium tatsächlich zu einem relativ hohen Einkommen geführt hat. Für solch ein Reformmodell der nachgelagerten Studiengebühren würde sich eine deutliche Mehrheit finden.

Fort- und Weiterbildung

Dass lebenslanges Lernen und Bildungsmaßnahmen im Erwachsenenalter nötig sind, um mit den sich immer schneller wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes mithalten zu können, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Der letzte Fragenkomplex des ifo Bildungsbarometers beschäftigt sich damit, wer nach Ansicht der Bevölkerung in Zukunft vor allem für die Bildungsinvestitionen im Erwachsenenalter zahlen sollte.

Fort- und Bildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Danach gefragt, wie sich die Ausgaben aus diesen drei Quellen entwickeln sollten, spricht sich deutlich über die Hälfte der Befragten dafür aus, dass Arbeitgeber (59%) und der Staat (58%) ihre Weiterbildungsausgaben erhöhen sollten (vgl. Abb. 18). Nur eine kleine Minderheit von 3% bzw. 5% findet hingegen, dass diese ihre Ausgaben senken sollten.

Die Arbeitnehmer selbst sollen dagegen nach Meinung der deutschen Bevölkerung nicht in stärkerem Ausmaß an den Kosten für Bildungsmaßnahmen beteiligt werden. Etwa die Hälfte (49%) denkt, dass die Ausgaben der Personen selbst unverändert bleiben sollten. Ein Viertel der Befragten (25%) meint sogar, dass die Weiterbildungsausgaben der Personen selbst sinken sollten. Während zusätzliche Ausgaben für lebenslanges Lernen von Arbeitgebern und öffentlicher Hand also sehr begrüßt werden, scheint die Akzeptanz für zusätzliche Fort- und Weiterbildungsausgaben zulasten der Personen selbst sehr begrenzt zu sein.

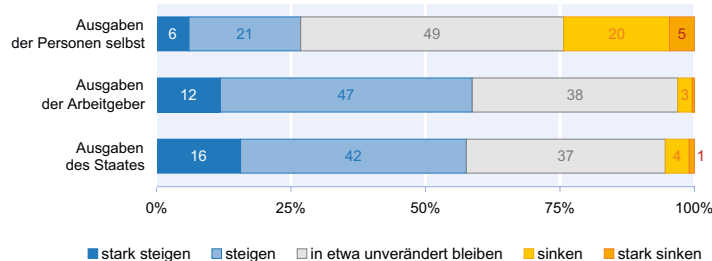
Zusammenfassung

Die Meinung der Deutschen zur Bildungspolitik ergibt ein vielschichtiges Bild. In einigen Bereichen wie verpflichtendem und kostenfreiem Kindergarten, Ganztagschulsystem, Inklusion, deutschlandweiten Abiturprüfungen, Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften oder Zulagen für in Problemschulen unterrichtende Lehrkräfte herrscht eine deutliche Bereitschaft zu grundlegenden Reformen. In anderen Bereichen hingegen werden Reformen eher abgelehnt, so beispielsweise das Betreuungsgeld, das G8 oder eine Abschaffung

Abb. 18

Wer soll die Fort- und Weiterbildung finanzieren?

Die Deutschen sehen Staat und Arbeitgeber in der Pflicht bei der Bildung im Erwachsenenalter

**Frage:**

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene werden teils von den Personen selbst, teils von ihren Arbeitgebern und teils vom Staat finanziert. Was meinen Sie, sollten die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter aus diesen drei Quellen steigen, sinken oder unverändert bleiben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014.

fung von Schulnoten und Klassenwiederholungen.¹² In wieder anderen Bereichen gibt es derzeit keine Mehrheiten für oder gegen Reformen – so etwa bei der Frage, ob ein Teil des Gehalts der LehrerInnen davon abhängig gemacht werden sollte, wie viel ihre SchülerInnen lernen oder ob sie Fächer mit deutlichem Lehrermangel unterrichten. All dies heißt nicht, dass die jeweiligen Reformen »gut« oder »schlecht« wären, dass sie der Gesellschaft insgesamt nützen oder schaden würden. Aber die dargestellten öffentlichen Meinungen stellen Chancen und Hindernisse im politischen Reformprozess dar.

Vor allem aber geben die geäußerten Meinungen auch Hinweise darauf, mit welchen Argumenten die Unterstützung für Reformprozesse erhöht werden könnte. So zeigt sich beispielsweise, dass die Ablehnung von Studiengebühren in Zustimmung umschlägt, wenn Einkommensunterschiede offengelegt und insbesondere, wenn die Studiengebühren nachgelagert erhoben werden. Auch wird eine knappe Minderheit, die für eine Aufteilung auf verschiedene Schularten frühestens nach der sechsten Klasse ist, zu einer deutlichen Mehrheit, wenn darauf hingewiesen wird, in welcher Ausnahmesituation Deutschland hier weltweit steht. Ebenfalls erhöht sich die Zustimmung zur Einführung von zweijährigen Berufsausbildungen, wenn darauf hingewiesen wird, dass ein anderes Land diese bereits eingeführt hat. In den meisten anderen Fragen des Schulsystems – Ganztagschule, G8, Klassenwiederholung, Abschlussprüfungen, Verbeamtung –

¹² Wie der Kasten 2 »Effekte des Fragedesigns« verdeutlicht, haben ausgewählte Spezifika des Fragedesigns keine bedeutsamen Auswirkungen etwa auf die Meinungen zum kostenfreien Kindergarten, zur Verbeamtung oder zum G8.

haben die bereitgestellten Informationen hingegen eher wenig Effekte auf die zum Ausdruck gebrachte Meinung.

Deutliche Effekte haben bereitgestellte Informationen wiederum bei vielen Fragen zu den Bildungsausgaben. So sinkt die Bereitschaft für zusätzliche Bildungsausgaben wie auch für höhere Lehrergehälter deutlich, wenn über das derzeitige Ausgaben- bzw. Gehaltsniveau informiert wird. Ebenso verändern sich die Präferenzen für Ausgaben in verschiedenen Bildungsbereichen durch solche Informationen deutlich. Vor allem aber hat das Bewusstmachen der existierenden Tradeoffs deutliche Effekte auf die geäußerten Meinungen: Eine deutliche Mehrheit für Ausgabener-

höhungen für Schulen verwandelt sich in eine deutliche Minderheit, wenn auf die Notwendigkeit der Steuerfinanzierung öffentlicher Ausgaben hingewiesen wird. Und eine überwältigende Mehrheit für kleinere Schulklassen wird zu einer Minderheit, wenn darauf hingewiesen wird, wieviel man mit denselben Mitteln stattdessen in Lehrmittel oder Schulgebäude investieren könnte.

All dies sind nur erste Erkenntnisse aus dem ersten ifo Bildungsbarometer. Zukünftige Forschung mit dem neuen detaillierten Datensatz wird unter anderem genauer untersu-

**Kasten 2
Effekte des Fragedesigns**

Die Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers haben gezeigt, dass inhaltliche Variationen der Fragen – wie etwa die Bereitstellung von Information oder die Nennung von Argumenten – deutliche Auswirkungen auf die Meinungen der Befragten haben können. Im Gegensatz dazu zeigen weitere in die Befragung integrierte Untersuchungen, dass Details im Fragedesign das Antwortverhalten eher nicht grundlegend beeinflussen.

Um die Effekte verschiedener Fragenarten zu untersuchen, wurden drei zufällig ausgewählten Teilgruppen der Befragten jeweils eine andere Version der Frage nach der Verbeamtung der Lehrkräfte (vgl. Abb. 13) gestellt: »Sind Sie dafür oder dagegen, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?«, »Was halten Sie davon, dass Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet werden?« und »Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: Lehrerinnen und Lehrer sollten verbeamtet werden.« Die Antworten auf diese drei Fragenversionen unterscheiden sich nicht in signifikanter Weise voneinander.

Ein weiterer Parameter in der Fragengestaltung ist die Anzahl der Antwortkategorien. Generell arbeiten wir bei den meisten Fragen mit fünf Antwortkategorien: »sehr dafür«, »eher dafür«, »eher dagegen«, »sehr dagegen« und »weder dafür noch dagegen«. Bei der Frage nach dem kostenfreien Kindergarten (vgl. Abb. 7) ergibt sich dabei eine Aufteilung von 57%, 27%, 6%, 4% und 7%, was zusammengefasst einer Zustimmung von 83%, einer Ablehnung von 10% und einem weder-noch von 7% entspricht. Einer Teilgruppe der Befragten haben wir diese Frage mit nur drei Antwortmöglichkeiten gestellt: »dafür«, »dagegen« und »weder dafür noch dagegen«. Dabei ergibt sich eine Aufteilung von 78% Zustimmung, 7% Ablehnung und 14% weder-noch. Tendenziell entscheiden sich also Einige, die »eher dafür« oder »eher dagegen« sind, in diesem Fall für die neutrale Kategorie. Insgesamt hat dies aber keine substantiellen Auswirkungen auf die Interpretation. Gibt man einer weiteren Teilgruppe der Befragten nur die beiden Antwortmöglichkeiten »dafür« und »dagegen«, so ergibt dies eine Zustimmung von 85% und eine Ablehnung von 15% – also wiederum keine substantiell andere Aussage.

Schließlich haben wir auch den Einfluss verschiedener Formulierungen einer Frage untersucht. Ob die Dauer der Gymnasialzeit (vgl. Abb. 11) mit »nach acht Jahren Gymnasium (G8) statt nach neun Jahren Gymnasium (G9)« oder mit »nach zwölf Schuljahren statt nach dreizehn Schuljahren« abgefragt wird, hat keine statistisch signifikante Auswirkung auf die Zustimmung zu dieser Frage.

Diese zusätzlichen Untersuchungen legen nahe, dass das hier berichtete Meinungsbild nicht grundlegend von Details der Ausgestaltung und spezifischen Ausformulierung von Fragen abhängt.

chen, welche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – etwa nach Geschlecht, Alter, Region, Bildungsstand, Einkommen, Elternstatus oder Parteipräferenz – bestehen, um die mögliche Bedeutung spezifischer Interessengruppen besser zu verstehen. Eine Reihe von Schätzfragen über die aktuelle Bildungssituation wird auch tiefgreifendere Analysen der Bedeutung unvollständiger Informationen und der Abweichung der wahrgenommenen von der tatsächlichen Situation für die ausgedrückte Meinung ermöglichen. Zusätzlich wird die Kooperation mit der Forschergruppe an der Harvard Universität einen Vergleich zwischen Deutschland und den USA erlauben. Und viele weitere spannende Bildungsthemen konnten im vorliegenden ersten ifo Bildungsbarometer aus Kapazitätsgründen noch gar nicht abgedeckt werden. Darum ist das ifo Bildungsbarometer auch keine Eintagsfliege: Für die nächsten beiden Jahre sind bereits weitere jährliche Meinungsumfragen geplant.

Literatur

- Aktionsrat Bildung (2011), *Gemeinsames Kernabitur: Zur Sicherung von nationalen Bildungsstandards und fairem Hochschulzugang*, Waxmann, Münster.
- Aktionsrat Bildung (2013), *Zwischenbilanz Ganztagsgrundschulen: Betreuung oder Rhythmisierung?*, Waxmann, Münster.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), *Bildung in Deutschland 2012: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf*, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.
- Baumert, J., P. Stanat und R. Watermann (2006), »Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus«, in: J. Baumert, P. Stanat und R. Watermann (Hrsg.), *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 95–188.
- Buchanan, J.M. und G. Tullock (1962), *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, The University of Michigan Press, Ann Arbor, MI.
- Busemeyer, M.R. und C. Trampusch (Hrsg.) (2012), *The Political Economy of Collective Skill Formation*, Oxford University Press, Oxford.
- Cattaneo, M.A. und S.C. Wolter (2009), »Are the Elderly a Threat to Educational Expenditures?«, *European Journal of Political Economy* 25(2), 225–236.
- Glomm, G., B. Ravikumar und I.C. Schiopu (2011), »The Political Economy of Education Funding«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 4, North Holland, Amsterdam, 615–680.
- Gradstein, M., M. Justman und V. Meier (2005), *The Political Economy of Education: Implications for Growth and Inequality*, MIT Press, Cambridge MA.
- Hanushek, E.A. (2003), »The Failure of Input-Based Schooling Policies«, *Economic Journal* 113(485), F64–F98.
- Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2011), »The Economics of International Differences in Educational Achievement«, in: E.A. Hanushek, S. Machin und L. Wößmann (Hrsg.), *Handbook of the Economics of Education*, Vol. 3, North Holland, Amsterdam, 89–200.
- Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2012), »Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation«, *Journal of Economic Growth* 17(4), 267–321.
- Henderson, M.B., W.G. Howell und P.E. Peterson (2014), »Information Fuels Support for School Reform«, *Education Next* 14(2), 26–35.
- Howell, W.G., M.R. West und P.E. Peterson (2007), »What Americans Think about their Schools: The 2007 Education Next-PEPG Survey«, *Education Next* 7(4), 12–26.
- Klemm, K. (2009), *Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam: Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Kultusministerkonferenz (2013), *Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012 bis 2025*, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 200, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Middendorff, E., B. Apolinarski, J. Poskowsky, M. Kandulla und N. Netz (2013), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012: 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.
- Olson, M. (1965), *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*, Harvard University Press, Cambridge, MA.
- Pekkarinen, T. (2014), »School Tracking and Intergenerational Social Mobility«, *IZA World of Labor* 214, 56.
- Statistisches Bundesamt (2013), *Bildungsausgaben: Ausgaben je Schüler/-in 2010*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014a), *Bildungsfinanzbericht 2013*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014b), *Finanzen und Steuern: Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte 2011*. Fachserie 14, Reihe 3.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Weber, B. und E. Weber (2013), *Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit*, IAB-Kurzbericht 4, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Wößmann, L. (2009), »International Evidence on School Tracking: A Review«, *CESifo DICE Report – Journal for Institutional Comparisons* 7(1), 26–34.

Beeinträchtigen Nebeneinkünfte die politischen Tätigkeiten von Bundestagsabgeordneten?

34

Felix Arnold, Björn Kauder und Niklas Potrafke

Im Juli 2007 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Bundestagsabgeordnete Informationen zu ihren Nebentätigkeiten veröffentlichen müssen. In einer neuen Studie wurde untersucht, ob Nebeneinkünfte die politische Tätigkeit von Bundestagsabgeordneten beeinträchtigen. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit in namentlichen Abstimmungen und der Zahl der Reden im Parlament korrelieren. Es gibt jedoch eine negative Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen. Die Ergebnisse einer Studie zu Italien können nicht bestätigt werden. Dies mag daran liegen, dass sich die Parteidisziplin, Institutionen und die politische Kultur in Deutschland und Italien unterscheiden.

Politiker können nicht nur vor oder nach ihrer politischen Karriere, sondern auch während der Ausübung eines politischen Mandats Tätigkeiten in der Privatwirtschaft nachgehen (Nebentätigkeiten). Beispielsweise können Bundestagsabgeordnete ihre geschäftlichen Aktivitäten, die sie vor Beginn ihrer Bundestagstätigkeit aufgenommen haben, fortführen. Ebenso können Politiker ihre Prominenz und ihre Netzwerke nutzen, um mit dem Halten von Reden Geld zu verdienen. Politiker müssen ihr Zeitbudget auf ihre politischen Verpflichtungen und auf ihre Nebentätigkeiten aufteilen. Insofern könnten Abgeordnete durch Nebentätigkeiten ihren politischen Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfang nachkommen. Zu diesen Verpflichtungen zählen u.a. die Teilnahme an Sitzungen des Bundestags oder von Ausschüssen, das Halten von Reden im Parlament oder auch Bürgersprechstunden.

Nebentätigkeiten und die Aktivität im Bundestag waren ein viel diskutiertes Thema im Bundestagswahlkampf 2013. Peer Steinbrück (SPD) hatte beträchtliche Nebeneinkünfte durch das Halten von Reden auf Firmenveranstaltungen erzielt, so dass Beobachter mutmaßten, dass solche Nebentätigkeiten die Arbeit im Parlament beeinträchtigen könnten.

Im Jahr 2007 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Bundestagsabgeordnete Angaben über ihre Nebentätigkeiten veröffentlichen müssen. In einer neuen Studie haben wir deshalb untersucht, ob Nebeneinkünfte mit höherer Abwesenheit und niedrigerer Aktivität von Bundestagsabgeordneten in der vergangenen Legislaturperiode (2009–2013) einhergingen (vgl. Arnold, Kauder und Potrafke 2014).

Verwandte Studien

Es steht zu erwarten, dass Nebentätigkeiten von Abgeordneten deren Anwesenheit und Aktivität im Parlament beeinflussen: Wenn Abgeordnete einer Nebentätigkeit nachgehen, haben sie weniger Zeit, sich parlamentarischen Aufgaben zu widmen (vgl. zu Nebentätigkeiten von Politikern Geys und Mause 2013). Für Italien wurde gezeigt, dass hohe Nebeneinkünfte mit Abwesenheit im Parlament einhergehen. Bürger mit guten Verdienstmöglichkeiten treten jedoch mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Wahl an, wenn sie Nebeneinkünfte erzielen dürfen (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2010). Daher mag das Erlauben von Nebentätigkeiten beeinflussen, wer für ein politisches Amt kandidiert.

Insbesondere zwei Aspekte dürften die Qualität von Politikern beeinflussen: Unterschiede in den Opportunitätskosten dürften weniger talentierte Kandidaten mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Wahl antreten lassen als talentierte Kandidaten (Selektionseffekt); zudem dürften höhere Gehälter Politiker zu höherer Leistung anregen (vgl. Besley 2004; Caselli und Morelli 2004; Messner und Polborn 2004). In Italien haben höhere Entlohnungen besser gebildete Kandidaten hervorgebracht (vgl. Gagliarducci und Nannicini 2013). In Finnland haben höhere Entlohnungen die Qualität von weiblichen Kandidaten, nicht jedoch von männlichen Kandidaten erhöht (vgl. Kotakorpi und Poutvaara 2011).

Wissenschaftler untersuchen, welche Faktoren die Anwesenheit und Aktivität von Abgeordneten beeinflussen. Für Italien wurde für Abgeordnete ohne politi-

sche Erfahrung vor ihrem Eintritt ins Parlament gezeigt, dass sie Abstimmungen mit steigenden Nebenverdienstmöglichkeiten weniger häufig beiwohnen. Für Abgeordnete mit politischer Erfahrung vor dem Eintritt ins Parlament wurde ein solcher Zusammenhang nicht gefunden (vgl. Fedele und Naticchioni 2013). Abgeordnete von Regierungsparteien waren weniger häufig abwesend als Abgeordnete der Oppositionsparteien (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2010; Galasso und Nannicini 2011). Über eine Mehrheitswahl ins Parlament gewählte Abgeordnete waren weniger häufig abwesend als Abgeordnete, die über eine Verhältniswahl gewählt wurden (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2011). Abgeordnete, die ihr Mandat in umkämpften Wahlkreisen gewonnen haben, fehlten im Parlament weniger häufig, da die Parteien ihre besten Leute in die umkämpften Wahlkreise geschickt hatten (vgl. Galasso und Nannicini 2011). Auch Bundestagsabgeordnete, die ihr Mandat 2009 in einem umkämpften Wahlkreis gewonnen hatten, fehlten weniger häufig im Parlament (vgl. Bernecker 2014).¹ Im Europäischen Parlament zeigte sich, dass steigende Einkünfte die Abwesenheit erhöhten und die Zahl der Fragen senkten (vgl. Mocan und Altindag 2013). Fisman et al. (2013) fanden hingegen nicht heraus, dass Einkünfte die Anwesenheit im Europäischen Parlament beeinflussen; der legislative Output (z.B. schriftliche Stellungnahmen) erhöhte sich hingegen, wenn Abgeordnete parlamentarischen Sitzungen häufiger beiwohnten. Es bleibt eine empirische Frage, inwieweit Nebeneinkünfte mit der Anwesenheit und Aktivität im Parlament korrelieren.

Institutioneller Hintergrund

Abwesenheit bei namentlichen Abstimmungen und die Aktivität im Bundestag

Es gibt zahlreiche Abstimmungsverfahren im Bundestag. Wir betrachten die namentlichen Abstimmungen, da sie Rückschlüsse auf das Abstimmungsverhalten eines jeden Abgeordneten zulassen. Zwischen dem Beginn der Legislaturperiode 2009 und deren Ende 2013 fanden 218 namentliche Abstimmungen statt. Wir nutzen daher die Abwesenheitsquote bei namentlichen Abstimmungen für jeden Abgeordneten in jedem Jahr der Legislaturperiode.²

¹ Deutsche Abgeordnete, die ihr Mandat 2005 in einem umkämpften Wahlkreis gewonnen hatten, hatten niedrigere Nebeneinkünfte (vgl. Becker, Peichl und Rincke 2009). Weibliche Abgeordnete hatten weniger Nebentätigkeiten, insbesondere im Privatsektor (vgl. Geys und Mause 2014). Attraktive weibliche Abgeordnete hatten jedoch mehr Nebentätigkeiten (vgl. Geys 2014). Abgeordnete von CDU/CSU und FDP hatten mehr Nebentätigkeiten als Abgeordnete von linken Parteien (vgl. Mause 2009).

² Der Bundestag veröffentlicht auch Informationen zu entschuldigtem Abwesenheiten von Abgeordneten. Abgeordnete können sich jedoch ohne Grund entschuldigen. Wir können daher nicht zwischen Abwesenheiten mit und ohne guten Grund unterscheiden und berücksichtigen in der empirischen Analyse daher nicht den Unterschied zwischen entschuldigtem und unentschuldigtem Abwesenheiten.

Des Weiteren verwenden wir vier Maße für die Aktivität im Parlament.³ Das erste Maß sind Reden (sowohl tatsächlich gehaltene Reden als auch zu Protokoll gegebene Reden). Abgeordnete legen die Zahl ihrer Reden gemeinsam mit ihren Fraktionen, insbesondere der Fraktionsführung, fest. Wir gehen jedoch davon aus, dass der Wille eines Abgeordneten, eine Rede zu halten, hoch korreliert ist mit der tatsächlich gehaltenen Zahl an Reden. Da Abgeordnete ihre Reden alternativ auch zu Protokoll geben können, berücksichtigen wir auch diese Reden.

Als zweites Maß nutzen wir Wortbeiträge. Dies schließt Zwischenfragen, Erklärungen oder auch Erwidern mit ein. Wortbeiträge beschreiben alle Arten mündlicher Aktivitäten in Plenarsitzungen mit Ausnahme der vorformulierten Reden. Wir gehen davon aus, dass Wortbeiträge den Einsatz eines Abgeordneten messen. Im Gegensatz zu Reden werden Wortbeiträge spontan während Debatten eingebracht und lassen sich somit nur schwer durch Mitarbeiter vorbereiten.

Als drittes Maß nutzen wir die Zahl der kleinen und großen Anfragen. Abgeordnete reichen Anfragen in schriftlicher Form ein. Sie dienen dem Zweck, Informationen von der Regierung zu erhalten. Das vierte Maß ist die Zahl der Gruppeninitiativen, wie bspw. Gesetzentwürfe, verschiedene Anträge und Berichterstattungen. Der individuelle Arbeitseinsatz eines Abgeordneten an einer Anfrage oder Gruppeninitiative ist schwierig abzubilden, da Abgeordnete häufig gemeinsam Anfragen und – per Definition – Gruppenanträge anfertigen.

Wir sind uns der Einschränkungen der einzelnen Variablen bewusst. Das gleichzeitige Nutzen aller vier Variablen vermag diese Schwierigkeiten jedoch zu lindern und erlaubt somit, Schlussfolgerungen zu ziehen, wie Nebeneinkünfte und die Aktivität von Abgeordneten korrelieren.

Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten

Der Bundestag entschied im August 2005, dass Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen. Neun Abgeordnete riefen das Bundesverfassungsgericht an, um die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überprüfen zu lassen. Der Bundestagspräsident wartete auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, bevor er die Nebeneinkünfte veröffentlichte. Das Bundesverfassungsgericht entschied im Juli 2007, dass die Abgeordneten ihre Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen. Daher sind Abgeordnete nun verpflichtet, die Quellen und Beträge ihrer Nebeneinkünfte offenzulegen. Tabelle 1 zeigt die acht Kategorien, in die die Abgeordneten ihre Nebentätigkeiten einordnen müssen. Wir untersuchen nur die

³ Die Daten zur Aktivität der Abgeordneten hat uns freundlicherweise die Wochenzeitung »Die Zeit« zur Verfügung gestellt.

Kategorien 2 bis 5, da nur diese Kategorien einen (Zeit-)Konflikt zwischen Nebeneinkünften und der Anwesenheit bzw. Aktivität im Bundestag hervorrufen. Diese Kategorien beinhalten Einkünfte aus selbständigen und nicht selbständigen Tätigkeiten (wie bspw. Reden), Einkünfte aus Funktionen in Unternehmen (wie bspw. Aufsichtsratsposten), Einkünfte aus Funktionen in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (wie bspw. Kreisräten oder der Kirche) und Einkünfte aus Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen. Wir berücksichtigen nicht die Einkünfte aus Positionen in der Regierung oder einer Partei, da solche Einkünfte keine »Neben«-Einkünfte im eigentlichen Sinn sind. Die Abgeordneten haben ihre Nebeneinkünfte aus jeder einzelnen Aktivität in einer kodierten Weise als monatliches oder jährliches Einkommen offenzulegen. Einkünfte der Stufe 1 beinhalten Nebeneinkünfte zwischen 1 000 und 3 500 Euro, der Stufe 2 Nebeneinkünfte zwischen 3 500 und 7 000 Euro und der Stufe 3 Nebeneinkünfte über 7 000 Euro. Die Veröffentlichungspflichten gelten auch für unbezahlte Aktivitäten und solche Aktivitäten, die mit weniger als 1 000 Euro entlohnt werden. In unserer empirischen Analyse nutzen wir die Untergrenzen der Einkommenskategorien: Stufe 1 sind Einkünfte von 1 000 Euro, Stufe 2 Einkünfte von 3 500 Euro und Stufe 3 Einkünfte von 7 000 Euro.

Da Nebeneinkünfte nicht messen, wie viel Zeit ein Abgeordneter zum Erzielen dieser Einkünfte investiert hat, dienen sie nur als Annäherung für die investierte Zeit.

Empirische Analyse

Deskriptive Statistiken

Abbildung 1 zeigt, dass Abgeordnete der SPD, Grünen und Linkspartei in der 17. Legislaturperiode häufiger fehlten als Abgeordnete der CDU/CSU und FDP. Es ist davon auszugehen, dass Abgeordnete der CDU/CSU und FDP weniger Abstimmungen verpassten, da sie Regierungsverantwortung trugen und daher ihre Mehrheit im Parlament sichern mussten (vgl. Gagliarducci, Nannicini und Naticchioni 2010; Galasso und Nannicini 2011). Die Abgeordneten von Oppositionsparteien hatten hingegen weniger Anreize, den Abstimmungen beizuwohnen, da sie sowieso keine Mehrheit im Bundestag erreichen konnten.

Abgeordnete kleiner Parteien hielten häufiger Reden. Es ist denkbar, dass Abgeordnete kleiner Parteien mehr Reden hielten, um Aufmerksamkeit zu erzielen. Da die Redezeiten

Tab. 1
Abgeordnete müssen ihre Nebentätigkeiten in acht Kategorien offenlegen

| Nr. | Beschreibung | Beispiel |
|-----|--|-------------------------------|
| 1 | Berufliche Tätigkeit vor der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag | Professor |
| 2 | Selbständige oder nicht selbständige Tätigkeiten | Rede |
| 3 | Funktionen in Unternehmen | Aufsichtsratsposten |
| 4 | Funktionen in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts | Kirche |
| 5 | Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen | Entwicklungshilfeorganisation |
| 6 | Vereinbarungen über künftige Tätigkeiten oder Vermögensvorteile | Übernahme von Studiengebühren |
| 7 | Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften | Anwaltskanzlei |
| 8 | Spenden | – |

Nebeneinkünfte aus selbständigen oder nicht selbständigen Tätigkeiten werden offiziell als »Entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat« bezeichnet.

Quelle: Zusammenstellung der Autoren.

Abb. 1

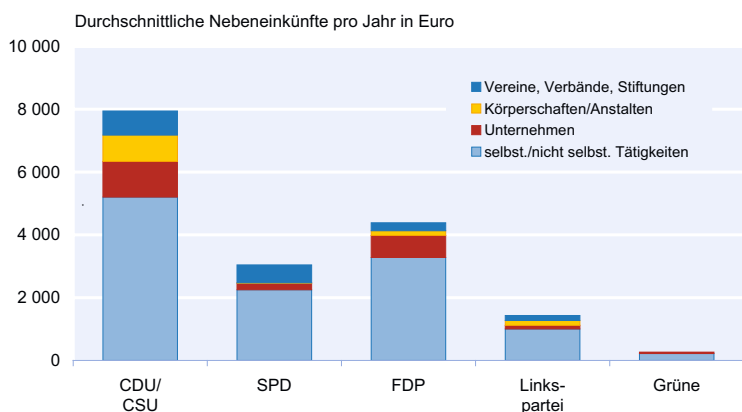
Die Parteizugehörigkeit ist mit den Aktivitäten korreliert



Quelle: Berechnungen der Autoren.

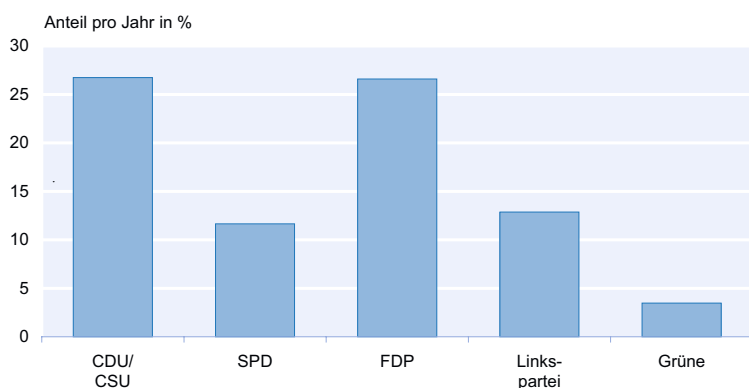
für die einzelnen Fraktionen jedoch proportional zur Größe der Fraktionen festgelegt sind, haben die Abgeordneten der kleinen Parteien mutmaßlich kürzere Reden gehalten. Ab-

Abb. 2
Konservative und liberale Abgeordnete haben die höchsten Nebeneinkünfte



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Abb. 3
Konservative und liberale Abgeordnete haben den höchsten Anteil an Abgeordneten mit Nebeneinkünften



Quelle: Berechnungen der Autoren.

geordnete linker Parteien steuerten häufiger Wortbeiträge bei. Dieses Muster ist vermutlich in der Oppositionstätigkeit dieser Parteien begründet. Zudem stellten sie häufiger Anfragen und haben mehr Gruppeninitiativen angefertigt.

Abbildung 2 zeigt, dass Nebeneinkünfte bei konservativen und liberalen Abgeordneten deutlich höher lagen als bei linken Abgeordneten. Während CDU/CSU-Abgeordnete im Schnitt mindestens 7 900 Euro pro Jahr hinzuverdienten, lag der Wert bei FDP-Abgeordneten bei 4 400 Euro. Die Werte der Abgeordneten der SPD (3 000 Euro), der Linkspartei (1 400 Euro) und der Grünen (300 Euro) lagen deutlich darunter. Für die Abgeordneten aller Parteien waren die Einkünfte aus »selbständigen und nicht selbständigen Tätigkeiten« (entsprechend der Kategorie 2 in Tab. 1) am bedeutendsten.⁴ Auch der Anteil der Abgeordneten mit

⁴ Wenn wir nur Abgeordnete mit Nebeneinkünften betrachten, verdienten Abgeordnete von CDU/CSU im Schnitt mindestens 29 700 Euro, der FDP 16 500 Euro, der SPD 26 100 Euro, der Linkspartei 11 100 Euro und der Grünen 7 600 Euro pro Jahr mit den Nebentätigkeiten. Wir haben die Informationen zu den Nebeneinkünften im August 2013 zusammengestellt.

Nebeneinkünften lag bei CDU/CSU und der FDP deutlich über dem Anteil der anderen Parteien (vgl. Abb. 3). Die Korrelationskoeffizienten zeigen, dass, wie erwartet, die Nebeneinkünfte positiv mit der Abwesenheitsquote (Korrelationskoeffizient: 0,07) und negativ mit der Zahl der Reden (- 0,06), Wortbeiträge (- 0,08), Anfragen (- 0,10) und Gruppeninitiativen (- 0,12) korreliert sind.

Empirisches Vorgehen und Ergebnisse

Wir haben ein Panelmodell geschätzt, das den Einsatz des Abgeordneten auf die Nebeneinkünfte regressiert. Dabei ist der Einsatz des Abgeordneten alternativ gemessen durch den Anteil der nicht besuchten namentlichen Abstimmungen (Abwesenheit), die Zahl der Reden im Parlament, die Zahl der Wortbeiträge, die Zahl der Anfragen und die Zahl der Gruppeninitiativen. Die Regression schließt fixe Effekte für die Abgeordneten und Kalenderjahre ein.

Das Panel beinhaltet die fünf Kalenderjahre von 2009 (September; Beginn der Legislaturperiode) bis 2013 (September; Ende der Legislaturperiode). Wir haben alle Abgeordneten der 17. Legislaturperiode berücksichtigt, und somit auch ausgeschiedene Abgeordnete und ihre Nachfolger. Unser Datensatz beinhaltet 652 Abgeordnete und 3 131 Beobachtungen.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse. Wenn wir die Abwesenheitsquote als abhängige Variable nutzen, ist der Koeffizient der Nebeneinkünfte positiv, aber nicht statistisch signifikant. Wenn wir die Zahl der Reden als abhängige Variable nutzen, ist der Koeffizient der Nebeneinkünfte negativ, aber ebenfalls nicht statistisch signifikant. Zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge zeigt sich eine negative Korrelation (signifikant zum 10%-Niveau). Die Zahl der Wortbeiträge geht um 0,08 zurück, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung (17 140 Euro) steigen. Zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Anfragen gibt es ebenfalls eine negative Korrelation (signifikant zum 5%-Niveau). Die Zahl der Anfragen fällt um 0,68, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen. Auch zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Gruppeninitiativen zeigt sich eine negative Korrelation (signifikant zum 1%-Niveau). Die Zahl der Gruppeninitiativen geht um 1,06 zurück, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen.

Die Variablen für die Kalenderjahre zeigen, dass die Abwesenheitsquoten in den Jahren 2011, 2012 und 2013 höher

Tab. 2
Regressionsergebnisse. Fixe-Effekte-Modell mit heteroskedastizitätsrobusten Standardfehlern
(Huber/White/sandwich-Standardfehler)

| | (1) | (2) | (3) | (4) | (5) |
|----------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|-----------------------|
| | Abwesenheit | Reden | Wortbeiträge | Anfragen | Gruppeninitiativen |
| Nebeneinkünfte (insgesamt) | 0,009 (0,059) | - 0,537 (1,125) | - 0,467* (0,264) | - 3,944** (1,564) | - 6,177*** (2,115) |
| 2010 | 0,006 (0,007) | 6,253*** (0,202) | 2,348*** (0,143) | 16,378*** (1,116) | 22,255*** (1,247) |
| 2011 | 0,013* (0,008) | 7,345*** (0,221) | 2,226*** (0,133) | 14,643*** (1,082) | 21,559*** (1,039) |
| 2012 | 0,016** (0,008) | 7,532*** (0,236) | 2,179*** (0,112) | 14,422*** (1,063) | 20,885*** (0,970) |
| 2013 | 0,023*** (0,008) | 5,448*** (0,207) | 1,280*** (0,081) | 6,123*** (0,506) | 11,198*** (0,548) |
| Beobachtungen | 3.131 | 3.131 | 3.131 | 3.131 | 3.131 |
| Anzahl n | 652 | 652 | 652 | 652 | 652 |
| R ² within | 0,00624 | 0,454 | 0,192 | 0,204 | 0,315 |
| R ² between | 0,00479 | 0,00400 | 0,00751 | 0,0143 | 0,0253 |
| R ² overall | 0,00331 | 0,225 | 0,0802 | 0,0611 | 0,125 |

2010 bis 2013 sind fixe Effekte für die Kalenderjahre (Referenzkategorie: 2009). – Robuste Standardfehler in Klammern. – Robuste Standardfehler in Klammern. – *** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

waren als im Jahr 2009 (Referenzkategorie). Für Reden, Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen lagen die Werte insbesondere in den Jahren 2010 bis 2012 höher als 2009, da die Jahre 2010 bis 2012 die einzigen vollen Kalenderjahre der Legislaturperiode waren.

Warum sind Nebeneinkünfte (negativ) korreliert mit der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen, aber nicht signifikant korreliert mit der Abwesenheitsquote und der Zahl der Reden? Es ist möglich, dass Abgeordnete mit Nebeneinkünften die Zeit reduzieren, die sie auf parlamentarische Arbeit verwenden. Dabei könnten Abgeordnete mit Nebeneinkünften weniger wichtige und/oder weniger sichtbare Aktivitäten, wie bspw. Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen reduzieren. Die Abgeordneten vermeiden hingegen das Reduzieren von stärker sichtbaren Aktivitäten wie der Anwesenheit und der Zahl der Reden.

Wir haben auch Regressionen separat für die einzelnen Parteien durchgeführt. Für CDU/CSU, die FDP und die Grünen zeigen die Ergebnisse nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit oder der Aktivität im Parlament korreliert sind. Für die SPD zeigt sich eine signifikant negative Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Wortbeiträge und ebenso zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Anfragen. Die Zahl der Wortbeiträge geht um 0,11 zurück, und die Zahl der Anfragen geht um 0,61 zurück, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen (18 315 Euro). Bei der Linkspartei zeigt sich eine signifikant positive Korrelation zwischen Nebeneinkünften und der Abwesenheitsquote und auch zwischen Nebeneinkünften und der Zahl der Reden. Die Abwesen-

heitsquote steigt um 0,03 und die Zahl der Reden um 0,71, wenn die Nebeneinkünfte um eine Standardabweichung steigen (4 284 Euro). Die Nebeneinkünfte erweisen sich nicht als statistisch signifikant, wenn wir die Gruppeninitiativen der Abgeordneten der einzelnen Parteien als abhängige Variable nutzen.⁵

Schlussfolgerungen

Wir haben untersucht, ob Nebeneinkünfte von Abgeordneten mit höherer Abwesenheit und weniger Aktivität im Bundestag einhergingen. Verwendet haben wir Daten der 17. Legislaturperiode des deutschen Bundestages (2009–2013). Die Ergebnisse zeigen nicht, dass Nebeneinkünfte mit der Abwesenheit und der Zahl der Reden korrelieren. Nebeneinkünfte sind jedoch negativ mit der Zahl der Wortbeiträge, Anfragen und Gruppeninitiativen korreliert.

Unsere Ergebnisse können eine Studie zu Italien nicht bestätigen, wo hohe Nebeneinkünfte von Abgeordneten mit

⁵ Unsere Ergebnisse sind zurückhaltend zu interpretieren. Da wir Fixe-Effekte-Modelle nutzen, wird der Effekt der Nebeneinkünfte auf die Aktivität im Bundestag durch jene Abgeordneten identifiziert, deren Nebeneinkünfte über die einzelnen Jahre variieren. Über 75% der Abgeordneten haben keine Nebeneinkünfte. Viele der Abgeordneten mit Nebeneinkünften verdienen jedes Jahr denselben Betrag. Abgeordnete ohne Nebeneinkünfte oder mit konstanten Nebeneinkünften tragen nicht direkt zur Identifizierung des Effekts bei. Wenn wir parteispezifische Regressionen betrachten, werden sogar noch weniger Fälle betrachtet, und die Identifizierung basiert nur auf einer Handvoll Abgeordneter. Die Variation in den von uns genutzten Daten ist daher klein. Aufgrund neuer und strenger Veröffentlichungspflichten wird die Variation der veröffentlichten Nebeneinkünfte in der Legislaturperiode 2013–2017 vermutlich deutlich höher ausfallen.

höherer Abwesenheit einhergehen. Zu den unterschiedlichen Ergebnissen für Italien und Deutschland sind drei Erklärungen naheliegend.

Erstens unterscheiden sich die Strafen für Nichtteilnahmen an Abstimmungen. In Deutschland wird die Kostenpauschale um bis zu 100 Euro pro verpasster namentlicher Abstimmung gekürzt (vgl. §14 Abgeordnetengesetz).⁶ In Italien gibt es solche Kürzungen nicht. Zudem ist das Grundgehalt in Italien höher (vgl. Mause 2014). Somit hingen die Einkünfte von italienischen Abgeordneten auch dann weniger von der Anwesenheit ab, wenn es Strafen für Abwesenheit gäbe. Vermutlich unterscheiden sich die Ergebnisse zwischen Italien und Deutschland, weil die Abgeordneten auf die gesetzlichen Anreize reagieren.

Zweitens könnten Unterschiede in der Parteidisziplin das Verhalten der Abgeordneten beeinflussen. Zwar gilt die Parteidisziplin in Europa, insbesondere in Deutschland, als recht hoch, doch Italien stellt eine Ausnahme dar. So hat bspw. in der Periode 1996–2000 ein Viertel der Abgeordneten im italienischen Parlament mindestens einmal die Partei gewechselt (vgl. Heller und Mershon 2008). Ein Mangel an Parteidisziplin vermag deshalb zu erklären, warum es eine negative Beziehung zwischen Nebeneinkünften und Anwesenheit in Italien gibt: Wenn sich Abgeordnete ihrer Partei gegenüber weniger stark verpflichtet fühlen, fehlen sie eher bei Sitzungen im Parlament und gehen Nebentätigkeiten nach.

Drittens sind Deutschland und Italien durch unterschiedliche politische Kulturen charakterisiert, welche selbstverstärkend sein können (vgl. Beniers und Dur 2007; Hillman und Ursprung 2000). Wenn die Teilnahme an namentlichen Abstimmungen in Deutschland als unentbehrlich gilt, in Italien jedoch durch andere Aktivitäten substituiert werden kann, erscheinen unsere Ergebnisse plausibel. Unterschiede in der politischen Kultur könnten durch Sozialkapital, Vertrauen oder das Rechtssystem erklärt werden (vgl. Boix und Posner 1998; Bjørnskov 2010).

Literatur

Arnold, F., B. Kauder und N. Potrafke (2014), »Outside earnings, absence, and activity: Evidence from German parliamentarians«, *European Journal of Political Economy* 36, 147–157.

Becker, J., A. Peichl und J. Rincke (2009), »Politicians' outside earnings and electoral competition«, *Public Choice* 140, 379–394.

Beniers, K.J. und R. Dur (2007), »Politicians' motivation, political culture, and electoral competition«, *International Tax and Public Finance* 14, 29–54.

Bernecker, A. (2014), »Do politicians shirk when reelection is certain? Evidence from the German parliament«, *European Journal of Political Economy* 36, 55–70.

Besley, T. (2004), »Paying politicians: Theory and evidence«, *Journal of the European Economic Association* 2, 193–215.

Bjørnskov, C. (2010), »How does social trust lead to better governance? An attempt to separate electoral and bureaucratic mechanisms«, *Public Choice* 144, 323–346.

Boix, C. und D.N. Posner (1998), »Social capital: Explaining its origins and effects on government performance«, *British Journal of Political Science* 28, 686–693.

Caselli, F. und M. Morelli (2004), »Bad politicians«, *Journal of Public Economics* 88, 759–782.

Fedele, A. und P. Naticchioni (2013), »Moonlighting politicians: Motivation matters!«, IZA Discussion Paper 7500.

Fisman, R., N.A. Harmon, E. Kamenica und I. Munk (2013), »Labor supply of politicians«, mimeo.

Gagliarducci, S. und T. Nannicini (2013), »Do better paid politicians perform better? Disentangling incentives from selection«, *Journal of the European Economic Association* 11, 369–398.

Gagliarducci, S., T. Nannicini und P. Naticchioni (2010), »Moonlighting politicians«, *Journal of Public Economics* 94, 688–699.

Gagliarducci, S., T. Nannicini und P. Naticchioni (2011), »Electoral rules and politicians' behavior: A micro test«, *American Economic Journal: Economic Policy* 3, 144–174.

Galasso, V. und T. Nannicini (2011), »Competing on good politicians«, *American Political Science Review* 105, 79–99.

Geys, B. (2014), »Looks good, you're hired? Evidence from extra-parliamentary activities of German parliamentarians«, *German Economic Review*, im Erscheinen.

Geys, B. und K. Mause (2013), »Moonlighting politicians: A survey and research agenda«, *Journal of Legislative Studies* 19, 76–97.

Geys, B. und K. Mause (2014), »Are female legislators different? Exploring sex differences in German MPs' outside interests«, *Parliamentary Affairs*, im Erscheinen.

Heller, W.B. und C. Mershon (2008), »Dealing in discipline: Party switching and legislative voting in the Italian chamber of deputies, 1988–2000«, *American Journal of Political Science* 52, 910–925.

Hillman, A.L. und H.W. Ursprung (2000), »Political culture and economic decline«, *European Journal of Political Economy* 16, 189–213.

Kotakorpi, K. und P. Poutvaara (2011), »Pay for politicians and candidate selection: An empirical analysis«, *Journal of Public Economics* 95, 877–885.

Mause, K. (2009), »Nebentätige Bundestagsabgeordnete: Was offenbaren die Veröffentlichungspflichten?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10, 146–174.

Mause, K. (2014), »Self-serving legislators? An analysis of the salary-setting institutions of 27 EU parliaments«, *Constitutional Political Economy* 25, 154–176.

Messner, M. und M.K. Polborn (2004), »Paying politicians«, *Journal of Public Economics* 88, 2423–2445.

Mocan, N. und D.T. Altindag (2013), »Salaries and work effort: An analysis of the European Union parliamentarians«, *Economic Journal* 123, 1130–1167.

⁶ Seit dem Jahr 2014 wird die Kostenpauschale bei Abwesenheit um bis zu 200 Euro gekürzt.

Investitionsklima durch geopolitische Krisen belastet – Leasing wächst noch kräftig

40

Thomas Strobel und Arno Städtler

Vor allem die zuletzt weiter eskalierenden weltweiten politischen Konfliktherde belasten zunehmend den Wirtschaftsaufschwung in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft verliert an Schwung, wie das Statistische Bundesamt kürzlich konstatierte. Nach ersten Berechnungen, die erstmals auf den neuen Konzepten des ESVG 2010¹ basieren, ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2014 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – überraschend um 0,2% gegenüber dem wachstumsstarken Vorquartal zurück. Dabei dürfte allerdings auch die extrem milde Witterung mit kräftigen Zuwachsraten zum Jahresbeginn eine Rolle gespielt haben. Im Auftaktquartal von 2014 wurde noch ein Plus von real 0,7% gegenüber dem vierten Quartal von 2013 (+ 0,4%) erwirtschaftet.

Für den leichten Rückgang des BIP im zweiten Quartal 2014 waren nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts der Außenhandel und die Investitionen verantwortlich. Dabei gingen die Investitionen insbesondere in Bauten deutlich zurück, was nicht zuletzt an Vorzieheffekten aufgrund des ungewöhnlich milden Winters 2013/2014 liegen dürfte.

Im Vorjahresvergleich hat die deutsche Wirtschaft zwar an Dynamik verloren, konnte aber dennoch weiter zulegen: Das preisbereinigte BIP war im zweiten Quartal 2014 um 0,8% (nominal: + 2,6%) höher als vor Jahresfrist (vgl. Statistisches Bundesamt 2014a). Überdurchschnittlich fiel dabei der Anstieg bei den Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der Sonstigen Anlagen aus. In Maschinen, Geräte, Fahrzeuge sowie immaterielle Güter wurden im ersten Quartal 2014 nominal 3,0% (2. Quartal: + 5,9%) mehr investiert als vor einem Jahr.

Relativ günstig entwickelten sich im bisherigen Jahresverlauf von 2014 hier zu Lande auch die Pkw-Neuzulassungen. In den ersten acht Monaten ist ein Plus von 2,6% aufgelaufen. Dabei ging der Anteil der privaten Neuzulassungen zu Gunsten der gewerblichen erneut zurück, und zwar auf 37,4% (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2014). Das heißt, der Anteil der Fahr-

zeuge, die zu den Investitionen zählen, hat sich erhöht, bei denjenigen, die dem privaten Verbrauch zuzuordnen sind, ging der Anteil zurück. Bei den Nutzfahrzeugen, die als guter Konjunkturindikator gelten, gab es sogar ein kräftiges Wachstum von 7%.

Den Trendumfragen des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) zufolge ist der Anschaffungswert des Neugeschäfts mit Mobilien auch im zweiten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen (+ 5,5%), für das erste Halbjahr ergibt sich dadurch ein Wachstum von nominal 6,9%, das allerdings durch Großgeschäfte bei den Luft-, Schienen- und Wasserfahrzeugen etwas überzeichnet ist. Einen Zuwachs des Neugeschäfts gab es zuletzt bei den Maschinen für die Produktion, den Pkw und Kombi, den Bussen, Lkw und Hängern, den Immateriellen Wirtschaftsgütern sowie den Sonstigen Ausrüstungen. Einen Rückgang verzeichneten dagegen Büromaschinen und EDV, Luft-, Schienen- und Wasserfahrzeuge sowie die Medizintechnik (vgl. BDL 2014).

Das Wachstum der Leasinginvestitionen im Jahr 2014 resultiert daher vor allem aus der günstigeren Automobilkonjunktur. Expertenschätzungen gehen aktuell von einem Zulassungsplus bei Pkw von etwa 2% aus, bei Nutzfahrzeugen dürfte es deutlich höher ausfallen (vgl. o.V.2014).

Auswirkungen der Konzeptänderung durch das ESVG 2010

Der auf den Geschäftslagebeurteilungen der Leasinggesellschaften basierende In-

¹ Mit der Erstberechnung des zweiten Quartals 2014 gab das Statistische Bundesamt auch erste Ergebnisse der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bekannt. Die Revision war notwendig, um das ab September 2014 rechtsverbindliche Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) umzusetzen. Über die Implementierung des ESVG 2010 hinaus wurden aber auch die für Deutschland bisher veröffentlichten Ergebnisse ab 1991 und ihre Berechnungen überprüft und, soweit erforderlich, überarbeitet.

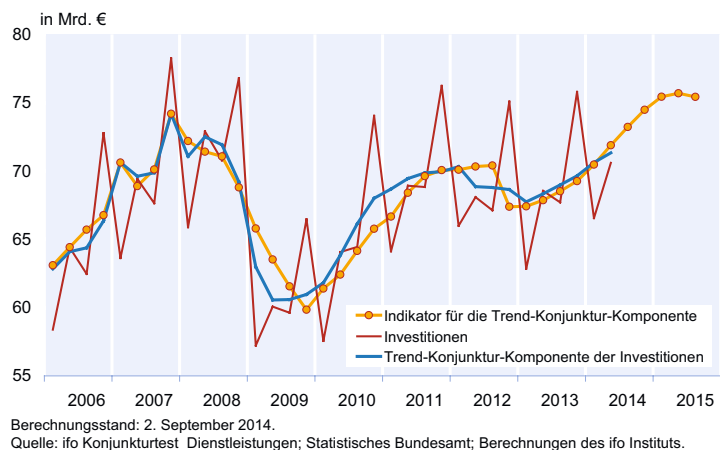
vestitionsindikator², den das ifo Institut und der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen gemeinsam ermitteln, musste aufgrund der jüngsten Konzeptänderung und Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) durch das ESVG 2010 vollständig neu berechnet werden. Denn die Behandlung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen ist hier die quantitativ mit Abstand größte Konzeptänderung und für etwa 70% des Gesamteffekts für die Niveauerhöhung des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich. Für das Jahr 2010 sind 2,3 Prozentpunkte der Niveauerhöhung des BIP (von insgesamt 3,3%) auf die Neuverbuchung von FuE-Ausgaben zurückzuführen. Hinzu kommen 0,1 Prozentpunkte durch die Buchung militärischer Waffensysteme als Investitionen und 0,2 Prozentpunkte durch die geänderte Abgrenzung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, also dauerhaften Gütern von geringem Wert oder Kleingeräten. Insgesamt tragen die konzeptbedingten Änderungen mit 2,7 Prozentpunkten zur Erhöhung des BIP-Niveaus bei.

Auf der Verwendungsseite führte die geänderte Buchung der FuE-Ausgaben zu einer deutlichen Erhöhung der nominalen Bruttoanlageinvestitionen um rund 62 Mrd. Euro bzw. 14,3% im Jahr 2010. Investitionen in FuE sind nun unter dem Begriff »Geistiges Eigentum« subsumiert; so werden im ESVG 2010 jene Investitionsarten bezeichnet, die zuvor die (produzierten) immateriellen Anlagegüter umfassten. Im Sprachgebrauch der VGR gehört FuE somit zu den Investitionen in »Sonstige Anlagen«, die daneben noch Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen enthalten. Vor der Revision lagen die Investitionen in sonstige Anlagen für das Jahr 2010 bei 27,4 Mrd. Euro oder lediglich 6,3% der Bruttoanlageinvestitionen. Durch die zusätzlichen FuE-Investitionen haben sie sich verdreifacht; sie betragen nun 86,5 Mrd. Euro, was einem Anteil von 17,4% an den Bruttoanlageinvestitionen entspricht (vgl. Statistisches Bundesamt 2014b).

Indikator signalisiert Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die revidierten Investitionszahlen haben zu spürbaren Änderungen beim Verlauf und beim Niveau des ifo Investitionsindikators geführt. Die Investitionen in Sonstige Anlagen zeigen ein wesentlich weniger volatiles Entwicklungsmuster als die Ausrüstungsinvestitionen. Da erstere nun verdreifacht wurden, führt deren höheres Gewicht im Gesamttaggregat zu einem glatteren Verlauf des Indikators. Dieser signalisiert für

Abb. 1
Investitionsindikator



das Jahr 2014 einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen einschließlich der Sonstigen Anlagen von 4,4%, nach einem Minus von 0,5% im Vorjahr (vgl. Abb. 1). Dies ist ein wesentlich schwächeres Plus als das anlässlich der veröffentlichten Daten für das erste Quartal errechnete (vgl. Strobel und Städtler 2014). Die Abwärtsrevision geht einerseits auf das Konto der jüngsten Konzeptänderung durch das ESVG 2010 zurück, ist aber auch die Folge des eingetrübten Investitionsklimas in der deutschen Wirtschaft. Mit dem vom Indikator signalisierten Anstieg würde zum Jahresende gleichwohl das Vorkrisenniveau in etwa erreicht, und die Investitionsquote bei den Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland würde nach den Rückgängen 2012 und 2013 wieder etwas zunehmen, wenn auch noch auf niedrigem Niveau. Die Bedeutung einer möglichen Investitionsschwäche auf das langfristige Wirtschaftswachstum in Deutschland, wie sie aktuell in den Medien wieder verstärkt diskutiert wird, bedarf vor diesem Hintergrund sowie aufgrund des anhaltenden Strukturwandels, der demographischen Entwicklung und einer nach wie vor starken Orientierung deutscher Unternehmen an ausländischen Absatzmärkten einer kritischen Betrachtung.

Angesichts der geopolitischen Risiken sind die bisherigen Prognosen zum Aufschwung der deutschen Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf von 2014 wohl nicht mehr zu halten. Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird die Abwärtsrevision wohl nur wenige Zehntel Punkte betragen, im Fall der Ausrüstungsinvestitionen, die bei negativen Vertrauenseffekten besonders sensibel reagieren, wird es aber nach aktueller Datenlage voraussichtlich zu kräftigeren Korrekturen kommen.

Nach dem Planungsstand vom Frühjahr wollte das Verarbeitende Gewerbe seine Investitionen in diesem Jahr merklich erhöhen. Seine Investitionen sollten 2014 nominal 9% (real: gut 8%) über dem Vorjahresniveau liegen. Vor dem Hintergrund der Eskalation in den aktuellen Krisenregionen und der damit einhergehenden Verunsicherungen dürften die zum Teil recht ehrgeizigen Investitionsvorhaben der In-

² Detaillierte Informationen zur Methode finden sich bei Gürtler und Städtler (2007).

dustriefirmen für 2014 kaum im geplanten Umfang realisiert werden (vgl. Weichselberger 2014).

Auch die Ergebnisse des ifo Investitionstests im Handel, vom Frühjahr 2014, zeigen, dass die Unternehmen damals gegenüber dem Vorjahr höhere Investitionen erwarteten (vgl. Sauer 2014a; 2014b).

Trotz der anhaltenden Krisenmeldungen und der Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum, verbessert sich die Leasingkonjunktur seit Oktober 2013 zusehends, wie die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor belegen. Während die Geschäftslageurteile bis November nur geringfügige Veränderungen aufwiesen, zeigten die Geschäftserwartungen schon seit Monaten eine klare Aufwärtstendenz.

Seit April 2014 liegen die Geschäftslageurteile der Leasingunternehmen deutlich über 30% und erreichten im August mit per saldo + 39% ein Niveau wie zuletzt vor sieben Jahren. Die Erwartungen zeigten zwar schon einige Monate früher eine klare Aufwärtstendenz, gaben aber ab April etwas nach. Im August hat sich nun der Ausblick auf die kommenden Monate mit einem Rückgang von per saldo + 23% auf + 17% etwas eingetrübt, damit liegt der Wert allerdings noch immer auf einem relativ hohen Niveau (vgl. Abb. 2).

Die zunächst optimistischen Einschätzungen für die Investitionskonjunktur in Deutschland für das laufende Jahr müssen wohl etwas zurückgenommen werden, denn die den Frühjahrsprognosen zugrunde liegende Erwartung, wonach sich die zyklische Grundtendenz im zweiten Halbjahr 2014 weiter festigen werde, wird durch die aktuelle Indikatorenlage infrage gestellt.

Die Deutsche Bundesbank stellte dazu fest, dass die Stimmungseintrübung gleichwohl von einem hohen Niveau aus erfolgte, was im Verbund mit der nach wie vor grundsätzlich aufwärtsgerichteten Binnennachfrage gegen eine konjunkturelle Richtungsänderung spricht (vgl. Deutsche Bundesbank 2014a).

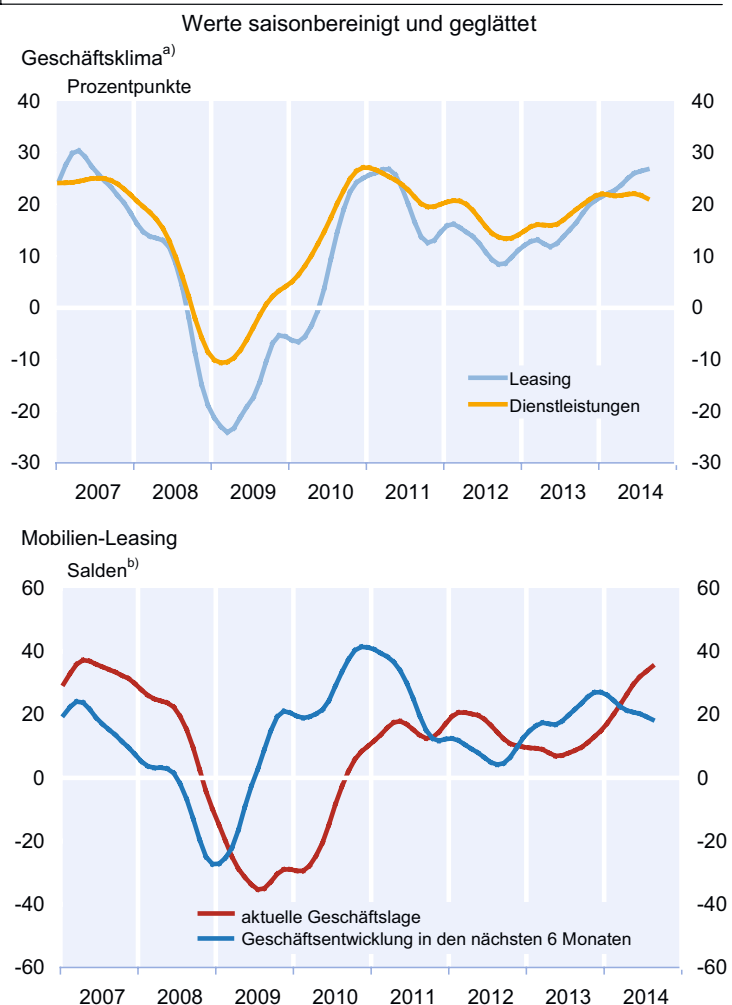
Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes meldeten im Juli einen Nutzungsgrad der Sachanlagen von 84% der betrieblichen Vollauslastung. Damit liegt die Kapazitätsauslastung seit Jahresanfang unverändert in Höhe des längerfristigen Mittels, das als Normalauslastung interpretiert werden kann. Der

private Verbrauch ist neben dem Wohnungsbau der zentrale Pfeiler, auf dem die Konjunktur trotz zunehmender Störungen aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld derzeit ruht.

Die Finanzierungsfrage sollte zunehmenden Investitionen im laufenden Jahr nicht im Wege stehen. Viele Unternehmen sind recht liquide, im Mittelstand hat die Eigenkapitalquote sogar eine rekordverdächtige Höhe erreicht (vgl. o.V. 2013). Die Bundesbank konstatierte kürzlich, dass die Unternehmen ihre Gewinne verstärkt zur Rückführung ihrer Außenstände genutzt haben und die Bedeutung von Bankkrediten als Finanzierungsquelle seit Jahren trendmäßig abnimmt (vgl. Deutsche Bundesbank 2014b).

Deutsche Unternehmen erhalten weiter sehr leicht Bankkredite. Die Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft ist im

Abb. 2
Unternehmensnahe Dienstleister und Leasing



^{a)} Durchschnitt der Salden aus den Prozentsätzen der positiven und der negativen Meldungen zu den Größen "Geschäftslage" und "Geschäftserwartungen".

^{b)} Differenz aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest Dienstleistungen, Berechnungsstand: 29. August 2014.

August auf 17,9% gefallen, nach 18,2% im Vormonat. Sie liegt nun seit 16 Monaten unter der 20%-Marke. Die Finanzierungsbedingungen für die deutsche Wirtschaft bleiben also weiterhin ausgezeichnet (vgl. Sinn 2014a).

Daneben war die Produktion im produzierenden Gewerbe im Juli um 1,9% höher als im Vormonat, und auch der preisbereinigte Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe war nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Juli 2014 saison- und arbeitstäglich bereinigt 4,6% höher als im Juni 2014 (vgl. Statistisches Bundesamt 2014c).

Wie andere, jüngst publizierte Indikatoren zeigen, verlieren aber die deutschen Unternehmen angesichts der vielen Krisen und Konflikte, der schwächelnden Wirtschaft in der Eurozone sowie der Tatsache, dass die Lage im Euroraum immer noch fragil und ein erneutes Aufblühen der Krise weiterhin nicht auszuschließen ist, offenbar zunehmend ihre Zuversicht. Zuletzt war das Barometer für die ZEW-Konjunkturerwartungen überraschend deutlich um 18,5 auf 8,6 Punkte gesunken – und damit so kräftig wie seit rund zwei Jahren nicht mehr. Das ist der tiefste Stand seit Dezember 2012 (vgl. ZEW 2014).

Schließlich gab auch noch der ifo Index Ende August bereits zum vierten Mal in Folge nach und sank auf den tiefsten Stand seit Juli vergangenen Jahres. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im August auf 106,3 Punkte gesunken, von 108,0 im Vormonat. Die Unternehmen waren erneut weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Auch mit Blick auf den weiteren Geschäftsverlauf sind sie skeptischer als im Vormonat. Die deutsche Wirtschaft verliert weiter an Kraft (vgl. Sinn 2014b).

Auch der ifo Index für die Wirtschaft im Euroraum ist im dritten Quartal von 123,0 auf 118,9 Punkte gesunken. Während die Beurteilung zur aktuellen Lage unverändert auf niedrigem Niveau verharrte, haben nun aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate deutlich nachgegeben. Die befragten Experten befürchteten steigende Energiepreise und Einschränkungen beim Export durch den Ukraine-Konflikt (vgl. Sinn 2014c).

Zuletzt haben die täglichen Hiobsbotschaften aus den internationalen Krisenherden auch noch die Stimmung der Verbraucher massiv eingetrübt. Der Index für das Konsumklima im September verschlechterte sich um 0,3 auf 8,6 Zähler. Das ist der niedrigste Stand seit Juni und zugleich der kräftigste Rückgang seit Mai 2011.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die verschiedenen Indikatoren im Hinblick auf die Investitionsentwicklung noch kein eindeutiges Bild ergeben, weil einige der positiven Signale noch den Stand vom Frühjahr wiedergeben. Insgesamt ist aus heutiger Sicht für 2014 mit steigenden Ausga-

ben für Ausrüstungsgüter zu rechnen, unklar bleibt aber, wie ausgeprägt und andauernd sich der Attentismus der Unternehmen erweisen wird und wie häufig Projekte aufgeschoben werden.

Literatur

BDL (2014), »Trendmeldung 2. Quartal 2014«, Ergebnisse, August.

Deutsche Bundesbank (2014a), »Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014«, *Monatsbericht* August, 5 ff.

Deutsche Bundesbank (2014b), »Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014«, *Monatsbericht* Mai, 7.

Kraftfahrt-Bundesamt (2014), »Fahrzeugzulassungen im August 2014«, Pressemitteilung Nr. 23.

o.V. (2013), »Kapitaldecke gut wie nie«, *Süddeutsche Zeitung*, 7. Februar, 19.

o.V. (2014), »Der Automarkt leidet im August«, *Süddeutsche Zeitung*, 3. September, 17.

Sauer, S. (2014a), »ifo Investitionstest Einzelhandel und Kfz-Handel: Ausrüstungsinvestitionen sollen forciert werden«, *ifo Schnelldienst* 67(13), 59–62.

Sauer, S. (2014b), »ifo Investitionstest Großhandel: Umsätze und Investitionen steigen«, *ifo Schnelldienst* 67(14), 44–46.

Sinn, H.-W. (2014a), »Finanzierungsbedingungen in Deutschland weiterhin hervorragend – Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im August 2014«, online verfügbar unter: www.cesifo-group.de, 29. August.

Sinn, H.-W. (2014b), »ifo Geschäftsklimaindex erneut gesunken – Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im August 2014«, online verfügbar unter: www.cesifo-group.de, 25. August.

Sinn, H.-W. (2014c), »ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum eingetrübt«, online verfügbar unter: www.cesifo-group.de, 6. August.

Statistisches Bundesamt (2014a), »Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2014«, Pressemitteilung Nr. 306, 1. September.

Statistisches Bundesamt (2014b), »VGR-Generalrevision 2014: Ergebnisse und Hintergründe« Hintergrundpapier zur Pressemitteilung, 1. September.

Statistisches Bundesamt (2014c), »Produktion im Juli 2014« und »Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe, Juli 2014«, Pressemitteilungen Nr. 311 und 314, 4. und 5. September.

Strobel, T. und A. Städtler (2014), »Investitionen und Leasing mit kräftigem Wachstum«, *ifo Schnelldienst* 67(12), 26–28.

Weichselberger, A. (2014), »Deutsche Industrie: Für 2014 deutlicher Investitionsanstieg geplant«, *ifo Schnelldienst* 67(16), 26–31.

ZEW (2014), »ZEW-Konjunkturerwartungen – Konjunkturerwartungen fallen deutlich«, online verfügbar unter: www.zew.de, Pressemitteilung vom 12. August.

ifo Managerbefragung: Risiken und Pläne der Unternehmen für das zweite Halbjahr 2014

44

Johanna Plenk und Klaus Wohlrabe

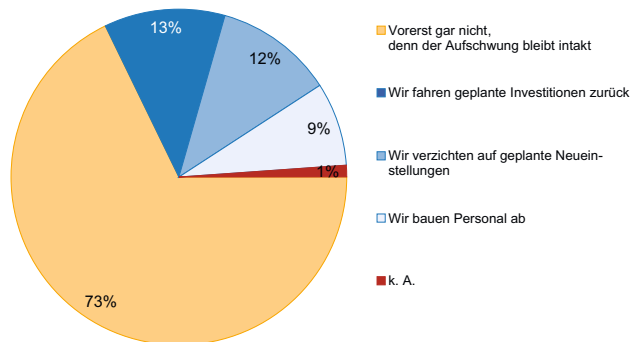
Die deutsche Konjunktur befindet sich im Moment in schwierigen Gewässern. Das Bruttoinlandsprodukt ist, für viele überraschend, im zweiten Quartal 2014 gesunken. Die Erklärungen sind vielfältig. Zum einen gibt es einen Wettereffekt, d.h., der besonders milde Winter führte zu Vorzieheffekten, und somit zu einem Rückpralleffekt im zweiten Quartal. Des Weiteren spielen auch die geopolitischen Ereignisse, vor allem in der Ukraine und im Nahen Osten, eine wichtige Rolle. Insbesondere der Ukraine-Konflikt scheint zu einer erhöhten Unsicherheit in der Volkswirtschaft zu führen. Als Folge werden z.B. Investitionen zurückgestellt, da die politische Dynamik in diesem Konflikt nicht vorhersehbar ist. Die Konjunktur im Euroraum verzeichnet im Moment kaum noch Wachstumsimpulse. Die beiden wirtschaftlichen Schwergewichte, Frankreich und Italien, treten auf der Stelle und fallen als Impulsgeber für deutsche Exporte zunächst einmal aus. Ein weiteres Anzeichen für dunkle Wolken am Konjunkturhimmel sind die Umfragen des ifo Instituts. Der ifo Geschäftsklimaindex ist von Mai bis August viermal in Folge gesunken. Er befindet sich zwar weiterhin über dem langfristigen Durchschnitt, d.h., das Niveau ist immer noch sehr gut. Aber eine Delle in der Konjunktur ist kaum mehr zu verleugnen. Wie reagieren die Unternehmen auf dieses Umfeld? Das ifo Institut hat mehr als 450 Unternehmen nach ihrer aktuellen Bewertung und ihren Plänen für die nahe Zukunft befragt. Die Umfrage wurde im Auftrag der WirtschaftsWoche im Juli 2014 durchgeführt. Der vorliegende Artikel stellt einige ausgewählte Ergebnisse vor.¹

BIP-Rückgang im zweiten Quartal lässt die Manager unberührt

Zum Zeitpunkt der ifo Managerbefragung stand zwar der aktuellste Wert des Brut-

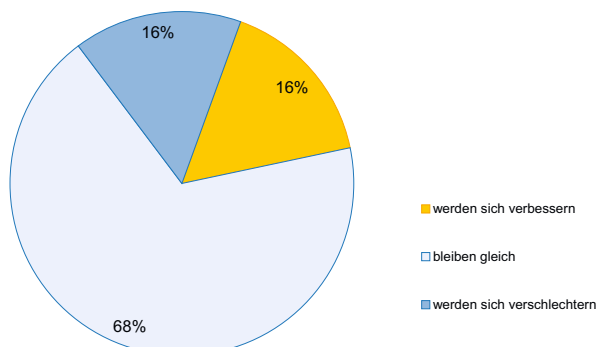
toinlandsprodukts noch nicht fest, nach Expertenschätzungen war eine sinkende wirtschaftliche Dynamik jedoch bereits abzusehen. Nur ein Viertel der befragten Manager hatte Pläne, zeitnah auf den Rückgang zu reagieren (vgl. Abb. 1). Während 13% bzw. 12% geplante Investitionen bzw. Neueinstellungen zurückstellen, wollen rund 9% der befragten Manager Personal abbauen. Die Mehrheit (73%) hält jedoch an ihren jeweiligen Geschäftsplänen fest, zudem auch ein Großteil für die zweite Jahreshälfte (68%) mit unveränderten Geschäftsaussichten gegenüber dem ersten Halbjahr rechnet (vgl. Abb. 2). Der Anteil der Manager, die eine Verschlechterung erwarten, hält sich mit den positiv Gestimmten mit 16% exakt die Waage. Ein Blick auf die verschiedenen Branchen verrät jedoch, dass mehr Manager im Bauhauptgewerbe und Handel von einer Verschlechterung ausgehen als Manager im Dienstleistungssektor.

Abb. 1
Wie reagieren Sie auf die nachlassende Dynamik im zweiten Quartal?



Quelle: ifo Managerbefragung 2014.

Abb. 2
Die Aussichten für das zweite Halbjahr 2014



Quelle: ifo Managerbefragung 2014.

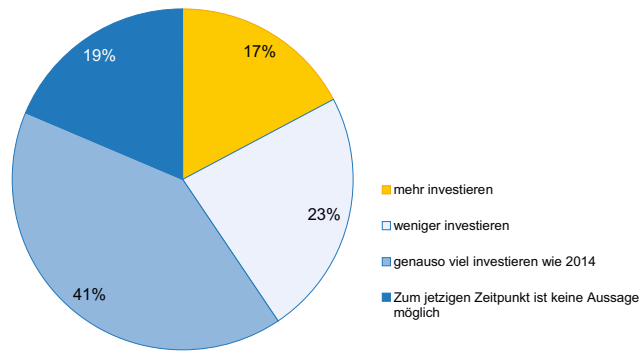
Ausgewogene Investitionspläne

Um die 40% der befragten Manager berichten, dass sie 2015 ungefähr genauso

¹ Detaillierte Ergebnisse, u.a. aufgeschlüsselt nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen, finden sich auf der Website des ifo Instituts unter www.cesifo-group.de/managerbefragung. Die WirtschaftsWoche berichtete in der Ausgabe Nr. 34, 2014, über die Umfrage.

viel investieren wollen wie 2014 (vgl. Abb. 3). 23% wollen weniger Investitionen tätigen, und nur 17% der befragten Unternehmen gaben an, mehr als im Jahr 2014 investieren zu wollen. Allerdings konnte rund ein Fünftel der befragten Manager über die Höhe der Investitionen 2015 zum damaligen Zeitpunkt noch keine Aussage treffen. Ein Grund könnte die bereits angesprochene Unsicherheit bzgl. der Entwicklung der geopolitischen Krisen sein. Auch hier zeigt sich eine etwas positivere Stimmung im Dienstleistungsgewerbe, das 2015 mehr für Investitionen ausgeben möchte als in diesem Jahr. In der Industrie, im Bau und im Handel wird per saldo geplant, weniger als 2014 zu investieren.

Abb. 3
Investitionspläne: Im Vergleich zu 2014 werden 2015

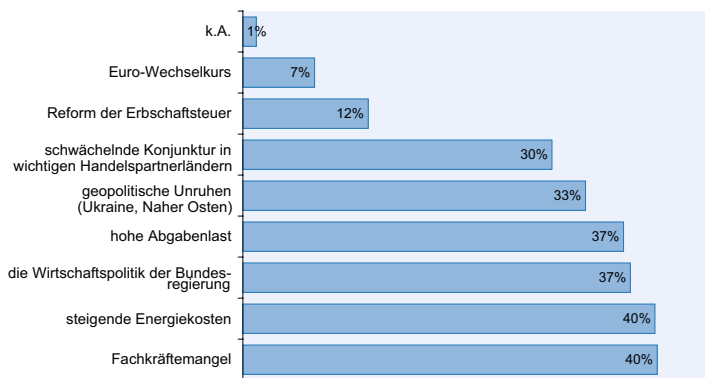


Quelle: ifo Managerbefragung 2014.

Vielfältige potenzielle Risiken

Für rund 40% der befragten Manager stellen der Fachkräftemangel und steigende Energiekosten die derzeit größten Risiken für ihr Geschäft dar (vgl. Abb. 4). Während der Euro-Wechselkurs und die Reform der Erbschaftsteuer als relativ geringer negativer Einfluss auf die Geschäfte wahrgenommen werden, sind ein Drittel der Befragten (insbesondere aus der Industrie) über die schwächelnde Konjunktur bei den wichtigen Handelspartnern und über die geopolitischen Unruhen beunruhigt. Die hohe Abgabenlast und die Wirtschaftspolitik der Regierung bereiten 37% der befragten Manager, vor allem aus dem Bau-sektor, Sorgen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Unternehmen im Moment eher strukturelle und langfristige Risiken sehen. Die gegenwärtigen Risiken (geopolitische Unruhen) und die schwächelnde Konjunktur wichtiger Handelspartner folgen erst auf Platz 5 und 6.

Abb. 4
Welche Risiken sehen Sie für Ihr Geschäft?



Quelle: ifo Managerbefragung 2014.

Standortqualität Deutschlands: Gesundheitsversorgung top, Steuersystem flop

Bei der Beurteilung der Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland in verschiedenen Bereichen schnitt die Gesundheitsversorgung mit Note 2,2 bei den befragten Mana-

gern am besten ab (vgl. Tab. 1). Auch Weltoffenheit und das Niveau von Forschung und Entwicklung bewerteten die Manager mit der Note »gut«. Das Bildungssystem, die Verkehrswege und die Effizienz der Verwaltung erhielten eine befriedigende Bewertung. Arbeitsmarktgesetze und das Steuersystem wurden mit 3,6 bzw. 4,0 am schlechtesten benotet. Auf Branchenebene zeigen sich hier kaum Unterschiede. Lediglich bezüglich der Verkehrswege fällt die Notengebung der Manager im Bauhauptgewerbe und bei den Dienstleistungen im Durchschnitt negativer aus als bei den Managern aus Industrie und Handel.

Tab. 1
Bewertung des Standorts Deutschland

| Gesundheitsversorgung | Weltoffenheit | Niveau von Forschung und Entwicklung | Bildungssystem | Verkehrswege | Effizienz der Verwaltung | Arbeitsmarktgesetze | Steuersystem |
|-----------------------|---------------|--------------------------------------|----------------|--------------|--------------------------|---------------------|--------------|
| 2,2 | 2,4 | 2,5 | 2,8 | 2,9 | 3,3 | 3,6 | 4,0 |

Schulnoten von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend.

Quelle: ifo Managerbefragung 2014.

Der Konflikt in der Ukraine und die Ergebnisse der ifo Unternehmensbefragungen

46

Christian Grimme, Christian Seiler und Klaus Wohlrabe

Im Mai und Juni dieses Jahres hat das ifo Institut die Teilnehmer des Konjunkturtests im Verarbeitenden Gewerbe gebeten, zu möglichen Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine auf ihr Unternehmen Stellung zu nehmen. Die Unternehmen wurden gefragt, ob sie wirtschaftliche Beziehungen zu Russland unterhalten und falls ja, in welcher Form. In Seiler und Wohlrabe (2014) wurde der Verlauf der Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe bis Juni 2014 nachgezeichnet. Der vorliegende Artikel setzt diese Untersuchung bis einschließlich der August-Umfrage fort. Darüber hinaus werden einige Industriebranchen sowie weitere Variablen dahingehend untersucht, ob sich die Ergebnisse der Unternehmen mit und der Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu Russland unterscheiden.

Chronologie der Ereignisse

Die jüngsten Kampfhandlungen im Osten der Ukraine haben ihren Ursprung in den Protesten in Kiew, bei denen über 500 000 Personen beteiligt waren (»Euro- Maidan«). Diese begannen Ende November 2013 mit der überraschenden Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union und den russischen Handelssanktionen gegen die Ukraine. Nach der Absetzung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch Ende Februar 2014 begannen die Vorbereitungen für das Referendum auf der russisch geprägten Krim. Dieses wurde am 16. März durchgeführt, und bereits zwei Tage später wurde die Krim durch Russland formal annektiert. Unter dem Eindruck des Referendums übernahmen Separatisten die Kontrolle von Teilen der an Russland angrenzenden Oblaste Donezk und Lugansk. Bereits Mitte April begann der Einsatz der ukrainischen Streitkräfte in diesen Regionen, der von einem einwöchigen Waffenstillstand Ende Juli unterbrochen wurde. Nach dem Ende der Waffenruhe haben sich die Kampfhandlungen ausgeweitet und intensiviert, auch in Folge des Abschusses des Flugzeugs MH017. Seit dem 5. September haben sich die Konfliktparteien wieder auf einen Waffenstillstand geeinigt. Die aktuelle Entwicklung deutet darauf hin, dass die Ukraine ihre Beziehungen zur Europäischen Union verstärken möchte, den russisch geprägten Regionen jedoch weitgehende Autonomierechte einräumen will (Stand: 17. September). Im Rahmen dieser Untersuchung sind insbesondere die Monate März (Referendum auf der Krim) sowie Juli und August (verstärkte Kampfhandlungen in der Ostukraine) von Interesse.

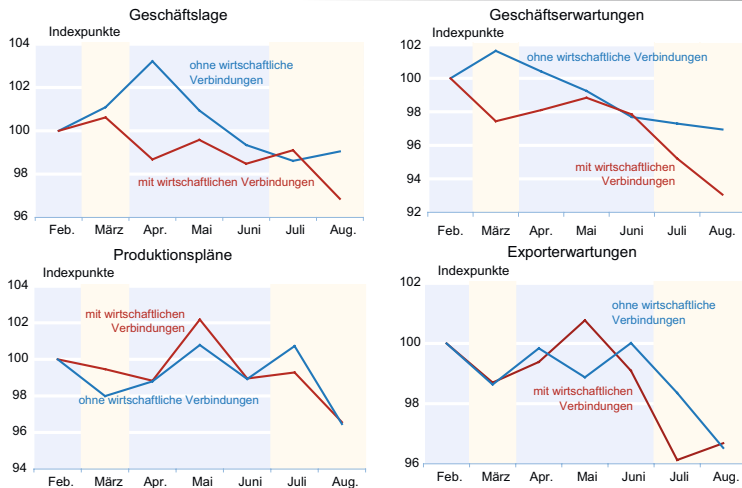
Sonderfrage im ifo Konjunkturtest

Das ifo Institut befragte in seiner Mai-Umfrage zunächst nur die Online-Teilnehmer im Verarbeitenden Gewerbe, ob sie wirtschaftliche Beziehungen zu Russland unterhalten und ob sie Beeinträchtigungen durch den Konflikt hatten bzw. diese erwarten. Die Fragen wurden dann im Juni auch den Teilnehmern der schriftlichen Befragung gestellt. Insgesamt nahmen rund 2 500 Industriefirmen zu diesem Fragenkomplex Stellung. Knapp die Hälfte der antwortenden Firmen aus dem Konjunkturtest Verarbeitendes Gewerbe besitzen wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Je größer das Unternehmen ist – gemessen an der Anzahl der Mitarbeiter –, desto stärker ist dieses in der Regel mit Russland verflochten. Die wirtschaftlichen Beziehungen konzentrieren sich dabei überwiegend auf Exporte nach Russland. Für weitere Details und eine Aufteilung nach Industriezweigen wird an dieser Stelle auf Seiler und Wohlrabe (2014) verwiesen. Im Rahmen des ifo World Economic Survey wurden auch die potenziellen Auswirkungen der Krise auf verschiedene Länder abgefragt. Siehe Kleemann (2014) für weitere Details.

Auswirkungen in den ifo Umfragen

Aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine stellt sich die Frage, inwieweit die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests seit Ausbruch der Krise beeinflusst wurden. Um dies näher zu analysieren, wurden die Erhebungsdaten in zwei Gruppen unterteilt: Unternehmen mit und ohne wirtschaftliche Beziehungen zu Russland.

Abb. 1
Entwicklung ausgewählter Variablen für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit und ohne wirtschaftliche Verbindungen zu Russland (Feb – Aug. 2014).



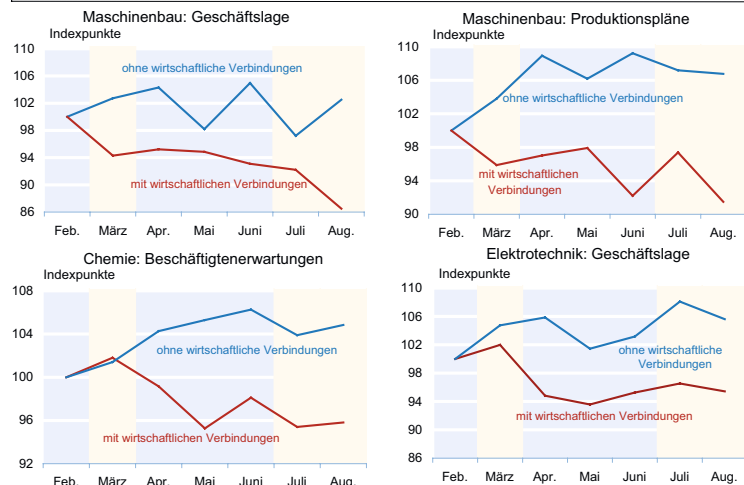
Quelle: ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

Für beide Gruppen wurden ab Februar 2014 die Indikatoren zur Geschäftslage, zu den -erwartungen sowie weitere Variablen aus dem Fragenkatalog nachgerechnet. Damit lässt sich untersuchen, wie stark die Variablen durch die Krise beeinflusst wurden. Dabei wird unterstellt, dass die wirtschaftlichen Beziehungen seit Februar 2014 bestehen.¹

Abbildung 1 zeigt für beide Teilgruppen neben den Indikatoren Geschäftslage und -erwartungen auch die Produktionspläne und die Exporterwartungen. Die Reihen sind jeweils auf den Februar 2014 indexiert. Die kritischen Phasen in dem Konflikt sind hell hinterlegt. Es ist deutlich zu erkennen, dass sich insbesondere im März – kurz nach Ausbruch der Krimkrise – die Erwartungen der Unternehmen mit Beziehungen zu Russland deutlich verschlechterten, während die Geschäftserwartungen der Firmen ohne Beziehungen zu Russland sogar noch leicht anstiegen. Im August zeigt sich ein ähnliches Bild. Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland waren erneut deutlich pessimistischer. Bei der Einschätzung der Geschäftslage waren im März noch keine konkreten Auswirkungen der Krise zu spüren. Danach entwickelte sich die Geschäftslage der Firmen, die Geschäftsbeziehungen zu Russland pflegen, weniger gut als für die Firmen der anderen Gruppe. Bei den Produktionsplänen und den Exporterwartungen zeigen sich hingegen keine auffälligen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Abbildung 2 zeigt ausgewählte Ergebnisse aus verschiedenen Industriesektoren. Im

Abb. 2
Entwicklung ausgewählter Variablen für Unternehmen einiger Branchen mit und ohne wirtschaftliche Verbindungen zu Russland (Feb.– Aug. 2014)



Quelle: ifo Konjunkturtest; Berechnungen des ifo Instituts.

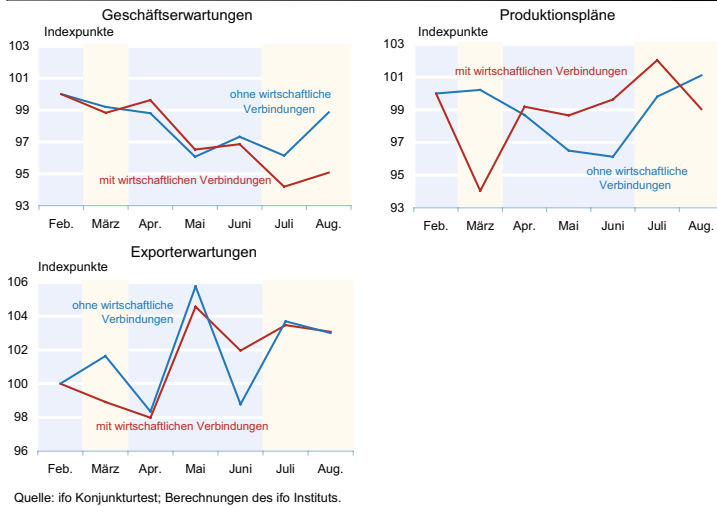
Maschinenbau (in diesem Sektor sind 76% der Unternehmen mit Russland verbunden) unterscheiden sich – im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt – die Produktionspläne deutlich. Während Firmen ohne Verbindungen zu Russland eher Produktionsanhebungen planten, waren die Produktionspläne für die andere Unternehmensgruppe eher weniger optimistisch. Dieses scheint sich auch auf die Geschäftserwartungen durchgeschlagen zu haben. In der Elektroindustrie (49% mit Verbindungen zu Russland) entwickelt sich die Beurteilung der Geschäftslage ähnlich. In der chemischen Industrie (58%) zeigen sich bei den Personalplänen deutliche Unterschiede.

Sind die Ergebnisse durch eine gestiegene Unsicherheit zu erklären?

In der jüngeren Literatur gibt es verschiedene Ansätze, ökonomische Unsicherheit zu messen. Diese kann in den ifo Umfragen u.a. durch gewisse Muster im Antwortverhalten identifiziert werden. So kann z.B. berechnet werden, inwieweit die Antworten in den Einzelkategorien über alle Teilnehmer streuen. Wir folgen hierbei den Ansätzen in Bachmann, Elstner und Sims (2013) und Bachmann et al. (2013) und berechnen die Dispersion der Plus- und Negativkategorie jeweils für drei verschiedene Erwartungsfragen. In Abbildung 3 ist dieses Maß für die Geschäftserwartungen, die Produktionspläne und die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe für die zwei Unternehmensgruppen dargestellt. Für alle drei Variablen zeigt sich, dass die Kurven sehr ähnlich verlaufen und kein systematischer Unterschied

¹ Die Saisonfigur wird für beide Teilgruppen von der Gesamtgruppe übernommen.

Abb. 3
Unsicherheitsmaße für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit und ohne wirtschaftliche Verbindungen zu Russland (Feb.– Aug. 2014)



existiert. Dies deutet darauf hin, dass die zuvor vorgestellten Ergebnisse in den einzelnen Branchen nicht auf eine gestiegene Unsicherheit zurückzuführen sind.

Literatur

Bachmann, R., S. Elstner und E. Sims (2013), »Uncertainty and economic activity: Evidence from business survey data«, *American Economic Journal: Macroeconomics* 5, 217–249.

Bachmann, R., B. Born, S. Elstner und C. Grimme (2013), »Time-Varying Business Volatility, Price Setting, and the Real Effects of Monetary Policy«, CEPR Discussion Paper Nr. 9702.

Kleemann, M. (2014), »Die globalen Auswirkungen der Ukraine-Krise: Ergebnisse des jüngsten Ifo World Economic Survey«, *ifo Schnelldienst* 67(16), 50–52.

Seiler, C. und K. Wohlrabe (2014): »Der Einfluss des russisch-ukrainischen Konflikts auf die deutsche Industrie – Ergebnisse einer Sonderumfrage im ifo Konjunkturtest«, *ifo Schnelldienst* 67(14), 54–56.

Nach den Umfrageergebnissen des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des dritten Quartals 2014 ein wenig eingetrübt. Es ist jedoch weiterhin sehr freundlich.

Die befragten Architekten schätzten ihre aktuelle Geschäftslage nochmals etwas besser ein als in den vorangegangenen Quartalen (vgl. Abb. 1). Lediglich zu Beginn der 1990er Jahre gab es einige Quartale, in denen die Lageurteile per saldo noch positiver waren. Im Durchschnitt der Bundesländer bezeichnete zwar nach wie vor jeder siebte freischaffende Architekt seine derzeitige Auftragsituation als »schlecht«, der Anteil der »gut«-Urteile erreichte mit 47% jedoch fast die 50%-Marke.

Bezüglich ihrer Geschäftsaussichten sind die befragten Architekten jedoch skeptischer geworden. Der Anteil der Architekten, die eine eher negative Entwicklung im Verlauf der nächsten sechs Monate erwarteten, stieg zwar »nur« von 12 auf 13%, aber lediglich noch jeder siebte Testteilnehmer (Vorquartal: 16%) ging von einer »eher besseren« Auftragsituation in einem halben Jahr aus.

Im Berichtsquartal konnten – wie bereits im Vorquartal – 57% der befragten Architekten neue Verträge abschließen (vgl. Abb. 2). Der Aufwärtstrend, der seit gut zehn Jahren zu beobachten ist, hat sich damit zwar nicht weiter fortgesetzt. Das hohe Niveau von rund 55% kann aber bereits seit gut drei Jahren gehalten werden.

Im zweiten Quartal 2014 gelang es den befragten Architekten, das geschätzte Bauvolumen aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) im Wohnungsbau gegenüber dem Vorquartal noch etwas zu steigern. Das gesamte Auftragsvolumen kam dadurch bis auf 10% an den herausragenden Spitzenwert vom vierten Quartal 2012 heran. Die Planungsaufträge für Nichtwohnbauten übertrafen zwar das Vorquartalsergebnis, die Volumina blieben allerdings sowohl bei gewerblichen als auch öffentlichen Hochbauten weiter auf einem eher mittleren Niveau.

Die Auftragsvergaben zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern verliefen auch im

Abb. 1
Beurteilung der aktuellen Auftragsituation durch die freischaffenden Architekten

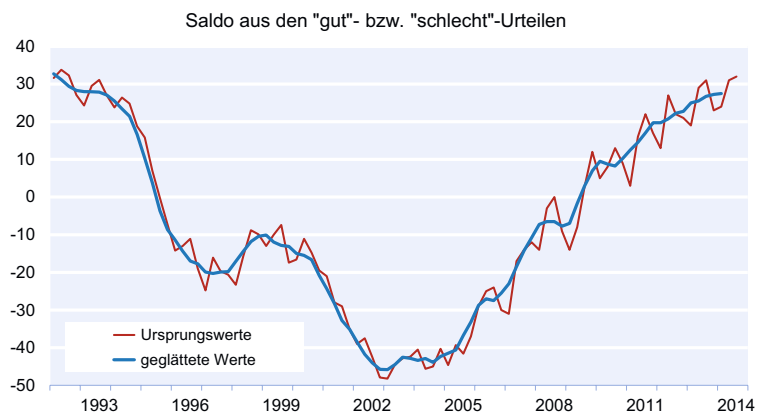


Abb. 2
Vertragsabschlüsse der freischaffenden Architekten

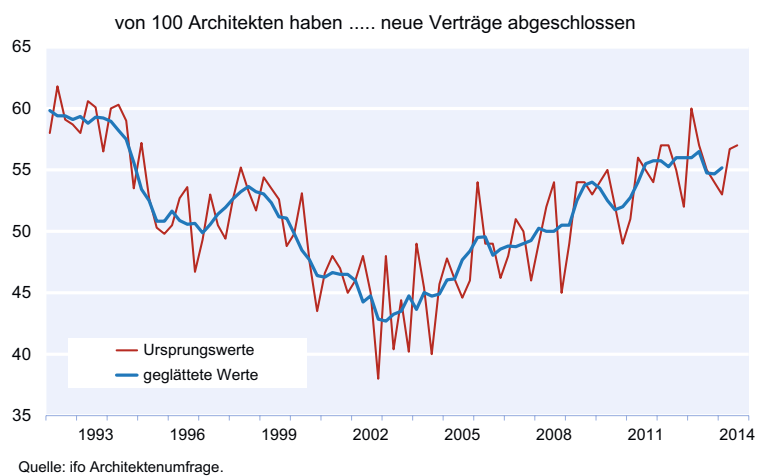
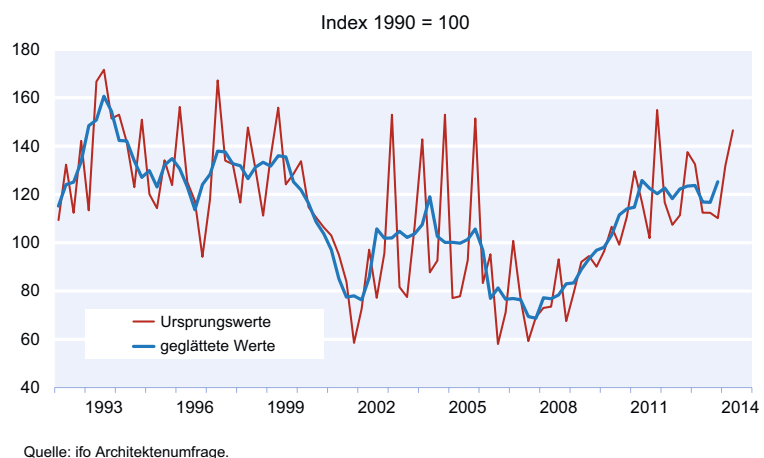


Abb. 3
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten für Ein- und Zweifamiliengebäude (EUR)



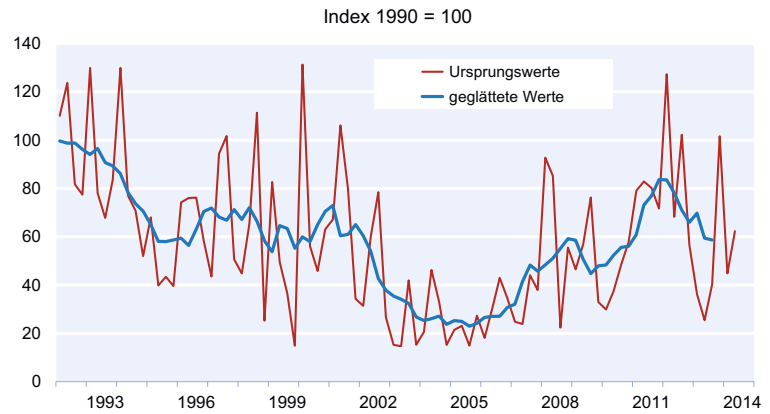
Berichtsquartal sehr positiv. Das Ordervolumen stieg um reichlich 10% – nachdem bereits im ersten Quartal 2014 eine Erhöhung um 20% zu verzeichnen war (vgl. Abb. 3). Lediglich in Bayern war ein leichter Rückgang zu beobachten; allerdings war hier im Vorquartal auch der größte Anstieg erfolgt.

Die Aufträge zur Planung von **Mehrfamiliengebäuden** waren im zweiten Quartal 2014 unbedeutend umfangreicher als im vorangegangenen Quartal. Dies ist umso beachtlicher, als die Auftragseingänge in diesem Teilssegment damals förmlich »explodierten« (+56%) und im Allgemeinen anschließend eine Normalisierung, d.h. ein Rückgang, einsetzt.

Im **Wirtschaftsbau** verzeichneten die Architekten auch im Berichtsquartal einen Rückgang des Ordervolumens, das dadurch nur rund zwei Drittel des Spitzenwertes vom vierten Quartal 2013 und sogar nur noch knapp die Hälfte vom ersten Quartal 2012 erreichte. Das durchschnittliche Volumen der Auftragseingänge bewegt sich somit seit 1½ Jahren seitwärts.

Trotz einer Verbesserung gegenüber dem Vorquartal zeigt sich die Situation bei den Auftragseingängen für Planungen

Abb. 4
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten von öffentlichen Auftraggebern (EUR)



Quelle: ifo Architektenumfrage.

zur Erstellung **öffentlicher Hochbauten** nicht wirklich besser (vgl. Abb. 4). In allen sechs analysierten Regionen – mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen – erreichten die Ordervolumina nicht den langjährigen Durchschnittswert.

Nach den eingegangenen Meldungen lag der durchschnittliche **Bestand an Aufträgen** bei den befragten Architekten zu Beginn des dritten Quartals 2014 mit 6,4 Monaten etwas über dem Wert des Vorquartals (6,3 Monate).

STATE EXPORT CREDIT GUARANTEES IN A GLOBALISED WORLD

Focus

Erdal Yalcin
David Drysdale
Kalina Manova
Marc Auboin
Oliver Hunke
Beate Bischoff
Andreas Klasen
Banu Demir

Harald Badinger and
Thomas Url

Karel Janda

Gabriel Felbermayr,
Inga Heiland and
Erdal Yalcin

FUTURE OF THE EURO: THE OPTIONS FOR FINLAND

Vesa Kannianen

BANK HEAL THYSELF: BENEFITS OF ADDING CoCos TO THE BALANCE SHEET

George M. von Furstenberg

REGULATING THE GLOBAL INSURANCE INDUSTRY: MOTIVATIONS AND CHALLENGES

Christian Thimann

DYNAMICS OF POST WAR ECONOMIC RECOVERY REQUIRED FOR COMPEN- SATING CIVIL WAR ECONOMIC LOSSES

Chang Woon Nam and
Jan Schumacher

Spotlight

EXPERTS' ASSESSMENTS ON THE EFFECTS OF GOVERNMENT BOND PURCHASES BY CENTRAL BANKS

Michael Kleemann and
Elisabeth Wieland

STATISTICS UPDATE

Trends

Online-Informationendienste der CESifo Gruppe München



Der ifo Newsletter ist ein kostenloser Service des ifo Instituts und wird einmal im Monat per E-Mail verschickt. Er informiert Sie in deutscher Sprache über neue Forschungsergebnisse, wichtige Publikationen, ausgewählte Veranstaltungen, Personalien, Termine und vieles mehr aus dem ifo Institut.

Wenn Sie den ifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: newsletter@ifo.de.



CESifo veröffentlicht monatlich über 30 Working Papers mit den Forschungsergebnissen seines weltweiten akademischen Netzwerks. Der CESifo Newsletter präsentiert in englischer Sprache ausgewählte Papers in einem leicht verständlichen Stil mit dem Ziel, den wissenschaftlichen Output für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen.

Wenn Sie den CESifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: saavedra@cesifo.de.

Möchten Sie zusätzlich unsere aktuellen Pressemitteilungen beziehen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: presseabteilung@ifo.de.

Sie können uns auch gerne ein Fax schicken an:

ifo Institut, Fax: (089) 9224-1267

Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler auf für:

- ifo Newsletter CESifo Newsletter Pressemitteilungen

Name:
Institution:
Straße:
Ort:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

